

Preussische Allgemeine



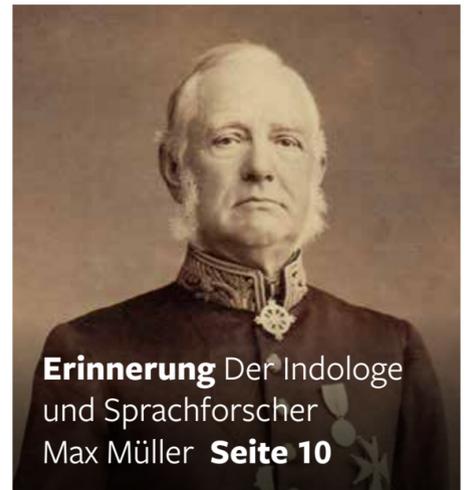
Nr. 48 · 1. Dezember 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

Politik ohne Plan

Die Strategie- und Führungslosigkeit deutscher und europäischer Staatenlenker gefährdet unseren Wohlstand und unsere Sicherheit
Seiten 2 und 3



Erinnerung Der Indologe und Sprachforscher Max Müller Seite 10



Brauchtum Schlachtungen zur Adventszeit im alten Ostpreußen Seite 23

VON RENÉ NEHRING

In diesen Tagen jagt eine Zeitenwende die nächste. Seit Bundeskanzler Olaf Scholz im Februar 2022 als Reaktion auf den russischen Angriff gegen die Ukraine diesen epochalen Begriff in die politische Landschaft einführte, erlebten und erleben die Deutschen gleich eine ganze Reihe von historischen Zäsuren, die kurz zuvor noch kaum denkbar erschienen.

So musste die Ampelkoalition – die in ihrem Koalitionsvertrag für die Bundeswehr gerade einmal anderthalb Seiten übrig hatte, während sie dem „Klimaschutz in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft“ ein eigenes Kapitel mit stolzen 32 (!) Seiten widmete – nicht nur ein gewaltiges Aufrüstungsprogramm beschließen. Sie musste – äußerst widerwillig und auch nur indirekt – ebenso eingestehen, dass die grenzenlose Zuwanderung keineswegs die Verheißungen einer goldenen Zukunft erfüllte, sondern ganz im Gegenteil zu handfesten Problemen auf allen Ebenen der Gesellschaft führt. Und erst vor wenigen Tagen musste die „Ampel“ fassungslos zur Kenntnis nehmen, dass das Bundesverfassungsgericht die ersonnenen Tricks zur Umgehung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse ohne Rücksicht auf die Sorgen und Nöte des Bundeskabinetts stoppte.

Das Ende der grünen Erzählung

Problematisch ist die Reihe von Zeitenwenden vor allem für die Grünen. Obwohl das derzeitige Regierungsbündnis von drei Parteien gebildet wird, waren vor allem sie es, die nicht nur der amtierenden Koalition ihren Stempel aufgedrückt haben, sondern – im Grunde bereits seit den neunziger Jahren – weiten Teilen des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Der naive Pazifismus, der zu einer beispiellosen Verwahrlosung der Bundeswehr führte; der Abschied von der Atomkraft (als einziges Land der Welt) ohne preiswer-

ten, sauberen und grundlastfähigen Ersatz; der verächtliche Umgang mit der Automobilindustrie und anderen systemrelevanten Branchen der deutschen Volkswirtschaft; die Abwicklung des traditionellen Bildungswesens zugunsten eines Systems, in dem die richtige Haltung mehr zählt als Wissen und Fähigkeiten, sowie nicht zuletzt der Irrglaube, die ungesteuerte Zuwanderung von Menschen aus aller Welt würde Deutschland zu einem Vielvölkerparadies werden lassen, entsprachen mehr oder weniger direkt alten grünen Kernvorstellungen.

Dass diese so wirkmächtig werden und die Grünen bei Wahlergebnissen von fünf bis fünfzehn Prozent auf Bundesebene lange Zeit fast einhundert Prozent der politischen Agenda bestimmen konnten, lag freilich weniger an der Brillanz der grünen Ideen als vielmehr an der Konzept- und Willenlosigkeit der politischen Wettbewerber. Deren Spitzenpersonal hatte sich nicht nur zunehmend von den eigenen Ursprüngen – und Wählern – entfernt, sondern mangels eigener programmatischer Überzeugungen auch inhaltlich den grünen Fortschrittserzählungen kaum noch etwas entgegenzusetzen. Zudem beherrschten die Grünen – im Verbund mit geneigten meinungsbildenden Medien – wie keine zweite politische Kraft das Spiel mit moralischen Imperativen (wie in der Migrationspolitik) und mit Angstthemen wie der Furcht vor dem nahen Klimadod.

POLITIK

Die Grünen erleben gerade ihre eigene Zeitenwende

Während sie auf ihrem Europaparteitag mit unangenehmen Realitäten hadern, setzen sich bisherige Koalitionspartner von ihnen ab

Um so härter nun der grüne Aufprall auf dem Boden der Realität. Beim Bundesparteitag am vergangenen Wochenende gelang es der Parteispitze nur unter Aufbieten aller Kräfte, die Delegierten zur Zustimmung zu einer restriktiveren Migrationspolitik zu bewegen. Allein die Mahnung, mit schmerzhaften Kompromissen in der Regierung immer noch mehr erreichen zu können als rechthaberisch in der Opposition, brachte die Anwesenden widerwillig auf Linie. Auf offener Bühne haderten diese denn auch damit, dass der Geist der Zeit, der ihre Partei doch so lange wohligh umweht hatte, ihnen nun kalt ins Gesicht bläst.

Einstige Partner haben genug

Dass sich hier tatsächlich eine Wende vollzieht, zeigt sich auch an den Absetzbewegungen der politischen Wettbewerber. So findet die CDU unter ihrem Vorsitzenden Friedrich Merz nicht nur zu alten Grundsätzen zurück, sondern beendete nach der Landtagswahl in Hessen im Oktober ohne viel Aufhebens das am längsten bestehende schwarz-grüne Bündnis.

Noch spektakulärer ist indes die Anfang der Woche beschlossene Aufkündigung der rot-grünen Koalition im Hannoveraner Rathaus durch die Sozialdemokraten, die nicht bereit waren, das grüne Mobilitätskonzept für die niedersächsische Landeshauptstadt mitzutragen, das unter anderem die Schaffung einer auto-

freien Innenstadt vorsah. Damit entschied sich erstmals eine große Untergliederung des ureigensten Koalitionspartners der Grünen dafür, lieber nicht zu regieren, als an ihrer Seite falsch zu regieren.

Selbst in den etablierten Medien, wo die Grünen bislang ihre treuesten Unterstützer hatten, dreht sich der Zeitgeist. So meldete der „Tagesspiegel“ dieser Tage die Abkehr von der ideologischen Gendersprache und die Rückkehr zum gewohnten Generischen Maskulinum, weil einfach zu viele Leser des Berliner Traditionsblattes ihre Abos gekündigt hatten.

Wohin all das führt, ist offen. Damit die deutsche Politik zu einer Neuorientierung und alter Stärke finden kann, braucht es mehr als die Erkenntnis, dass der Fortschritt grüner Prägung in die Sackgasse geführt hat. Es braucht eine Rückbesinnung darauf, dass Wohlstand und innere wie äußere Sicherheit nicht von selbst zu haben sind. Es braucht die Rückkehr zu alten Grundsätzen wie dem Gebot der Sparsamkeit und dem Bewusstsein, dass auch Staaten auf Dauer nicht mehr Geld ausgeben können als sie einnehmen. Es braucht die Akzeptanz, dass gerade demokratisches Handeln Grenzen der Zuständigkeit und der Verantwortlichkeit braucht. Und nicht zuletzt braucht es den banalen Grundsatz, dass alles politische Handeln den Interessen der Bürger zu dienen hat – und nicht umgekehrt die Bürger den Interessen der Politik.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Auch die Landeshaushalte der Bundesländer geraten nun ins Schlingern
Seite 5

Kultur

Die Bonner Kunsthalle lässt zu dessen 300. Geburtstag Kant wiederauferstehen
Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Zum zehnten Mal kamen in Heilsberg Kinder zur Tanzwerkstatt zusammen
Seite 13

Lebensstil

Übers Eis in den Advent – Streifzüge durch das vorweihnachtliche Budapest
Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

„Deutschland braucht eine Strategie“

Über wesentliche Voraussetzungen unseres Wohlstands und unserer Sicherheit, die Naivität der politischen Führung der Bundesrepublik sowie Ansätze für eine „politisch-intellektuelle Aufrüstung“ unseres Landes

IM GESPRÄCH MIT
MIT MARKUS C. KERBER

Innen- wie außenpolitisch ist Deutschland mit zahlreichen Krisen konfrontiert. Umso mehr fällt auf, dass der politischen Führung eine grundlegende Vorstellung davon fehlt, wie sie den Bürgern auch künftig Wohlstand, Sicherheit und Freiheit garantieren will. Anlass für ein Gespräch mit einem Staatsrechtler und Finanzwissenschaftler, der soeben einige Gedanken zum Fehlen einer deutschen Strategie formuliert hat.

Herr Kerber, in Ihrer jüngsten Schrift widmen Sie sich unter der Überschrift „Führung und Verantwortung“ dem „Strategie-Defizit Deutschlands und seiner Überwindung“. Was hat Sie dazu bewogen?

Bewogen haben mich sowohl Beobachtungen aus den letzten Jahren als auch in der Gegenwart. Ich war fast zwanzig Jahre Reservist in der Bundeswehr, vorwiegend in der Marine und im militärischen Nachrichtenwesen. Dabei stellten sich mir Fragen wie die: Wozu gibt es unsere Streitkräfte eigentlich und wem dienen sie? Taktisch ist das natürlich klar, aber strategisch bleibt die Frage nicht beantwortet.

Warum, zum Beispiel, lässt sich Deutschland von Frankreich nach Mali beordern? Und warum bleiben wir dort, obwohl die Franzosen längst abgezogen sind? Was hatten wir in anderen Einsatzgebieten wie Afghanistan zu suchen, obwohl dort keine Landes- oder Bündnisverteidigung zu leisten ist? Weshalb, um das aktuell bedeutendste Beispiel zu nehmen, stellen wir uns fast reflexartig im Ukrainekrieg an die Seite der Ukraine? Welche Interessen verfolgen wir damit? Das sind angesichts der enormen finanziellen Mittel und zum Teil auch menschlichen Opfer, die diese Konflikte erfordern, gravierende Fragen, die nicht von Herrn Borrel, dem Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, oder dem ukrainischen Botschafter anstelle Deutschlands beantwortet werden dürfen.

Henry Kissinger sagte einmal, Deutschland sei ein Bruttozivilprodukt auf der Suche nach einer politischen *raison d'être*. Das bringt es auf den Punkt. Das Nachkriegsmodell der Bundesrepublik, das unserem Land einen historischen Wohlstand bescherte, ist ausgereizt. Die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt wird nicht die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt bleiben, ohne die grundlegenden politischen und ökonomischen Flanken zu sichern.

Woran machen Sie das von Ihnen attestierte Strategiedefizit fest?

Die deutsche Außenpolitik glaubte zu lange, dass wirtschaftliche Interessen moderne Staaten vor imperialistischen Rückfällen bewahren würden. Der Ukrainekrieg zeigt jedoch, dass ein Land wie Russland durchaus zu einem Krieg bereit ist, obwohl dieser der eigenen Volkswirtschaft massiv schadet. Und im Verhältnis zu China, aber auch zu den USA, sehen wir, dass befruchtende Wirtschaftsbeziehungen andere Länder keineswegs davon abhalten, eigene ökonomische Interessen zu verfolgen.

Was Deutschland braucht, um auch künftig eine Volkswirtschaft von Weltrang zu sein, ist eine politische Strategie. Deutsche Politiker glauben gern, dass wenn wir die Welt um uns herum liebhaben, die Welt um uns herum auch uns liebhat. Doch dem ist nicht so.

Die von der Bundesregierung im Juni vorgestellte „Nationale Sicherheitsstrategie“ reicht Ihnen nicht?

Mitnichten. Dieses Papier ist eine bunte Broschüre mit netten Bildern und ein paar schönen Schlagwörtern. Doch alles von dem, was eine Strategie ausmacht, ist in diesem Nicht-Konzept ausgelassen worden.



Ungenügend: Vorstellung der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ der Bundesregierung im Juni

Foto: pa

Was bedeutet es, zum Beispiel, wenn chinesische Staatsunternehmen in die Lieferketten des deutschen Automobilbaus eindringen? Wie stehen wir zu Lieferungen von Hightech-Waffen in Länder mit einer fragwürdigen Regierung? Wie muss eine deutsch-französische Zusammenarbeit in der Rüstungswirtschaft aussehen, bei der wir nicht nur ein paar nachgeordnete Zulieferbetriebe abbekommen? Auch fehlt es an den Instrumentarien, um die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik wieder auf ein Niveau zu heben, das sie etwa in der Ära Willy Brandts hatte. Wir brauchen also einen nationalen Sicherheitsberater im Bundeskanzleramt.

Das Wort Interessen, das Sie eben erwähnt haben, erfährt in Ihrer Schrift eine besondere Bedeutung. Doch wie lässt sich das definieren? Schließlich dürfte jeder etwas anderes darunter verstehen.

Eben! Deshalb brauchen wir auch die Diskussion darüber. Im Koalitionsvertrag der Ampel steht, dass Deutschland ein „dienendes Mitglied“ der Europäischen Union sein und den europäischen Einigungsprozess voranbringen soll. Doch was heißt das? Ist die EU-Erweiterung ein Wert an sich – oder sollten wir nicht hinterfragen, was unser Land davon hat, wenn ein hoch problematisches Land wie die Ukraine und die Länder des Westbalkans der EU beitreten sollen?

Zu den Interessen eines Staates gehört auch den Fall, dass er stets souverän bleibt und das letzte Wort über seine Politik in der eigenen Hauptstadt gesprochen wird – und nicht etwa in Brüssel. In Bezug auf die EU bedeutet das, dass Deutschland ein Vetorecht bei allen Entscheidungen hat, also nicht überstimmt werden kann. Insofern darf auf keinen Fall das Einstimmigkeitsprinzip in der EU fallen. Das wäre das Ende unserer Souveränität.

In diesen Zusammenhang gehört auch die „EU-Außenpolitik“. Die EU ist ein Verbund souveräner Nationalstaaten. Deshalb ist es ein Unding, von einer eigenständigen EU-Außenpolitik zu sprechen, die es schon deshalb gar nicht geben kann, weil die Mitgliedsländer jeweils höchst verschiedene Interessen haben.

Ein zentrales Interessengebiet ist auch die Wirtschaftspolitik. Ich bin keine Krämerseele, und es kann sicherlich nicht jeder Euro deut-

scher Steuergelder, die in den gemeinsamen Markt fließen, wieder zurückkommen. Aber wir sollten schon darauf achten, dass bei bi- oder multilateralen Projekten wie der Raumfahrt die Arbeitsplätze nicht so ungleich zu Lasten Deutschlands verteilt sind wie derzeit.

Sie kritisieren nicht nur den Glauben, dass Deutschland nur noch von Freunden umgeben sei, sondern erinnern in diesem Zusammenhang auch an das Freund-Feind-Denken Carl Schmitts. Warum?

Ich will auf keinen Fall zu dem irrationalen Freund-Feind-Denken aus unseligen Zeiten zurückkehren, sondern eher im Sinne des genialen und zugleich berüchtigten Carl Schmitt daran erinnern, dass Staaten ohne die Unterscheidung von Freund und Feind unpolitisch werden. Die Überzeugung, dass wir nur noch von Freunden umgeben wären, hat zu intellektueller Bequemlichkeit geführt und zu dem Glauben, dass Wohlstand und Sicherheit ganz von allein kommen. Doch dem ist nicht so. Ganz im Gegenteil unterliegen sie klaren Voraussetzungen wie einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft sowie einer funktionierenden Polizei und Armee – und nicht zuletzt auch einer starken Rüstungsindustrie.

In Bezug auf die Rüstung beklagen Sie, dass die deutsche Politik eher eine Nichtpolitik ist. Während in Frankreich der Staat in grundlegenden Fragen stets involviert sei, herrsche in Deutschland ein naiver Glaube an Europa vor.

So ist es. Die Auffassung, dass sich die Politik nicht in die Wirtschaft einmischen dürfe, funktioniert nur so lange, wie auch andere Staaten sich daran halten. Doch das ist bei der Rüstungsindustrie nicht der Fall. Ein geradezu skandalöses Beispiel ist Krauss-Maffei Wegmann, wo die deutsche Politik zusah, wie ein Schwergewicht unserer Volkswirtschaft und Sicherheitsarchitektur nahezu unter französische Kontrolle geriet. Die damalige Verteidigungsministerin von der Leyen hätte das verhindern können, zog es jedoch vor, sich in Frankreich lieb Kind zu machen. Mit ihrer späteren Wahl zur Präsidentin der EU-Kommission hat sich das für sie auch ausgezahlt. Bei Airbus ist es ähnlich. Der Flugzeugbauer ist schon lange kein deutsch-französi-

sches Gemeinschaftsunternehmen mehr, sondern ein französisches Unternehmen mit einigen deutschen Standorten, denen das Wasser mehr und mehr abgegraben wird.

Wie kann man den deutschen Mangel an strategischem Denkvermögen beseitigen?

Wir brauchen ein Gremium, das originär dafür zuständig ist, eine Strategie zu entwickeln, und das sowohl die intellektuellen Fähigkeiten als auch die institutionelle Unabhängigkeit dazu besitzt. Wir benötigen also einen Nationalen Sicherheitsrat, der wie einst Henry Kissinger als Sicherheitsberater des US-Präsidenten unabhängig von den Parteien seine Analysen formulieren und Forderungen aufstellen kann. Angesiedelt sein sollte dieses Gremium beim Bundeskanzler, um einerseits die Bedeutung herauszustellen und es andererseits auch vom Zugriff der Parteien und des Auswärtigen Amtes fernzuhalten.

Sie erwähnen in Ihrer Denkschrift auch den bereits bestehenden Bundessicherheitsrat. Was unterscheidet diesen von dem von Ihnen geforderten Nationalen Sicherheitsrat?

Der Bundessicherheitsrat ist ein Untergremium der Bundesregierung. Er setzt sich aus Kanzler, Außenminister, Wirtschaftsminister, Entwicklungshilfeminister zusammen und entscheidet zu einzelnen Sachfragen wie der, ob Herr Erdoğan den Eurofighter kaufen darf. Grundlegende Strategien werden dort jedoch nicht ausgearbeitet. Der Nationale Sicherheitsrat wäre hingegen ein gesamtstaatliches Gremium aus Fachkräften, die eine belegbare Erfahrung mit sicherheitspolitischen Konzepten haben und dem Bundeskanzler strategische Vorschläge unterbreiten.

In Ihrer Schrift wird allerdings deutlich, dass Sie sich gerade vom aktuellen Kanzler mehr Führung wünschen. Ist Herr Scholz seinen Aufgaben gewachsen?

Bisher gibt es keine Anzeichen dafür, dass Herr Scholz überhaupt den Willen hat, sich strategischen Fragen zu widmen. Dass er eine Frau Lambrecht zur Verteidigungsministerin berief, zeigt, dass Scholz innerparteiliche Proporzfragen wichtiger sind als fachliche Kompetenz. Das ändert jedoch nichts daran, dass die entscheidenden Fäden beim Kanzler als Inhaber der Richtlinienkompetenz zusammenlaufen müssen.

Als Antwort auf die strategischen Defizite Deutschlands fordern Sie eine „politisch-intellektuelle Aufrüstung“. Doch woher sollen die Ressourcen dafür kommen?

Ressourcen kommen oft aus disruptiven Prozessen. 1939 forderte der damalige Oberst Charles de Gaulle zur Abwehr der deutschen Bedrohung die Aufrüstung der französischen Armee mit Panzern. Die Antwort aus Paris lautete, Frankreich habe doch die Maginot-Linie. Die Folgen sind bekannt. Mit der kurz darauf folgenden Besetzung Frankreichs durch die Wehrmacht verschwanden jene, die de Gaulle einen Korb gegeben hatten – während sein eigener Stern schon bald aufging.

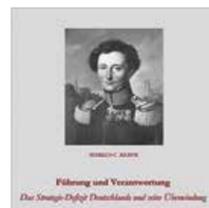
Im Deutschland von heute führte das anfängliche Versagen des Kanzlers bei der Besetzung des Verteidigungsministeriums dazu, dass mit Boris Pistorius ein Nachfolger berufen wurde, den bis dahin bundesweit kaum jemand kannte, der sich jedoch inzwischen als ziemlich tüchtig erwiesen hat.

Insofern wohnt jeder Krise immer auch die Chance für einen Neuanfang inne.

Das Gespräch führte René Nehring

„Zu den Interessen eines Staates gehört, dass er stets souverän bleibt und das letzte Wort über seine Politik in der eigenen Hauptstadt gesprochen wird – und nicht etwa in Brüssel“

Debatte



Markus C. Kerber
Führung und Verantwortung. Das Strategie-Defizit Deutschlands und seine Überwindung
Edition Europolis, 68 Seiten, broschiert, ISBN 978-3-9820256-4-3, 8,99 Euro (inklusive Versandkosten)

● Prof. Dr. Markus C. Kerber ist Professor i.R. für Finanzwirtschaft und Wirtschaftspolitik an der TU Berlin. 1998 gründete er den interdisziplinären Thinktank „Europolis“, um an der Neuausrichtung der europäischen Ordnungspolitik mitzuwirken.
www.europolis-online.org

Eine Frage der Selbstbehauptung

Zahlreiche globale Umwälzungen haben in letzter Zeit die Rolle von Europa an der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika verändert. Heute geht es um nicht weniger als die Selbstbestimmung unseres Kontinents

VON BENCE BAUER

Zwanzig Jahre nach dem Beitritt zur Europäischen Union sorgen sich nicht nur die Ostmitteleuropäer um die globale Zukunftsfähigkeit des alten Kontinents. Inmitten zahlreicher und weitreichender tektonischer Veränderungen der Weltordnung ergeben sich große Verschiebungen in den globalen Machtstrukturen. Bei diesen Umgestaltungsprozessen erscheint Europa ideen-, orientierungs- und führungslos. In dieser Gemengelage ist die „strategische Autonomie“ unseres Kontinents schwieriger denn je zu erreichen, obwohl diese gerade in diesen hochkomplexen Zeiten relevant, aktuell und notwendig wäre.

Die Erfahrung von 1989

Die mittel- und osteuropäischen Nationen warfen das Joch der kommunistischen Unrechtsherrschaft im Jahr 1989 ab, errangen ihre Unabhängigkeit zurück und konnten sich in Frieden und Freiheit selbst verwirklichen. Dabei waren ihnen Staat und Nation, Souveränität und Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie heilige Güter. Ihren Beitritt zu den euroatlantischen Strukturen sahen sie als Unterpfand ihres eigenen Unabhängigkeits- und Freiheitsstrebens gegen die dunklen Erfahrungen aus der Zeit sowjetischer Unterdrückung an. Für sie war Europa auch ein Gegenmodell zur diktatorischen Macht aus der Vergangenheit namens Sowjetunion.

Dahingegen erlebten die Gesellschaften Westeuropas den Kommunismus nie aus eigener Anschauung, war doch ihre Schutzmacht Vereinigte Staaten von Amerika das Idealbild von Freiheit und Demokratie. So konnten die Westeuropäer in einer gewinnbringenden Symbiose mit den Vereinigten Staaten ihre eigene – oftmals christlich-demokratisch geprägte – Freiheit verwirklichen. Während die Sowjets ihren Herrschaftsbereich brutal mit militärischen Mitteln usurpierten und unterdrückten, bauten die US-Amerikaner mithilfe ihrer feinsinnigen Instrumentarien der Soft Power viele Bastionen und Positionen in Europa aus – insbesondere in den Bereichen Kultur, politische Entscheidungsfindung, Institutionen und Lobbygruppen.

Mit dem Zusammenbruch des Ostimperiums fühlte sich der Westen als Sieger des Kalten Kriegs, die USA blieben zunächst als Führungsmacht allein auf weiter Flur und sie blieben auch kulturell und politisch bei der Gestaltung Europas und der Welt dominant. Vor dem Hintergrund der Diktaturerfahrung und des positiv besetzten westlichen Gegenentwurfs war der amerikanische Hegemon in den Nachwendejahren für alle Länder Europas durchaus wünschenswert und nützlich, die führende Rolle der USA wurde daher auch kaum hinterfragt.

Die Veränderung der gewohnten Welt

In ihrer großen Freiheit und ihrer entscheidenden Dominanz jedoch liefen die USA immer mehr Gefahr, sich zu überdehnen. Das kulturell konservativ eingestellte Amerika verlor politisch immer mehr an Boden, das linksliberal-progressiv eingestellte hingegen wurde immer dominanter. Dies zeigte sich in den Bereichen Universitäten, Medien, Nichtregierungsorganisationen, Verbänden und schließlich auch in der Politik. Diese Machtverschiebungen haben unter anderem zum „Wokeismus“, zur Cancel Culture, zu Diskursverengungen und kultureller Machtanmaßung im Namen der Liberalität geführt, die in Wahrheit immer weniger freiheitlich ist.

Auch in Europa wurden diese Bewegungen immer stärker, wie auch die progressiv-linksliberalen Ideen. Die alte kulturelle christlich-demokratische Basis Europas diffundierte in zunehmendem Maße, die Christdemokraten



Globales Leichtgewicht: In grundlegenden weltpolitischen Fragen fällt es den europäischen Nationen zunehmend schwer, sich zwischen den Großmächten in Amerika und Asien, aber auch gegenüber internationalen Organisationen zu behaupten

nahmen diesen Verlust erst zu spät zur Kenntnis und suchten nach dem richtigen Umgang mit diesem. Die „progressiven“ Amerikaner verbreiten ihren Hegemonieanspruch jedoch weiter voller Elan und Macht.

Der Aufstieg Asiens

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine brachte im vergangenen Jahr eine neue Frontstellung in der globalen Politik. Der von den Vereinigten Staaten geführte freie Westen mit Europa und den angelsächsischen Ländern des alten Commonwealth stand fest an der Seite der Ukraine, während weltweit viele andere, auch demokratische Länder sich zu dieser Position nicht durchringen wollten oder konnten. Allen voran der globale Süden oder die BRICS-Länder, aber auch Israel stellten sich nicht uneingeschränkt auf die Seite der Ukraine, sondern verfolgen weiterhin eigene Interessen.

Diese Grundeinstellung gilt auch für den Wettstreit der USA mit China, bei dem diese Länder nicht klar Position beziehen wollen und prinzipiell nichts gegen eine enge Bindung zu China einzuwenden haben. Betrachtet man weltweit die größten Handelspartner dieser Staaten, so waren im Jahre 2000 die USA fast überall an erster Stelle – heute ist das in den meisten eindeutig China. Das dynamische Wachstum der früher mit dem wenig schmeichelhaften Begriff Schwellenländer umschriebenen Staaten steht in einem harschen Gegensatz zum verlangsamten Wachstum des alten Westens. Es ist nicht ganz auszuschließen, dass die globale Zukunft in Südostasien oder anderswo geschrieben wird.

Die Ostmitteleuropäer wollen in diesem Zusammenhang den Anschluss an eine weltweite Entwicklung nicht verlieren und suchen ihre Optionen eines handlungsfähigen und auf mehreren Beinen stehenden strategischen Gestaltungsraumes. Sie können mit der sich abzeichnenden Blockbildung „Der Westen gegen den Rest der Welt“ kaum etwas anfangen, haben sie doch schlechte historische Erfahrungen mit einer Blockbildung, aus der meist nichts Gutes für sie herausprang. Daher versuchen sie, sich neue Handlungsoptionen zu erschließen. Sie stehen ein für globalen

Freihandel, Austausch und Vernetzung, haben sie es doch verstanden, mit möglichst vielen Staaten der Welt gute und belastbare Beziehungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik anzustreben. Die diesbezügliche Strategie der Konnektivität wurde zunächst in Ungarn formuliert und versinnbildlicht den intensiven Denkprozess, in dem sich das mittelgroße Land in Ostmitteleuropa befindet.

Diese Strategie der Vernetzung und Verbundenheit ist eine Folge aus der immer offensichtlicher werdenden schwindenden Hegemonie der USA. Die Weltordnung wird zusehends multipolarer und in dieser müssen auch die Länder Europas erfolgreich bestehen können. Blockbildung und Abkehr von der Globalisierung gefährden nicht nur den Wohlstand der Europäer, sondern auch deren langfristige Sicherheit.

Werte- und Interessenorientierung

Die Werte des Westens sind umfassend, doch sind sie nicht universal. Sie gelten vielmehr in erster Linie für den Machtbereich der westlichen Welt, werden sogar von vielen anderen Ländern abgelehnt, hinterfragt, oft sogar hintertrieben. Eine wertegeleitete Außenpolitik kann so in einem vielschichtigen globalen Umfeld kaum Wirkung erzielen. Werte sind wenig greifbar, sie sind weder disponibel noch verhandelbar und gelten lediglich für den eigenen Kultur- und Machtraum.

Bei der interessengeleiteten Politik hingegen ist ein Ausgleich, eine Verständigung vieler verschiedener Interessen leichter möglich. Ungarn beispielsweise verfolgt eine interessenbasierte Außenpolitik und versucht daher mit vielfältigen globalen Akteuren einen fairen Ausgleich der beiderseitigen Interessen herbeiführen. Im Spiegel der eigenen Erfahrungen ist das Land auch eher in der Lage, die Interessen der anderen zu verstehen. Vor dem Hintergrund der ungarischen Erfahrungen erscheint es dringend angebracht, dass auch Europa seine ureigenen Interessen definiert, sie entsprechend vertritt und umsetzt. Dies geschieht jedoch viel zu selten. Vielmehr werden kaum greifbare „europäische Werte“ genannt und wenn es um globale Handlungsrahmen geht, oftmals nur

In diesem Zusammenhang muss der Selbstbehauptung Europas eine tragende Rolle zukommen. Hierfür aber müssen die Europäer ihre Ziele und Interessen erkennen, formulieren und auf internationaler Bühne offensiv vertreten

die Partnerschaft mit den USA angeführt – die zwar notwendig, aber nicht hinreichend ist.

Strategische Autonomie

Vor dem Hintergrund dieser Tendenzen stellt sich die Frage, inwieweit sich Europa seine eigene strategische Ausrichtung geben kann im Sinne einer auch vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron geforderten „strategischen Autonomie“. Voraussetzung hierfür wäre, dass Europa seine eigenen Interessen formulieren kann und auch ohne die Beteiligung der Vereinigten Staaten als globaler Akteur aufzutreten imstande ist. Ebenso ist erforderlich, dass Europa über starke Führungspersönlichkeiten verfügt, um überhaupt in diesen Handlungsrahmen eintreten zu können. In diesem Zusammenhang kann ebenso die Erkenntnis reifen, dass die europäische Politik ihre Entscheidungsmaxime auf lange Sicht unabhängig davon justieren können muss, welcher amerikanische Präsident gerade im Weißen Haus regiert.

Die gegenwärtig unangefochtene Allianz mit den Vereinigten Staaten von Amerika sollte dabei bewahrt werden, jedoch muss sich Europa darauf einstellen, auch ohne die USA auf dem Forum internationaler Politik bestehen zu können, spätestens dann, wenn die Amerikaner eines Tages ihre eigenen Interessen notfalls auch ohne oder vielleicht sogar gegen die Europäer werden durchsetzen wollen. Durch den gegenwärtig immer noch tobenden Krieg Russlands gegen die Ukraine hat sich der Aktionsradius jedoch bedauerlicherweise zuungunsten der Europäer eingengt. In solch einer konfliktbeladenen Kriegssituation könnten alle weiteren Bemühungen um eine strategische Souveränität Europas zugleich auch als eine Abwendung von den Vereinigten Staaten von Amerika verstanden werden, was sicherlich nicht im Interesse der Europäer ist.

Eine solche denkstrategische Überlegung der strategischen Autonomie erscheint erst mit Abklingen der kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine realistisch. Bis dahin kann aber viel Zeit verstreichen, sodass die diesbezüglichen europäischen Bestrebungen erstmal hintangestellt werden. Für die Zukunftsfähigkeit unseres Kontinents sind dies keine guten Zeichen.

Die Europäer sind gefragt

Die sich aus der veränderten Rolle und Stellung der Vereinigten Staaten ergebenden internationalen Umgestaltungen sind auch für die Europäer nicht ohne Folgen. Zugleich stellen sich aufgrund politisch-kultureller Herausforderungen zumindest Fragen bezüglich der Zukunftsfähigkeit des transatlantischen Modells wie wir es heute kennen. Eine interessengeleitete Außenpolitik und eine Strategie der Vernetzung können dabei helfen, im wandelnden globalen Umfeld bestehen zu bleiben. Immer mehr Ostmitteleuropäer setzen sich zunehmend für eine solche Herangehensweise ein.

In diesem Zusammenhang muss der Selbstbehauptung Europas eine tragende Rolle zukommen. Hierfür aber müssen die Europäer ihre Ziele und Interessen erkennen, formulieren und auf internationaler Bühne offensiv vertreten. Die strategische Souveränität des Kontinents ist ein erstrebenswertes mittelfristiges Ziel, das aufgrund des gegenwärtig noch anhaltenden Krieges in der Ukraine nur schwer verwirklicht werden kann, ohne die Grundlagen der transatlantischen Gemeinschaft ernsthaft infrage zu stellen. Auch aus diesem Grund muss schnellstmöglich ein dauerhafter Frieden in der vom Krieg gebeutelten Ukraine bewerkstelligt werden.

● Dr. Bence Bauer ist Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts am Mathias Corvinus Collegium (MCC) in Budapest.
www.mcc.hu

● MELDUNGEN

Mehr psychisch Kranke

Berlin – In den vergangenen fünf Jahren haben sich die Fälle von Arbeitsausfällen aufgrund psychischer Erkrankungen und Verhaltensstörungen um 1,7 Prozent erhöht, in den zurückliegenden zehn Jahren insgesamt um 4,8 Prozent. Diese Zahlen gehen aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Partei Die Linke zurück. 2021 betrug die Zahl dieser Krankentage bei Frauen 75 Millionen und bei Männern 51 Millionen Tage. Als Ursachen nennt die Regierung gesamtgesellschaftliche Faktoren wie die Folgen der aktuellen Krisen, aber auch die größer werdende Offenheit im Umgang mit psychischen Erkrankungen sowie anhaltende Entwicklungen wie die Digitalisierung, den demographischen Wandel, Fachkräftemangel und die Veränderungsdynamiken in vielen Bereichen der Arbeitswelt. **MRK**

Obdachlos wegen Flucht

Bethel – Nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) hat die Zahl der Obdachlosen in der Bundesrepublik von 2021 zu 2022 erheblich zugenommen: Lebten 2021 hierzulande noch 383.000 Menschen ohne Dach über dem Kopf, waren es 2022 bereits 607.000. Bei einem Drittel der Obdachlosen handelte es sich um Deutsche – allerdings bezug der Zuwachs hier nur fünf Prozent. Dahingegen stieg die Quote der Ausländer ohne Obdach deutlich stärker, wobei die Betroffenen vor allem aus der Ukraine, Syrien, Afghanistan und dem Irak kamen. Als Ursache für diese Entwicklung nennt die BAG W pauschal „die Flucht“, obwohl das Netz des Sozialhilfe- und Asylsystems in Deutschland ausgesprochen dicht geknüpft ist. Daher resultiert die Obdachlosigkeit bei Immigranten eher aus psychischen Auffälligkeiten sowie Alkohol- und Drogenmissbrauch, denn diese Faktoren führen überdurchschnittlich oft zum Verlust der Unterkunft. **W.K.**

Institute zur Beeinflussung

Berlin – Die Bundesregierung finanziert zwei neue Einrichtungen, die dazu beitragen sollen, deutliche Meinungs- und Verhaltensveränderungen in der Bevölkerung herbeizuführen, was den Klimaschutz und Gesundheitsfragen betrifft. Hierbei handelt es sich zum einen um das Netzwerk Behavior Science Connect (BSC) und zum anderen um das Institute for Planetary Health Behaviour (IPB). Eine zentrale Rolle spielt in beiden Fällen die Psychologin und Professorin für Gesundheitskommunikation Cornelia Betsch von der Universität Erfurt, welche als Ko-Organisatorin des BSC und Direktorin des IPB fungiert. Während der Corona-Pandemie gehörte sie dem Expertenrat der Bundesregierung an und arbeitete auch eng mit dem Robert-Koch-Institut zusammen. Ihr Forschungsschwerpunkt ist die Beeinflussung von Impfentscheidungen. Die Gründung der beiden Institutionen erfolgte in Reaktion auf eine Resolution der Weltgesundheitsorganisation WHO. **W.K.**



Bürgergeld unter der Lupe: Kosten für Ukraineflüchtlinge schlagen heftig zu Buche

Foto: Shutterstock

BÜRGERGELD

Aus dem Ruder gelaufen

Wirtschafts- und Arbeitsminister warnen vor horrenden Kostensteigerungen

VON HERMANN MÜLLER

Ukrainer, die nach Deutschland kommen, sind bei den Sozialleistungen deutlich besser gestellt als Asylbewerber. Bereits im Juni 2022, wenige Monate nach Kriegsbeginn in der Ukraine, hatte die Ampel-Regierung beschlossen, dass Ukrainer statt Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Deutschland Bürgergeld beziehen können. Diese Regelung war als Zeichen der Solidarität mit der Ukraine gedacht, mittlerweile wird aber parteiübergreifend immer mehr Kritik laut.

Reinhardt Sager (CDU) vom Deutschen Landkreistag bezeichnete das hohe Bürgergeld in Deutschland als Bremse für die Motivation ukrainischer Flüchtlinge, eine Arbeit aufzunehmen. Das Bürgergeld veranlasst laut Sager auch viele Ukrainer aus anderen EU-Ländern, nach Deutschland zu kommen. Bereits im Oktober schlug Sager gegen über der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vor: „Neu-

nach Deutschland kommende Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine sollten nicht mehr unmittelbar Bürgergeld erhalten, sondern künftig wieder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.“

Auch der Thüringer CDU-Chef Mario Voigt forderte unterdessen, neu ankommenden Ukrainern kein Bürgergeld mehr zu gewähren. Zudem forderte der Thüringer, bei allen ausländischen Beziehern von Bürgergeld die Finanzsituation genau zu prüfen: „Leistungen dürfen nur nach einer Bedürftigkeitsprüfung gewährt werden“, so der CDU-Politiker gegenüber dem „RedaktionsNetzwerk Deutschland“. Laut Voigt müssen bei ausländischen Beziehern von Bürgergeld die Prüfverfahren auch durch eine Pflicht zur Offenlegung von Bankdaten und Vermögen ergänzt werden.

Ausgaben für Ukraineflüchtlinge sind längst ein Thema

Für Finanzminister Christian Lindner (FDP) und Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) ist der Bürgergeldbezug von Ukrai-

nern auch längst ein wichtiges Thema. Auf einer Pressekonferenz zur Steuerschätzung beklagte Lindner die nach seiner

400.000

Ukruiner, die derzeit in Bürgergeld sind und bereits Sprachkenntnisse erworben haben, stellen laut Arbeitsminister Hubertus Heil ein Potential dar, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Aussage horrenden Ausgaben des Staates für die Flüchtlinge aus der Ukraine. Lindner sagte, die Bürgergeld-Ausgaben für diese Gruppe würden im Bundeshaushalt „im nächsten Jahr mit 5,5 bis sechs Milliarden Euro zu Buche“ schlagen.

BUNDESVERTRIEBENENGESETZ

Neue Hoffnung für Spätaussiedler

Bekanntnis zum deutschen Volkstum ausreichend – Betroffen sind Deutsche aus Russland und der Ukraine

Als Kompensation für die Kriegsfolgen des Zweiten Weltkriegs, die deutsche Volkstümige in der Sowjetunion erleiden mussten, erhalten Spätaussiedler gemäß dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG) automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit. Ein Bekenntnis zum deutschen Volkstum reichte bisher als Nachweis aus, um als Deutscher anerkannt zu werden. So war es zumindest bis zum Jahr 2021.

Ab diesem Zeitpunkt hat eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) den Nachweis jedoch deutlich erschwert. Wenn nämlich in amtlichen Dokumenten eine andere Volkstümigkeit als die deutsche angegeben ist, liegt laut BVerwG ein sogenanntes Gegenbekenntnis vor. Ließ sich dies bisher durch eine Änderung der Dokumente korrigieren, war es für die Betroffenen ab

2021 nur noch unter großen Kraftanstrengungen möglich, diesen Nachweis zu erbringen. Konnten etwa Fristen nicht eingehalten werden, drohte der Anspruch auf Anerkennung als Spätaussiedler verloren zu gehen.

Davon betroffen waren sowohl deutsche Volkstümige in Russland als auch in der Ukraine. In Russland leiden Deutsche unter Repressionen, und in der Ukraine sind sie vom Krieg betroffen. Für eine Änderung des BVFG hin zur früheren Anerkennungspraxis setzten sich neben dem Bund der Vertriebenen (BdV) die Landsmannschaft der Deutschen in Russland, Vertreter der Selbstorganisationen der Deutschen in den betroffenen Ländern sowie die CDU/CSU-Fraktion ein.

Wie der BdV kürzlich bekannt gab, wurde in der Nacht vom 16. auf den

17. November im Deutschen Bundestag die lange angekündigte Änderung des BVFG mit breiter Mehrheit verabschiedet. BdV-Präsident Bernd Fabritius lobte die Gesetzesänderung als eine deutliche Verbesserung: „Die Anpassungen stellen nun endlich unmissverständlich klar, dass ein aktuelles Bekenntnis zum deutschen Volkstum Vorrang vor historischen Bekenntnissen zu einem nicht-deutschen Volkstum hat und dass ernsthafte Änderungsbestrebungen zur Glaubhaftmachung ausreichen können.“ Er fügte hinzu, dass „in vielen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion eine Änderung der Nationalität rechtlich nicht mehr möglich ist oder Änderungsbestrebungen aufgrund der politischen Lage mit Gefahr für Leib und Leben verbunden sind.“

Gleichzeitig machte Lindner klar, dass er an der Unterstützung für den ukrainischen Staat keine Abstriche machen möchte: „Zu unterscheiden ist einerseits zwischen der militärischen Ertüchtigung und auf der anderen Seite der Unterstützung durch unseren Sozialstaat“, so der Bundesfinanzminister. Tatsächlich hatte die Ampelkoalition nur wenige Tage vor dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts beschlossen, die Militärhilfe für die Ukraine im kommenden Jahr zu verdoppeln. Unter Berufung auf Informationen aus dem Bundesverteidigungsministerium berichtete die „Bild am Sonntag“ am 12. November, dass die Militärhilfe von vier Milliarden Euro in diesem Jahr auf acht Milliarden Euro im Jahr 2024 ansteigen soll. Den Gesamtwert der seit Februar 2022 geleisteten Hilfen für die Ukraine, als humanitäre Unterstützung, direkten Zahlungen oder Waffenlieferungen, bezifferte die Bundesregierung selbst im September 2022 mit rund 24 Milliarden Euro.

Seit dem Kriegsbeginn im Februar 2022 hat Deutschland etwa 1,2 Millionen Menschen aus der Ukraine aufgenommen. Bundesweit beziehen zur Zeit rund 700.000 Ukrainer Bürgergeld. Lediglich 19 Prozent der Ukrainer haben den Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt geschafft. Die Erwerbsquote der Ukrainer liegt damit wesentlich niedriger als in Aufnahmeländern wie Polen, Tschechien, Dänemark oder den Niederlanden.

Als Potential für den deutschen Arbeitsmarkt sieht Heil 400.000 Flüchtlinge, „die derzeit im Bürgergeld sind und bereits Sprachkenntnisse erworben haben“. Bei ihnen müsse nun der „Jobturbo“ eingelegt werden, so Heil. Nach Angaben des Arbeitsministers handelt es sich bei rund der Hälfte derjenigen, die Integrationskurse bereits abgeschlossen haben oder die kurz vor einem Abschluss stehen, um Ukrainer.

An die Adresse der Wirtschaft gerichtet mahnte der Arbeitsminister: „Wir brauchen Unternehmen, die Geflüchtete auch mit Grundkenntnissen in Deutsch einstellen.“ Schon im Oktober hatte Heil angekündigt, dass es Kürzungen beim Bürgergeld geben sollte, wenn Arbeitsangebote nicht angenommen werden.

Hintergrund der angelaufenen Diskussion um das Bürgergeld sind nicht nur Fachkräftemangel in der Wirtschaft und die geringe Erwerbsquote von Ukrainern in Deutschland. Auch die Gesamtkosten des Hartz-IV-Nachfolgers laufen aus dem Ruder. Ein Sprecher des Bundesarbeitsministeriums bestätigte Anfang November, dass die Ausgaben für die Bürgergeldleistungen statt bei eingeplanten 23,8 Milliarden Euro in diesem Jahr bei 25,9 Milliarden Euro liegen werden.

Fabritius wies besonders auf die Probleme der Ukraineflüchtlinge hin, die mit ihrer Flucht nicht ihren Wohnsitz in den Aussiedlungsgebieten aufgeben. Dies aber habe die deutsche Verwaltung bislang pauschal unterstellt. „Die Folge war für die Betroffenen, dass sie sich mit der Entscheidung konfrontiert sahen, sich in die Kriegs-, Diskriminierungs- oder Verfolgungssituation zurückzugeben, um von dort aus ihren Antrag auf Aufnahme als Spätaussiedler zu stellen – oder diesen Anspruch für immer zu verlieren“, so Fabritius.

Als Erfolg sieht der BdV-Präsident, dass nach der jüngsten Gesetzesänderung „sämtliche mit der Begründung ‚Gegenbekenntnis‘ abgelehnte Anträge nunmehr wiederaufgenommen werden müssen.“

Manuela Rosenthal-Kappi

FINANZEN

Landeshaushalte geraten in Schlingern

Karlsruher Urteil zu „Sondervermögen“ schlägt auch in Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt ein

VON HERMANN MÜLLER

Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Umwidmung von 60 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt 2021 für verfassungswidrig erklärt hat, prüfen nun auch Landesregierungen ihre Haushaltsplanungen. Dabei spielt nicht nur die Sorge eine Rolle, dass Gelder vom Bund ausbleiben werden. Ähnlich wie der Bund haben auch mehrere Bundesländer schuldenfinanzierte „Sondervermögen“ beschlossen. Eigentlich gilt für die Bundesländer seit 2020 ein Neuverschuldungsverbot. Ausnahmen vom Verbot sind den Ländern nur im Falle von „Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen“ erlaubt.

Nur wenige Jahre nach Einführung des Neuverschuldungsverbots nutzen alle 16 Bundesländer mittlerweile die Möglichkeit, nach der Erklärung einer Notlage neue Schulden machen zu dürfen. Keine Probleme mit dem Karlsruher Urteil sieht Bayerns Finanzministerium: „Anders als der Bund hat Bayern jegliche Kreditaufnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie transparent und für jedermann nachvollziehbar im jeweiligen Haushalt abgebildet“, so ein Sprecher des Ministeriums in München. Ein Vertreter des Finanzministeriums von Sachsen-Anhalt erklärte dagegen: „Es wird zurzeit geprüft, ob Änderungen am Haushalt 2023 und am sich noch in den Haushaltsberatungen befindlichen Haushalt 2024 erforderlich sind.“

Scharfe Kritik vom Rechnungshof

Einen besonders großen Schluck aus der Schuldenpulle hat sich das Land Berlin mit seinem Klimafonds genehmigt. Erst im vergangenen Juli hatte der schwarzrote Senat beschlossen, fünf Milliarden Euro an Krediten dafür aufzunehmen. Erklärtes Ziel ist es, mit dem Geld die Stadt „klimaneutral“ zu machen. Verbucht werden die Schulden außerhalb des regulären Haushalts. Der Senat stellt zudem gleich in Aussicht, für den Klimafonds ab 2026 noch weitere fünf Milliarden Schulden zu machen. Zur Begründung führten die Koalitionäre von CDU und SPD an, dass die „Energie- und Klimakrise eines der drängendsten Themen der Gegenwart“ sei.



Scharfe Kritik am Finanzgebaren des Senats: Karin Klingen, Präsidentin des Berliner Landesrechnungshofs

Foto: pa

Scharfe Kritik an dem Vorhaben kommt nun allerdings vom Berliner Rechnungshof. Im Jahresbericht der Behörde, den Rechnungshofpräsidentin Karin Klingen am 23. November dem Abgeordnetenhaus übergeben hat, bildet der Klimafonds ein Hauptthema. Die Prüfer sehen unter anderem die allgemeinen Begründungen für das Sondervermögen als nicht ausreichend an. Aus Sicht des Rechnungshofs besteht die Gefahr, dass mit der pauschalen Feststellung von Notsituationen die Schuldenbremse ausgehebelt wird. Zudem müsse eine Notsituation auch jeweils für das jeweilige Haushaltsjahr konkret begründet werden. Berlins Klimafonds erfüllt laut Klingen diese Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nicht.

Brandenburgs Landtag hat bereits im Dezember 2022 eine außergewöhnliche Notlage erklärt und damit den Weg für ein sogenanntes Brandenburg-Paket freigegeben. Außerhalb des regulären Haushalts will das Land dafür bis zu zwei Milliarden Euro Schulden machen. Verwen-

det werden soll das Geld nach Darstellung der rot-schwarz-grünen Landesregierung zur Abmilderung der Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und der Energiekrise im Land Brandenburg.

Fadenscheinige Begründungen

Bereits im August hatten die märkischen Rechnungsprüfer allerdings gewarnt, dass mit dem Brandenburg-Paket nur solche Maßnahmen gefördert werden dürfen, die sich tatsächlich direkt aus den Folgen des Ukrainekrieges und den Energiepreiserhöhungen ergeben. „Umso länger das andauert, desto eher schleicht sich die Versuchung ein, dass hier Dinge gefördert werden, die man immer schon haben wollte“, so Rechnungshofpräsident Christoph Weiser.

Als Beispiel für Maßnahmen, bei denen nicht sofort erkennbar sei, wie damit die Folgen des Ukrainekrieges abgemildert werden sollen, nannte Weiser die Anschaffung von geschützten SUVs für das Innenministerium. Gegen das kreditfi-

nanzierte Programm liegt bereits eine Klage der AfD-Landtagsfraktion beim brandenburgischen Verfassungsgericht vor. Kritikpunkt der Fraktion ist, dass die Koalition aus SPD, CDU und Grünen unter Umgehung des Neuverschuldungsverbots Dinge finanziere, die eigentlich in den regulären Haushalt gehörten.

Tatsächlich will die Landesregierung über das Brandenburg-Paket nicht nur neue Fahrzeuge für das Innenministerium anschaffen. Bis zu 150 Millionen Euro will das Land beispielsweise für die „Aufnahme, Unterbringung, Versorgung, Betreuung und Integration von Geflüchteten“ verwenden. Davon sollen allein 98 Millionen Euro der Schaffung von bis zu 14.000 weiteren Plätzen zur Unterbringung von „Geflüchteten“ dienen. In einer Projektliste erwähnt die Landesregierung sogar Projekte zu CO₂-armen Produktionsweisen, die per Brandenburg-Paket gefördert werden können. Der Zusammenhang mit Ukrainekrieg und Energiepreiserhöhungen bleibt schleierhaft.

VERKEHR

CDU will Magnetschwebebahn für Berlin

Fünf bis sieben Kilometer lange Teststrecke vorgeschlagen – Widerstand von SPD und Opposition

Dirk Stettner, CDU-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus, hat dieser Tage eine neuartige Magnetschwebebahn auf Stelzen für die Hauptstadt vorgestellt. Eine fünf bis sieben Kilometer lange Pilotstrecke, wie sie ihm vorschwebt, soll 85 Millionen Euro kosten. Das Vorhaben war Teil eines Verkehrskonzepts, das die CDU im Vorgriff auf den Wahlkampf 2021 beschlossen hatte. Es wurde im Juni 2020 vom heutigen Regierenden Bürgermeister Kai Wegner präsentiert. Die neuartige Bahn soll beispielsweise zur Anbindung des Flughafens BER oder zur Erschließung neuer Wohngebiete dienen.

Stettner: „Wir wollen eine gute Pilotstrecke herausuchen, die auch Sinn macht, die natürlich dann auch bleibt und nicht nur als Teststrecke wieder abgebaut wird.“ Die bayerische Firmengruppe Max Bögl bietet eine Komplettlösung an und

verweist auf zwei Teststrecken auf dem Oberpfälzer Firmengelände in Sengenthal und in Chengdu in China. Stettner lobt die geringe Bauzeit von nur zwei Jahren. Finanzieren will er den Bau über das sogenannte Klima-Sondervermögen.

Verkehrssenatorin Manja Schreiner (CDU) hat bereits Zustimmung signalisiert. Auch der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) äußerte sich positiv. VBB-Chefin Ute Bonde erklärte, die Stadt brauche innovative Projekte. Außerdem wäre eine solche Bahn eine Ergänzung zu den anderen Stadtbahnen. Sie sei leise und kostengünstiger als Hoch- oder Tiefbahnen. Die beiden linken Oppositionsparteien haben sich gegen Stettners Vorschläge positioniert. Aber auch vom Koalitionspartner SPD kommt Gegenwind. Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Tino Schopf: „Eine Magnet-

schwebebahn hat für mich da aktuell überhaupt gar keine Zukunft.“

An Stettners Kostenschätzung werden indes Zweifel laut. In einer Machbarkeitsstudie für das Bundesverkehrsministerium von 2021 durch die Firmengruppe Max Bögl schlagen die Kosten mit 20 bis 25 Millionen Euro pro Kilometer zu Buche. Selbst bei einer nur fünf Kilometer langen Strecke wären das mindestens 100 Millionen Euro. Und das galt 2021. Inzwischen sind die Baukosten stark gestiegen. Die Präsidentin des Landesrechnungshofs, Karin Klingen, erklärte zudem, die Kosten für die Teststrecke könnten schwerlich aus dem Sondervermögen Klimaschutz zu finanzieren sein. Ausnahmen von der Schuldenbremse seien gerade nicht dazu da, langfristige Investitionen, die man immer schon machen wollte, zu finanzieren: „Daher hoffe ich, dass

auch bei dem Vorschlag der Magnetschwebebahn das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ernst genommen wird. Danach können langfristige Investitionen wie eine Magnetschwebebahn nicht finanziert werden, sondern nur Maßnahmen, um eine konkrete Notsituation in einem Jahr zu bekämpfen.“

Die Realisierung einer Magnetschwebebahn wäre überdies neben S- und U-Bahn sowie Straßenbahn ein viertes Verkehrssystem in Berlin, was die logistischen Probleme der Stadt verschärfen könnte. Von 1984 bis 1991 gab es in Berlin schon einmal eine Magnetschwebebahn. Sie verkehrte unter Regie der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) auf einer Teststrecke zwischen dem Gleisdreieck in Kreuzberg und dem Kemperplatz in Tiergarten, wurde aber wieder abgebaut.

Frank Bücker

KOLUMNE

CDU wirkt?

VON THEO MAASS

Am 20. April machte die scheidende grüne Verkehrssenatorin Bettina Jarasch in ihren letzten Amtstagen den Berliner Autofahrern ein letztes „Geschenk“. Die frühere Autobahn A 104 – 2006 leider zur Kraftverkehrsstraße herabgestuft und damit der Zuständigkeit des Bundesverkehrsministers entzogen – wurde im Bereich des Schlangebader Tunnels in Berlin-Wilmersdorf für den Verkehr gesperrt. Sicherheitsbedenken hatte Jarasch geäußert.

Die Sicherheitsausstattung im Tunnel entspreche nicht den neuesten Standards. So fehlten Lautsprecher, über die im Notfall Informationen weitergegeben werden könnten, und Kameras zur Überwachung. Auch seien Fluchttüren bei Rauchbildung nicht gut genug zu erkennen. Die Lüftung sei defekt. Der mutmaßliche Hintergrund: Eigentlich wollte Jarasch die ganze frühere A 104 abreißen lassen.

Daraus wird nun nichts. Die nunmehrige Verkehrssenatorin Manja Schreiner von der CDU hat monatelang geprüft. Was hat denn da so lange gedauert? Da ist ein fertiger Autobahntunnel, der „sanitiert“ werden soll. Nun wird der Tunnel für sage und schreibe 32,5 Millionen Euro saniert, was endlose zwei Jahre dauern soll. Die frühere A 104 hat eine Gesamtlänge von drei Kilometern. Der Tunnel ist lächerliche 561 Meter lang. Dafür werden nun einige neue Lautsprecher benötigt, Hinweisschilder für Fluchttüren, ein Gebläse, um im Falle eines Falles den Rauch abzusaugen und anderer Kleinkram.

In Berlin dauert so etwas zwei Jahre – und wahrscheinlich nur hier in Berlin. Die zuständige Wahlkreisabgeordnete Stefanie Bung von der CDU freut sich: „CDU wirkt“ – na ja, man ist ja bescheiden geworden. In der Zwischenzeit steht der Durchgangsverkehr im Stau und die Anwohner müssen das ertragen.

MELDUNG

Anschlag auf Ausstellung

Berlin – Vor dem Rathaus Tiergarten ist ein Schaukasten mit einer Ausstellung zur jüdischen Geschichte des Krankenhauses Moabit beschädigt worden. Entdeckt worden war die Zerstörung des Schaukastens durch eine Passantin, die sich am 19. November bei der Polizei gemeldet hat. Nach Angaben eines Polizeisprechers ist das Glas des Schaukastens mit Steinen eingeworfen worden. Rußspuren lassen zudem auf den Versuch schließen, den Kasten in Brand zu setzen. Die Ermittlungen wegen Sachbeschädigung mit politischem Hintergrund hat der polizeiliche Staatsschutz übernommen. Laut Aro Kurp, Vorstandsmitglied des Vereins „Sie waren Nachbarn“, sollte die Ausstellung in der Vitrine am Mathilde-Jacob-Platz noch bis Ende Dezember gezeigt werden. Thema der Ausstellung war die Unterstützung für Juden während der NS-Zeit im Krankenhaus des Stadtteils. H.M.

● MELDUNGEN

Linke Politik statt Sicherheit

Washington – Der Kongress der Vereinigten Staaten untersucht jetzt das Versagen der US-Geheimdienste im Zusammenhang mit dem Hamas-Angriff auf Israel vom 7. Oktober. Dabei geht es vor allem um die Frage, ob die von Präsident Joe Biden verfügte Neuorientierung der Dienste auf Sicherheitsrisiken infolge des Klimawandels für die völlige Ahnungslosigkeit in Bezug auf die Pläne der Hamas verantwortlich war. Hierzu sagte das republikanische Mitglied im Ständigen Sonderausschuss für Geheimdienste des Repräsentantenhauses, Michael Waltz aus Florida: „Die unverhohlene politische Ausrichtung unserer Geheimdienste auf den Klimawandel gefährdet die USA und deren Verbündete, indem sie andere Bedrohungen außer Acht lässt.“ Und der Abgeordnete James Banks aus Indiana fügte hinzu: „Die Besessenheit der Regierung, linke Politik über unsere nationale Sicherheit zu stellen, hatte katastrophale Auswirkungen ... Unsere Gegner lachen uns aus.“ W.K.

Milei macht Rückzieher

Buenos Aires – Unmittelbar nach seiner Wahl zum neuen Präsidenten von Argentinien hat Javier Milei verkündet, der BRICS-Gruppe, also der Wirtschaftsgemeinschaft großer Schwellenländer unter russischer Führung, nicht beitreten zu wollen. Zum 1. Januar 2024 sollten sechs weitere Mitglieder in die Gemeinschaft aufgenommen werden, neben Ägypten, Äthiopien, Iran, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten auch Argentinien. Nun argumentiert der wirtschaftsliberale Milei, er sehe die USA und Israel als wichtigste Partner Argentinien. Im Konflikt mit Russland steht er auf der Seite der Ukraine. Er strebt eine „Dollarisierung“ seines Landes an und will die Landeswährung Peso aufgeben. Ziel der BRICS-Staaten dagegen ist es, der westlichen Dominanz der Weltordnung einen Kooperationsmechanismus entgegenzusetzen. MRK

Slowakei gegen Sanktionen

Bratislava – Der neue slowakische Außenminister Juraj Blanár hat in einem Gespräch mit seinem österreichischen Amtskollegen Alexander Schallenberg gesagt, sein Land werde die Zustimmung zum 12. Sanktionspaket gegen Russland offenlassen. Außerdem verteidigte er die Beendigung der Militärhilfe seines Landes für die Ukraine. Er betonte, dass seine Regierung den russischen Angriff auf die Ukraine verurteilt, und versicherte, die Slowakei werde der Ukraine humanitär sowie bei der Minenräumung helfen. Zur Begründung für die Ablehnung weiterer Sanktionen gab er an, dass der Ukraine-Konflikt eingefroren sei. Nun brauche es einen „Druck für Friedensgespräche“. Zudem hätten die Sanktionen gegen Russland nicht viel gebracht, dafür sei die Slowakei aber wegen des Ukrainekriegs auf die vorletzte Stufe in der EU abgerutscht, was den Lebensstandard betrifft. Darüber hinaus stehe sein Land unter großem Migrationsdruck. MRK

FRANKREICH

Migrantengewalt erschüttert die Nation

„Opfer des Zerfalls“ des Landes – Hitzige Debatte nach dem tödlichen Überfall auf ein Dorffest

VON BODO BOST

Es war kurz nach ein Uhr morgens, als am Ausgang eines Dorffestes alles außer Kontrolle geriet. Fast 400 Personen nahmen an diesem kostenpflichtigen Abend teil, für den man sich im Voraus anmelden musste. Einer der vier Sicherheitsbeamten widersetzte sich dem Einlass einer nicht angemeldeten Person, danach brach sich die Gewalt mit Messern ihre Bahn.

Zunächst wurde der Sicherheitsbeamte mit einer Stichwaffe verletzt. Etwa 20 ortsfremde Personen mit Migrationshintergrund kamen dem Messerstecher zur Hilfe. Die angemeldeten Teilnehmer der Party unterstützten dagegen die Sicherheitsleute, und es kam zu einer Massenschlägerei. Dabei wurde der Jugendliche Thomas durch Messerstiche

schwer verletzt und starb auf dem Weg ins Krankenhaus. 17 weitere Personen wurden teilweise schwer verletzt oder traumatisiert.

„Sie kamen mit der Lust zu töten“

Zwei Tage danach versammelten sich in der Nähe des Dorfes Crépol, so der Name des 540-Einwohner-Ortes, mehrere tausend Menschen zu einem „weißen Schweigemarsch“ zum Gedenken an Thomas. An der Spitze des Demonstrationzuges hing ein großes weißes Transparent mit dem Foto, das seit dem Wochenende überall kursiert: Das lächelnde Gesicht eines Teenagers in seinem Rugbytrikot. Der von der Staatsanwaltschaft verwendete Begriff „Schlägerei“ sorgte für Diskussionen in Fernsehsendern und Entsetzen in sozialen Netzwerken. In Crépol selbst schockiert er auch einige Einwohner. „Es war keine Schlägerei, son-

dern ein Angriff: Sie kamen mit der Lust zu töten“, sagte Josette Place, Mitglied des örtlichen Festkomitees, der Nachrichtenagentur AFP. Die Sprecherin der Gendarmerie Nationale weigerte sich, das Wort „Schlägerei“ zu verwenden. „Neben dem Toten gab es auf der ‚Schlägerei‘ zwei Schwerverletzte, sechs Leichtverletzte und ‚zehn Menschen unter Schock‘. Was für eine Bilanz für eine ‚Rauferei‘!“, so die Sprecherin.

Die Debatte über die Wortwahl im Zusammenhang mit der Gewalttat offenbart in Wirklichkeit die ganze emotionale Spannung, die dieses Drama in der öffentlichen und politischen Sphäre Frankreichs mittlerweile hervorgerufen hat. In den sozialen Netzwerken zeichnete sich das Szenario einer Strafexpedition ab, die von einer Gruppe Jugendlicher aus einer Immigrantensiedlung in Romans-sur-Isère durchgeführt wurde.

Der Staatsanwalt von Valence sprach von einer „Abrechnung“ und der Möglichkeit einer „geplanten Expedition“. Die Ermittlungen bestätigen jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht, dass der Angriff im Voraus organisiert worden war. Es scheint nach dem derzeitigen Stand der Untersuchungen vielmehr, dass der Zwischenfall zwischen dem Wachmann und der nicht registrierten Person zu der sehr großen Gewalttätigkeit der von außen kommenden Jugendlichen geführt hat.

„Bankrott der Gesellschaft“

Am 21. November sind neun Personen festgenommen worden, darunter der mutmaßliche Täter, sieben davon in der Nähe von Toulouse, das 150 Kilometer vom Tatort entfernt liegt. In Crépol werden die Ermittlungen aufmerksam verfolgt in einer Atmosphäre des „kollektiven Traumas“, so Patrice Horny, erster stellvertretender Bürgermeister des Dorfes Le Chalon, der Gemeinde, in der Thomas mit seinen Eltern lebte. „Niemand versteht das, denn hier gibt es keine Probleme mit Kriminalität und Gewalt“, sagte der Politiker.

Innenminister Gérald Darmanin sprach von einem „allgemeinen Bankrott der französischen Gesellschaft“. Darmanin ist bekannt als sicherheitspolitischer Hardliner, der mehr Polizeipräsenz und härtere Strafen fordert. Ähnlich wie er reagierte auch Eric Ciotti, Vorsitzender der Gaullisten. Thomas sei ein „Opfer des Zerfalls Frankreichs“. Ciotti wählte dabei auch den Begriff „Verstrahlung“.

Warnung vor antiweißem Rassismus

Rechte Parteien sprachen von der Gewalt der Banlieues und ihren Immigrantennilios, die nun auch das flache Land erreicht habe. Marion Maréchal, stellvertretende Vorsitzende der nationalistischen Partei Reconquête, warnte vor „antiweißem Rassismus“, der zu einem „ethnischen Bürgerkrieg“ führen könne.

Für ihre Tante Marine Le Pen, frühere Präsidentin des rechtskonservativen „Rassemblement national“, ist die Tragödie von Crépol der Beweis dafür, dass die Gewalt aus den Banlieues das flache Land erreicht habe, niemand sei irgendwo mehr sicher. Die linkspopulistische Partei „La France insoumise“ nahm zu der Gewalttat dagegen überhaupt keine Stellung.



Wut und Entsetzen: Am 22. November gedachten 6000 Menschen des getöteten Thomas in Romans-sur-Isère

Foto: pa

MIGRATION

Finnland macht seine Grenze fast komplett dicht

Wegen womöglich gezielter Schleusungen – Nur ein einziger Übergang nach Russland bleibt passierbar

Helsinki hat ab dem 22. November alle Grenzübergänge nach Russland mit Ausnahme von einem geschlossen, nachdem die Zahl der Übertritte illegaler Migranten per Fahrrad kurz zuvor stark zugenommen hatte. Premierminister Petteri Orpo vertrat die Ansicht, dass Russland Migranten absichtlich über die Grenze lasse, obwohl sie keine gültigen Papiere hätten, und deutete dies als Versuch Moskaus, seinen Nachbarn zu destabilisieren.

Finnland hat eine 1340 Kilometer lange gemeinsame Grenze mit Russland, es ist die längste Grenze eines europäischen NATO-Staates zu einem Land außerhalb des Bündnisses. Der Kreml hatte im April gedroht, nach dem NATO-Beitritt Finnlands „Gegenmaßnahmen“ zu ergreifen, und bezeichnete die Erweiterung des westlichen Bündnisses als „Angriff auf die

Sicherheit“ Russlands. Dazu kommt noch, dass Finnland im Zarenreich eine Zeit lang Teil Russlands war und so nach der Definition mancher Geschichtsrevisionisten Teil der „Russischen Erde“ ist.

Die Fahrradmigration begann Ende Oktober, als Russland das bilaterale Grenzkooperationsabkommen gekündigt hatte. Seitdem dürfen Ausländer ohne gültige Papiere die russischen Grenzposten passieren. Zwischen dem 13. und 17. November beantragten 371 Menschen an der finnisch-russischen Grenze Asyl, vorher waren es in dreieinhalb Monaten nur 90 gewesen, so die finnischen Grenzschutzbehörden. Fast alle kamen per russischen Pick-ups, auf denen ihr Fahrrad deponiert war, zur russischen Grenze, bei Temperaturen von bis zu minus 13 Grad. Das Niemandsland zwischen beiden Staa-

ten darf nicht zu Fuß durchquert werden, deshalb die Fahrräder.

Ein neuer Eiserner Vorhang

Auf russischer Seite der Grenze werden an einigen Stellen bereits Zeltlager gebaut, was darauf hinweist, dass Moskau auf Zeit spielt. Hauptherkunftsländer der Fahrradmigranten sind Somalia, Jemen und Syrien. Es handelt sich allerdings nicht um eine Armutsmigration, denn laut BBC müssen die Fahrradfahrer für ihre Reise in die EU insgesamt bis zu 20.000 Euro aufwenden, dazu kommen noch bis zu 300 Euro für die Fahrräder. Die gibt es in der russischen Grenzstadt Wyborg, die einst die zweitgrößte Stadt Finnlands war.

Durch die Grenzsicherungen zwischen Finnland und Russland senkt sich

immer mehr ein neuer Eiserner Vorhang an Russlands Westgrenzen. Auch Norwegen überlegt, den einzigen Grenzübergang zu Russland zu schließen, nachdem auch dort Somalier aufgetaucht sind. Die baltischen Staaten und Polen lassen seit Monaten keine Russen mit Touristenvisa oder Pkw mit russischen Kennzeichen mehr einreisen.

Die baltischen Staaten, in denen viele russischstämmige Doppelstaatler leben, warnen diese Leute vor Reisen nach Russland, denn die Rückreise könnte nicht mehr möglich sein. Finnland will bis 2026 einen mehr als 200 Kilometer langen Zaun an seiner weitgehend unbewohnten Grenze zu Russland errichten. Dabei galt Skandinavien bislang als die liberalste Flüchtlingsregion in der EU. Damit ist es jetzt vorbei. Bodo Bost

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Am 20. November trafen sich in Berlin 13 afrikanische Staatschefs mit europäischen Politikern und führenden Wirtschaftsvertretern zur fünften Wirtschaftskonferenz „Compact With Africa“. In diesem Jahr stand die angestrebte Kooperation von europäischen und afrikanischen Partnern beim Ausbau der sogenannten nachhaltigen Energien im Fokus, wobei die Notwendigkeit von privaten Investitionen in Europas Nachbarkontinent besonders hervorgehoben wurde.

Der 2017 von Deutschland initiierten Konferenz haben sich unter anderem Marokko, Tunesien, Senegal und Ägypten angeschlossen. Angola, Sambia, Nigeria und Kenia nahmen als Gäste teil. Ungeachtet der hohen Risiken und Kosten bekannten sich alle Teilnehmer in seltener Einmütigkeit zum gemeinsamen Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft auf dem Weg in eine „klimaneutrale Zukunft“.

Bundeskanzler Scholz sagte Milliarden-Investitionen Deutschlands zu. Deutschland werde „grünen Wasserstoff in großen Mengen“ aus afrikanischen Ländern abnehmen. Damit böten sich für diese Länder große Chancen. Deutschland benötigt Afrika als Partner zur Erfüllung der von der Bundesregierung abgesteckten ehrgeizigen Klimaziele. Bei der zukünftigen Energieversorgung soll der über See importierte grüne Wasserstoff als tragende Säule fungieren. „Klimafreundlicher Wasserstoff“ werde die Klimabilanz von Industrie und Verkehr erheblich verbessern, verkündet die Nationale Wasserstoffstrategie 2020, und wörtlich: „Deutschland wird zur Wasserstoff-Wirtschaft.“

Ökologisch äußerst fragwürdig

Nach Angaben aus Robert Habecks Wirtschaftsministerium soll ungefähr ein Drittel des benötigten Wasserstoffs in Deutschland erzeugt und 50 bis 70 Prozent des Bedarfs durch Importe aus dem Ausland gedeckt werden. Das klingt nach einer „Win-win“-Situation. Doch im Vergleich mit grauem Wasserstoff aus Erdgas ist grüner Wasserstoff etwa dreimal teurer und könnte nur durch Differenzverträge oder ein Erneuerbares-Energien-Gesetz für Wasserstoff finanzierbar sein.

„Essentiell sind wettbewerbsfähige und verlässliche nationale Rahmenbedingungen sowie makroökonomische Stabilität“ stellte Scholz fest. Damit sprach er die mit den teuren afrikanischen Wasserstoffprojekten verbundenen Risiken im Bereich Rechtssicherheit und politischer Stabilität an. Diese sind allerdings enorm. Seit 2020 gab es in Afrika neun Militärputsche, in Mali und Burkina Faso sogar je



Milliarden für ein fragwürdiges Vorhaben: Projekt für „grünen Wasserstoff“ in Südafrika

ENERGIE

Milliardenteures Abenteuer

Deutschland und die EU wollen Unsummen in die Produktion von „grünem Wasserstoff“ nach Afrika transferieren – trotz politischer Instabilität

zwei. Ungeachtet des ungewissen Ausgangs der angestoßenen Wasserstoffprojekte spricht man gleichwohl öffentlich nur über die Chancen der Energietransformation für neue Jobs und eine sichere, bezahlbare Stromerzeugung in Afrika.

Selbst in vielen Ländern Afrikas mit gewählten Staatschefs gibt es nach wie vor superreiche Familienclans und Vetternwirtschaft. Und auch diesen Ländern sei das „antidemokratische Arsenal“ ausgebaut worden, wie die „Zeit“ im August 2022 berichtete. Genannt werden Internetblockaden, fadenscheinige Gerichtsprozesse gegen Oppositionelle, Polizeigewalt „und Schlimmeres“. Der globalen Windbranche kommen diese Strukturen zupass. Windparks mit 600 und mehr Windrädern, um Strom für den „grünen“ Wasserstoff bereitzustellen, haben katastrophale ökologische Schäden zur Folge und können nicht ohne Menschenrechts-

verletzungen entstehen. In Europa sind sie nicht durchsetzbar.

Von Unruhen erschüttert

Kenia, eines der wirtschaftlich stärksten und modernsten Länder Afrikas, liegt laut einem Bericht der „taz“ auf der Liste der von Korruption betroffenen Länder Afrikas im Mittelfeld. Lange wurde Kenia von korrupten Familienoligarchien beherrscht. Nach einer Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung handelt es sich um ein Symptom des ethnischen Klientelismus. Gut ein Jahr nach der Wahl von Präsident William Ruto im August 2022 wird das Land weiterhin von massiven Unruhen erschüttert. Steigende Preise, Arbeitslosigkeit und Enttäuschung über Ruto, der sich selbst als „Hustler“ bezeichnete (eine Mischung aus Überlebenskünstler und Schlitzohr), treiben vor allem junge Leute auf die Straße.

Da Präsident Ruto einen Fahrplan zur „klimaneutralen Herstellung“ von grünem Wasserstoff für sein Land angekündigt hat, wurde Kenia auf dem dreitägigen Klimagipfel in Nairobi vom 4. bis 6. September von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für seinen Ehrgeiz auf dem „Weg zur Klimaneutralität“ gelobt.

Wie jüngst in Berlin lag der Fokus in Nairobi auf einer Strategie zur sogenannten klimaneutralen Herstellung von Wasserstoff auf dem afrikanischen Kontinent. Noch ist die globale Finanzierung dieser „Klimaschutzprojekte“ ungeklärt. Von der Leyen kündigte an, die kenianische „grüne“ Wasserstoffstrategie im Rahmen des 300 Milliarden Euro schweren Investitionsplans „Global Gateway“ der EU für „wertebasierte, hochwertige und transparente Infrastrukturpartnerschaften“ mit fast zwölf Millionen Euro zu fördern.

HAUSHALTSKRISE

Karlsruher Urteil hat die Bahn kalt erwischt

Verkehrsminister Wissing fehlen nach dem Urteil zum Sondervermögen plötzlich Milliarden

Dass das Bundesverfassungsgericht rund 60 Milliarden Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) für verfassungswidrig erklärt hat und sich die Bundesrepublik am Rand eines Haushaltsnotstands sieht, wollte FDP-Chef und Finanzminister Christian Lindner bestenfalls als Betriebsunfall verkaufen. Der Staat könne eben nicht dauerhaft mehr ausgeben, als er einnimmt.

Doch seinem Parteifreund und Kabinettskollegen Volker Wissing steht das Wasser bis zum Hals. Schließlich hat der Verkehrsminister die Sanierung der maroden Bahn ganz oben auf die Agenda geschrieben. Das Prestigeprojekt droht nun zu scheitern. Vor dem Haushaltsausschuss des Bundestags erklärte Wissing in der vergangenen Woche, dass derzeit rund 25 Milliarden Euro fehlen, die er der Bahn gerne

zur Verfügung stellen wollte. Die eine Hälfte des Geldes sollte eigentlich aus eben jenem Klima- und Transformationsfonds fließen, der durch das Karlsruher Urteil auf Eis liegt. Die anderen 12,5 Milliarden Euro sind Eigenkapital der Bahn, das der Bund in den kommenden Jahren aufstocken wollte. Auch dieses Vorhaben sieht Wissing laut Aussage von Sitzungsteilnehmern jetzt gefährdet.

4000 Kilometer Schiene sollten verbessert werden. Denn die Bilanz der Deutschen Bahn ist desaströs. Nur jeder zweite Zug rollt derzeit noch pünktlich ein. Rund 5,3 Milliarden Euro fehlen inzwischen für die drängendsten Investitionen. Wie groß die Nervosität ist, zeigt, dass die Arbeitnehmervertreter in der vergangenen Woche auf eine außerordentliche Sitzung des Aufsichtsrates

drängten. Dessen Vorsitzender ist pikanterweise der bisherige Finanzstaatssekretär Werner Gatzert, der an der Ausgestaltung des KTF maßgeblich beteiligt war und den Lindner in der vergangenen Woche quasi als Bauernopfer feuerte.

Unternehmen schon beauftragt

Die Bahn sieht sich nun als Zankapfel der Ampelkoalition. Lindner hatte flugs die Probleme auf Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) abgewälzt. Dass sein Parteifreund Wissing jetzt vor einem riesigen Dilemma steht, verschwie er. Dabei hatte dieser ehrgeizige Ziele formuliert. Die Zahl der Reisenden sollte bis 2030 verdoppelt werden, der Güterverkehr um 25 Prozent wachsen. Bahnchef Richard Lutz hatte den Finanzierungsbedarf für den Zeitraum auf 80 Milliarden Euro ver-

anschlagt. Die Hälfte davon galt bislang als bisher nicht durchfinanziert.

Nun wackelt das gesamte Projekt, und damit stehen auch die dringend notwendigen Investitionen in die Infrastruktur auf der Kippe. Der „Spiegel“ berichtet von einem weiteren Problem. Die Bahn habe bereits die Hälfte der Aufträge an Bauunternehmen vergeben und sich dabei wohl auch auf die KTF-Milliarden verlassen. Nun wird händeringend nach Einsparpotential gesucht. Die Allianz pro Schiene fordert, das Dienstwagen-Privileg zu streichen und die freiwerdenden Gelder in die Bahn zu stecken. Aus der CSU war zu hören, dass man das 49-Euro-Ticket im kommenden Frühjahr auslaufen lassen solle. Eines scheint bereits jetzt absehbar. Der Buhmann dürfte Volker Wissing heißen. Peter Entinger

MELDUNGEN

DIHK fordert harte Wende

Berlin – In einer Resolution fordert die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) grundlegende Änderungen an der deutschen Wirtschaftspolitik. Die Spitzenorganisation der regionalen Industrie- und Handelskammern listet zehn Punkte für eine wirtschaftspolitische Wende auf. Unter anderem mahnen die Unternehmer in ihrem Papier einen „Kulturwandel“ in den Behörden an. Diese müssten Projekte ermöglichen, statt sie durch Auflagen zu erschweren. Zudem fordern die Wirtschaftsvertreter eine Absenkung der Stromsteuer für Unternehmen auf breiter Front statt nur für Großverbraucher. In ihrer Resolution spricht sich die DIHK auch für eine stärkere Nutzung der heimischer Kohle- und Schiefergasvorkommen aus. Sie kritisiert zudem, dass die Regelung zur Einwanderung von Fachkräften in der Praxis zu komplex sei. Weiterhin fordert die DIHK, den Fachkräftemangel durch die Stärkung der Ausbildung zu mildern. H.M.

Windpark am Rand der Pleite

Stockholm – Europas größter Landwindpark Markbygd westlich von Piteå in Nordschweden, der nach seiner kompletten Fertigstellung eine Fläche von 450 Quadratkilometern einnehmen und 1101 bis zu 300 Meter hohe Windräder mit vier Gigawatt Gesamtleistung umfassen soll, befindet sich in massiven Zahlungsschwierigkeiten und steht deshalb kurz vor der Insolvenz. Die Probleme von Markbygd resultieren dabei vor allem aus einem Vertrag mit dem norwegischen Unternehmen Hydro Energi. Darin hatte sich der Windparkbetreiber verpflichtet, eine konstante Menge an Strom zum Festpreis zu liefern. Weil aber des Öfteren Flaute herrschte oder die Windkraftanlagen wegen technischer Probleme pausieren mussten, war Markbygd gezwungen, bei konventionellen Anbietern teuren Ersatzstrom einzukaufen. Deswegen hat das Unternehmen, welches zu 75 Prozent dem chinesischen Staat gehört, nun Schulden in Höhe von umgerechnet 525 Millionen Euro. W.K.

Investition für Lichtenberg

Berlin – Der niederländische Investor van Caem investiert rund eine Milliarde Euro, um in Berlin-Lichtenberg eines der größten Rechenzentren Deutschlands zu errichten. Wie aus einem Schreiben zum Projektstart hervorgeht, soll das Rechenzentrum auf 30.000 Quadratmetern eine Leistungskapazität von 100 Megawatt erreichen. Damit lassen sich theoretisch zehn Millionen Arbeitsplätze mit Software und Daten versorgen. So entsteht im Berliner Osten das fünftgrößte Rechenzentrum Deutschlands und das größte Berlins. Laut den Planungen soll die im Zentrum anfallende Wärme in das Berliner Fernwärmenetz eingespeist oder für umliegenden Wohn- und Gewerbegebiete genutzt werden. Das „Bluestar“ genannte Projekt soll im Jahr 2026 den Betrieb aufnehmen. Der Bezirk Lichtenberg geht von rund 80 Arbeitsplätzen in der Anlage aus. H.M.

ANALYSE

Von Taliban geschleust

BODO BOST

Nach einem von der ungarischen Regierung zusammengestellten Geheimdienstossier sind die afghanischen Taliban dabei, die Kontrolle über Schleusergruppen in Serbien zu übernehmen, um damit Geld für Terroranschläge zu generieren. Die Taliban, die mit dem Opiumanbau und Handel einst ihren Kampf gegen den Westen finanzierten und gewannen, versuchen jetzt, da sie über viele freie Terror-Kräfte verfügen, mit der islamischen Immigration nach Europa ein neues Finanzierungsmodell zu errichten, das islamkonformer als der vom Koran verbotene Opiumanbau ist.

Das Dossier, das auf der Internetseite des ungarischen Parlaments veröffentlicht wurde, kommt zu dem Schluss, dass der Geheimdienst der Taliban die direkte Kontrolle über Schleusergruppen übernehmen hat, die auf dem Gebiet der Wojwodina in Serbien nahe der Grenze zu Ungarn operieren. In dem als Verschlussache eingestuftes Dokument vom 25. Oktober wird auch davor gewarnt, dass auch die palästinensische Terrorgruppe Hamas versucht, die Migrationsroute über den westlichen Balkan zu nutzen, um Mitglieder nach Westeuropa zu schleusen, als Rückzugsgebiet bei einer israelischen Übernahme des Gazastreifens.

Der Bericht mit dem Titel „Nationale Sicherheitsaspekte der illegalen Migration im serbisch-ungarischen Grenzgebiet“ war in Auftrag gegeben worden, weil die Migrantengewalt in der Wojwodina immer mehr zunahm. Menschen-smugglergruppen aus Afghanistan, Marokko und Syrien kämpfen dort gegeneinander um die Kontrolle über den lukrativen Migrationsmarkt in die EU. Waffen besorgen sich die Schleuserbanden von albanischen Verbrechersyndikaten aus Albanien, dem Kosovo und Südserbien.

Der Geheimdienstbericht, dessen Freigabe vom Fraktionsvorsitzenden der ungarischen Regierungspartei Fidesz, Mate Kocsis, der auch Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsausschusses ist, initiiert wurde, beschreibt, wie die internen Kämpfe zwischen verschiedenen Schleuserbanden in der Wojwodina zunehmen, die Gewalt wächst und die serbische Polizei nicht in der Lage zu sein scheint, die Situation unter Kontrolle zu halten.

In den fast täglichen Berichten wurde ausführlich beschrieben, wie das Grenzschutzsystem unter starkem Druck steht und dass Grenzpatrouillen immer mehr von Schleusern angegriffen werden. Schleusungen werden dank der Terrorgruppen aus dem Nahen und Mittleren Osten jedoch immer professioneller. In großem Stil werden in Heimatgebieten eingeübte Grenzdurchbrüche, wie am 7. Oktober an der Gazagrenze, trotz hoher Zäune und elektronischer Bewachung, eingeübt.

Den Geheimdienstquellen zufolge kontrollieren zwei afghanische Gruppen inzwischen den größten Teil des Schleusergeschäfts in der Wojwodina. Dank der in Deutschland extrem hohen Sozialleistungen für Asylsucher sind die Gewinnmargen der Schleuser stark gestiegen. Laut dem Bericht sind Familienmitglieder der Taliban-Regierung in Afghanistan und der Haqqani-Gruppe direkt an den Schleuserbanden in der Region beteiligt. Auch andere terroristische Organisationen aus dem Nahen Osten haben demnach Interesse daran bekundet, ganze Schleusernetzwerke auf dem Balkan aufzukaufen, mit Geld aus den Öleinnahmen.

Welche Rolle spielt Moskau?

In dem Bericht wird auch auf die Bedeutung einer „Verbindung“ zwischen Moskau und Belgrad hingewiesen, die für die eher prussische ungarische Regierung von Viktor Orbán politisch heikel ist. Moskau ist nämlich auch eine Drehscheibe in der Balkanroute. Offenbar ist derzeit die Grenze zwischen Afghanistan und Tadschikistan praktisch unkontrolliert, deshalb können sich Afghanen tadschikischer Herkunft leicht tadschikische Pässe besorgen, mit denen sie ohne Visum nach Moskau und dann ohne Visum von Moskau nach Belgrad reisen können.

Orbáns nationaler Sicherheitsberater György Bakondi reagierte im ungarischen Fernsehen mit den Worten: „Aufgrund der gescheiterten Migrationspolitik der EU entscheiden jetzt der Geheimdienst der Taliban und die afghanische Regierung, wer nach Europa einreisen darf.“ Beobachter halten die Kritik allerdings für etwas vermessen, da Ungarn in diesem Sommer 1400 ausländische Menschenmuggler aus den Gefängnissen entlassen hat, weil dort angeblich Überbelegung herrschte.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetafeln der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023:
Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



„Eine Überdehnung führt zur nächsten“: Rumänen feiern die EU-Aufnahme ihres Landes am 1. Januar 2007

Foto: pa

KOLUMNE

Der europäische Irrtum

FLORIAN STUMFALL

Seit den Römischen Verträgen aus dem Jahr 1957 bis hin zum Vertrag von Lissabon anno 2009 hat die politische Einigung Europas einen erheblichen Verlauf genommen, von der EWG zur EG und EU, von sechs Mitgliedern auf 27, und es ist kein Ende abzusehen. Doch eben dies hat eine etwas verstörende Nebenwirkung. Während dieser ganzen 66 Jahre und der damit verbundenen Dynamik blieb in allen Verträgen, Bekundungen und Festreden eine Frage unbeantwortet: Wie soll der Endzustand der Einigung aussehen? Welche politische Ordnung wird angestrebt, und wo sollen die geographischen Grenzen der Gemeinschaft liegen? Diese Frage ist nicht nur unbeantwortet – sie wird nicht einmal gestellt.

Schürft man aber etwas gründlicher, so stellt sich noch eine zweite Frage, die ebenfalls nur ein geheimes Dasein im Schweigen dunkler Ahnungen führt. Wornach wird dieses Europa, das man zu einigen trachtet, überhaupt definiert? Ist es das geographische, das begrenzt wird durch Meere wie Nordsee, Atlantik und Mittelmeer, und auch durch Gebirge wie den Ural oder den Kaukasus? Oder sprechen wir von dem kulturellen, dem geistigen Europa, dessen Pfeiler Christentum, griechische Philosophie und römisches Recht sind, sowie der Humanismus und die Aufklärung?

Das Übel der Elefantenkrankheit

Um das zweite vorwegzunehmen: Die EU hat sich aller christlichen Bezüge weitestgehend entledigt. Dieser Punkt entfällt als erstes. Was die Philosophie angeht, so spielt sie ebenfalls keine Rolle, denn es fehlt an einer geistigen Begründung und am theoretischen Unterbau für die politische Einigung. Diesem Mangel fallen auch Humanismus und Aufklärung zum Opfer. Das Recht wird gebraucht, um die Bürger einzugrenzen und zu kontrollieren, nicht um ihre Freiheit zu gewährleisten. Rund 100.000 Seiten von Richtlinien und Verordnungen, deren jede den Bürgern Vorschriften auferlegen, geben davon Zeugnis.

Es scheint sich also um das geographische Europa zu handeln, das im Fokus der ungebrochenen Bemühungen um eine erneute Erweiterung der EU steht. Auf einem Gipfel in Brüssel im Dezember soll über die Aufnahme der Ukraine, Georgi-

ens und Moldawiens verhandelt werden. Die West-Balkan-Länder stehen ebenso bereit. Doch auch hier fehlt es an Schlüssigkeit, denn ein Land aufzunehmen, das sich im Krieg befindet, widerspricht allen bisherigen Grundsätzen, von den mangelnden finanziellen und rechtlichen Voraussetzungen Kiews ganz abgesehen. Georgien wiederum befindet sich außerhalb der geographischen Grenzen Europas.

Hier drängt sich der Eindruck auf, dass für die Autoritäten in Brüssel die immer neue Erweiterung einen Selbstzweck darstellt und dass auch die Erfahrungen, die

Der türkische Präsident Erdoğan, in den vergangenen Jahren ohnehin mehr und mehr bereit, seine und die asiatischen Facetten seines Landes herauszukehren, hat nun im Nahost-Konflikt für die Hamas Stellung bezogen. Für die Illusionäre einer Multikulti-Idylle ein harter Schlag, für Realisten die Bestätigung des Misstrauens.

Wenn man auch fürchten muss, dass eine Überdehnung auch von dem Reiz angeregt wird, den eine Steigerung der Macht bei EU-Politikern und Zehntausenden von Funktionären bewirkt, sind es gerade sie, die seit jeher eine stets gleichlautende Erklärung vortragen: Europa müsse sich zusammenschließen, wenn es im Konzert der Mächte eine Rolle spielen wolle.

Was kommt noch? Syrien?

Doch ein aktuelles Beispiel widerlegt das ganz eindrücklich: Die Aufgabe eines möglichen Vermittlers beim Nahost-Konflikt fällt nicht der EU, sondern ganz anderen Ländern zu. Diesem Ziel nämlich diene eine Reise der Außenminister von Saudi-Arabien, Jordanien, Ägypten, Katar und Indonesien nach China. Und im Zusammenhang mit der Ukraine wird die EU als Kriegspartei angesehen, von einer Vermittler-Rolle keine Rede.

In Brüssel scheint man immer noch zu glauben, zwei, drei starke Länder wie Deutschland oder Frankreich würden stärker, wenn sie sich mit schwachen Ländern zusammenschließen. In den Tagen voller Selbstständigkeit hatten Berlin und Paris jeweils mehr Einfluss in der Welt als die EU heute als Ganze. Doch während man hier mit den selbst gemachten Problemen im Inland kämpft, kümmert sich die internationale Diplomatie gar nicht darum, sondern geht eigene Wege.

Es bleibt nun die Frage, was nach der Ukraine, Moldawien und Georgien noch in die Gefolgschaft Brüssels geholt werden soll. Nach der Türkei böte sich Syrien an, denn von dort gäbe es die Verbindung nach Israel. Und dann ist man ja schon in Ägypten. Auf der westlichen Seite hört man in Marokko von einer gewissen Neigung, sich der EU anzuschließen. Da fehlt nicht viel, und das Mittelmeer wäre umrundet. Wie zu des Kaisers Augustus Zeiten. Es sei denn, man könnte erstmals ein Argument gegen eine neue Erweiterung hören.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Die vielen Erweiterungen haben die EU geschwächt

man innerhalb der EU mit Rumänien und Bulgarien machen muss, zu keinem Einlenken führen. Auf seinem Totenbett ermahnte der römische Kaiser Augustus seine politischen Erben, sie sollten die Grenzen des Reiches keinesfalls weiter ausdehnen. Die Weisheit dieses Mannes ist den Völkerhirten in Brüssel nicht eigen. Dabei ist sie zeitlos: Heinz Theisen schreibt in seinem bemerkenswerten Buch „Nach der Überdehnung“: „Die meisten Übel der Europäischen Union sind auf die Elefantenkrankheit (Frits Bolkestein), dem beständigen Anschwellen, zurückzuführen. Eine Überdehnung führt zur nächsten, jene der 27 Mitgliedstaaten zu 27 EU-Kommissaren, die sich gegenseitig im Wege stehen und sich nur noch auf das Verbot von Glühbirnen einigen können.“

Einen bezeichnenden Sonderfall stellt die Türkei dar. Seit Jahrzehnten wird unter verschiedenen Maximen und mit dem Aufwand an Milliarden von Euro an einer Mitgliedschaft Ankaras in der EU gearbeitet. Geographisch gesehen ist dafür der kleine rumelische Zipfel diesseits von Istanbul der Vorwand, eine eher lächerliche Lesart. Kulturell gesehen besteht keine Gemeinsamkeit, die eine wesentliche Annäherung begründen könnte. Doch gerade dies wurde vor allem von Grün und Rot leidenschaftlich behauptet, bis die jüngste Entwicklung ein schmerzliches Erwachen auslöste.

VON SIEGFRIED SCHMIDTKE

Über die Grenzen Ostpreußens ist Immanuel Kant bekanntlich nie hinausgekommen. Er war nie in Berlin, in Breslau oder Danzig. Nie in Paris, London oder St. Petersburg. In der Ausstellung „Immanuel Kant und die offenen Fragen“ werden in der Bundeskunsthalle Bonn sieben Aufenthaltsorte Kants außerhalb von Königsberg genannt: Großarnsdorf, Wohnsdorf an der Alle, Pillau, Judtschen und Goldap sowie Schloss Capustigall und Moditten in der Nähe Königsbergs. Die kleine Welt des großen Kant.

Dieser offensichtlich eingeschränkte Lebens- und Bewegungsraum hat Kants geistiger Beweglichkeit und Weltoffenheit allerdings keinen Abbruch getan. Eher umgekehrt: Das stete, ruhige Leben mit einem streng geregelten Tagesablauf verschaffte dem am 22. April 1724 als viertes von elf Kindern in Königsberg geborenen Denker die Zeit und Muße zum Philosophieren. Ein Spaziergang um 16 Uhr und das gemeinsame Essen mit befreundeten Zeitgenossen – keine Frauen! – gehörten zum täglichen Ritual.

Die beiden Kuratoren der Ausstellung, Agnieszka Lulinska und Thomas Ebers, bringen mithilfe der Illustratorin und Designerin Antje Herzog das fast 80-jährige Leben Kants als gezeichnete Biografie auf die meterlangen Wände der Kunsthalle. Anschaulich und amüsant werden die Lebensumstände Kants im damaligen Königsberg, aber auch Anekdoten und Episoden bildhaft beschrieben: Was verdiente Kant eigentlich? Und was konnte man dafür kaufen? Die Besucher erfahren, dass ein Tagelöhner rund 50 Taler im Jahr verdiente, ein Lehrer kam auf 100 bis 200 Taler. Der „Unterbibliothekar“ Kant erhielt 62 Taler im Jahr, der Universitäts-Professor Kant kam immerhin auf 236 Taler. Für einen Preußischen Reichstaler hätte Kant 1785 dann 25 Pfund Brot oder zwei Pfund Tabak oder zwei Flaschen Champagner oder ein Paar Schuhe erwerben können.

Kant brauchte vor allem Papier, Tinte und Federkiele, um seine Werke zu verfassen. Für seine Bücher „Kritik der reinen Vernunft“ und „Kritik der praktischen Vernunft“ zahlte der Verlag vier Taler Honorar pro Bogen, insgesamt 220 Taler.



Alle Blicke richten sich auf den Königsberger Vordenker der Aufklärung: Emil Doerstling, „Kant und seine Tischgenossen“ von 1893

Klingt beachtlich, immerhin fast das Jahressalär des Professors. Süffisant wird vermerkt, dass Kants Bewunderer und Kritiker Friedrich Schiller bis zu sechsmal mehr Honorar pro Bogen erhielt.

„Seele Königsbergs wird erfahrbar“

Ein besonderer Clou gelingt den Ausstellungsmachern mit der akribischen Rekonstruktion des historischen Königsberg zu Zeiten Kants. Mit Hilfe von Plänen, Zeichnungen, Stichen und Beschreibungen aus damaliger Zeit und mit dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz schuf Projektleiter Martin Papirowski eine täuschend echt wirkende virtuelle Realität (VR). Wer sich die bereitliegende VR-Brille aufsetzt, taucht in eine lebendige, real erscheinende Welt ein, die das Königsberg des 18. Jahrhunderts widerspiegelt. Da liegen Segelfrachtschiffe im Pregel-Hafen an der Kai-Mauer. Hafenarbeiter tragen Waren in die nahen Speicherhäuser

und Silos. Passanten schlendern über die Straßen. „Die Seele der Stadt Königsberg zu Kants Zeiten wird erfahrbar“, schwärmt Papirowski, „hier ist das weltweit umfassendste VR-Projekt zu sehen.“

Die meisten materiellen Grundlagen für diese virtuelle Welt und auch die begleitenden Objekte und Werke zur illustrierten Wand-Biografie stammen übrigens aus dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Dessen Direktor Joachim Mähner konnte aus der umfangreichen Kant-Sammlung des Lüneburger Museums zahlreiche Objekte nach Bonn ausleihen. „Da Königsberg im Zweiten Weltkrieg zerstört und nicht, wie Danzig oder Breslau, wiederaufgebaut wurde, war die Rekonstruktion der Stadt nur mit Hilfe von archivierten Kataster-Auszügen, Straßenkarten und Plänen möglich.“

Kant suchte in seinem philosophischen Werk Antworten auf folgende Fragen: 1. Was kann ich wissen? 2. Was soll

ich tun? 3. Was darf ich hoffen? 4. Was ist der Mensch? Diese vier offenen Fragen strukturieren auch den Ausstellungsrundgang. Mit praktischen Übungen können sich die Besucher mit den Kant'schen Begriffen wie Anschauung, Erkenntnis, Erfahrung, Urteil oder Verstand vertraut machen.

Kant selbst erwartete sich Antworten zu diesen Fragen durch eigenes kritisches Denken – ohne Vorgaben durch religiöse Autoritäten oder die staatliche Obrigkeit. Sapere aude!, auf Deutsch: Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen, lautete ein Kernsatz der Kant'schen Aufklärungs-Philosophie. Kant definierte Aufklärung als „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“.

Kants Überlegungen, das Selbst-Denken und das verstandesgeleitete Handeln, fanden sich wieder in der Denkrichtung des Universalismus: Für alle Menschen

gelten universell die gleichen Gesetze und somit auch die gleichen Rechte. Sie wurden konkret umgesetzt, so die Ausstellung, in der US-amerikanischen Verfassung von 1776, den Grundsätzen der Französischen Revolution und schließlich bei der UN-Menschenrechts-Charta 1948.

Aus Königsberg wurde nach dem Zweiten Weltkrieg das heute russische Kaliningrad. Auch die russische Bevölkerung verehrt Kant und pflegt dessen Erbe. Bei der Ausstellungseröffnung in Bonn waren Vertreter Kaliningrads weder eingeladen noch anwesend. Seit Beginn des Russisch-Ukrainischen Krieges vor 21 Monaten macht sich eine von der Bundesregierung emotional geschürte Russophobie breit, die nichts mit den Kant'schen Grundsätzen vom Selbst-Denken und verstandesgeleiteten Handeln zu tun hat.

● Bundeskunsthalle Bonn bis 17. März.
www.bundeskunsthalle.de

JAHRESTAG

Inbegriff einer Opern-Diva

Schon zu Lebzeiten eine Legende – Vor 100 Jahren wurde die Sopranistin Maria Callas geboren

Vor 100 Jahren wurde eine Stimme geboren, die nicht nur die Bühnen der größten Opernhäuser eroberte, sondern auch die Herzen von Millionen Menschen weltweit berührte. Maria Callas, die unbestrittene Diva des Gesangs, würde am 2. Dezember ihren 100. Geburtstag feiern.

Callas prägte mit ihrer außergewöhnlichen Stimme die Opernwelt wie kaum eine andere Sopranistin. Ob Bellinis „Norma“, Puccinis „Tosca“, Verdis „La Traviata“ oder Cherubinis „Medea“ – die in New York geborene Tochter griechischer Einwanderer setzte auf den großen Bühnen der Welt neue Maßstäbe. Ihre Interpretationen, zum Teil unter den weltbesten Dirigenten wie Leonard Bernstein und Herbert von Karajan, gingen als Meilensteine in die Operngeschichte ein.

Die Stimme der Diva war auf der einen Seite technisch herausragend. Präzise in der Stimmführung, glasklar in hohen und tiefen Tönen, umspannte sie fast drei Oktaven. Die Callas, wie sie oft genannt wurde, traf das fis in Verdis „Sizilianischer Vesper“ ebenso wie sie das f³ in Rossinis

„Armida“ intonieren konnte. Bei ihrer Interpretation der Aida im Jahr 1951 in Mexiko-Stadt sorgte sie für Begeisterungstürme, als sie abweichend von der Partitur am Ende der Siegerszene ein es³ intonierte.

Neben der technischen Brillanz beeindruckte Maria Callas mit einer breiten Palette von Emotionen in der Klangfarbe. Von intensiver Dramatik bis zu zarten, lyrischen Passagen verlieh die Opernsängerin der Druidenpriesterin Norma eine ebenso bemerkenswerte Intensität wie der Rolle der Violetta Valéry. Mit Klangfarbe und Dynamik gelang es ihr, die psychologischen Facetten ihrer Rollen mit Leidenschaft und Eindringlichkeit darzustellen und auf diese Weise das Publikum tief zu berühren. Die große emotionale Intensität lebte Callas jedoch nicht nur auf der Bühne. Auch in ihrem bewegten Privatleben meisterte die Operndiva enorme Höhen und Tiefen, geprägt von Liebe, Verlust, Triumph und Tragödie.

Ihre erste Ehe mit dem italienischen Unternehmer Giovanni Battista Meneghini,

der zehn Jahre lang auch ihr Manager war, wurde 1959 geschieden. Maria Callas war zu dieser Zeit auf dem Höhepunkt ihrer Karriere, wurde „La Divina“ genannt, „Die Göttliche“. Grund für das Ehe-Aus war der griechische Unternehmer Aristoteles Onassis, mit dem Callas



Unvergessener Opernstar: Maria Callas

über viele Jahre eine sehr leidenschaftliche Affäre unterhielt.

Statt über Bühnen-Erfolge wurde in der Boulevardpresse nun über das Privatleben der Operndiva berichtet. Das von dramatischen Turbulenzen und Skandalen geprägte Verhältnis forderte seinen Tribut. Die Sängerin litt zunehmend unter der Angst, einige herausragende Töne nicht mehr mit der gewohnten Sicherheit treffen zu können, gesundheitlich war sie immer öfter angeschlagen. Im Jahr 1965 gab sie ihren letzten Auftritt. Erneut feierte sie einen Triumph. Mit nur 53 Jahren verstarb die Sängerin wenige Jahre später im September 1977 in Paris an einem Herzinfarkt.

Die Callas war mehr als nur eine Sängerin. Sie war noch zu Lebzeiten eine Legende. Von den prächtigen Bühnen der Mailänder Scala bis zur beeindruckenden Präsenz in der Metropolitan Opera in New York hat sie die Welt mit ihrer Ausstrahlung, mit unverwechselbarer Stimmgewalt und emotionaler Tiefe verzaubert.

Stephanie Sieckmann

● MELDUNGEN

Preise zu Flucht und Vertreibung

Wiesbaden – Der Hessische Innenminister Peter Beuth hat zusammen mit der Hessischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, den diesjährigen Landespreis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ verliehen. Den Hauptpreis des im zweijährigen Turnus vergebenen Preises erhielt Marta Kaffanke-Fuchs für ihr Buchprojekt „Schönwald und die Schönwälder“. Ihr Werk ist ein Bericht über den Untergang des Dorfes Schönwald in Oberschlesien 1945, die Vertreibung der Einwohner und ein Blick zurück auf den kulturellen Kosmos Schönwald. Kaffanke-Fuchs erhält ein Preisgeld in Höhe von 6000 Euro. Zweiter Preisträger ist Otokar Löbl, Vorsitzender des Fördervereins Saaz/Žatec e. V. aus Frankfurt am Main. Er erhält 1500 Euro für sein Engagement der letzten 20 Jahre, in denen er sich in vielen Projekten um die Versöhnung und Völkerverständigung zwischen Deutschen und Tschechen bemüht. *tws*

AMALIA PACHELBEL

Meisterwerke
der Miniatur-
malerei

Sie entstammte einer berühmten Musikerfamilie. Ihr Vater gehörte zu den Hauptrepräsentanten des deutschen Musikbarock, prägte viele Schüler und wirkt mit seiner Musik über die Jahrhunderte bis in die Gegenwart nach. Doch Amalia Pachelbel selbst erlangte als Aquarellistin und Kupferstecherin Bekanntheit. Sie schuf in der Nachfolge von Maria Sibylla Merian Meisterwerke der Miniaturmalerei und ein Musterbuch mit 50 Tafeln.

Geboren wurde Amalia Pachelbel am 29. Oktober 1688 in Erfurt. Als ihr Vater ist Johann Pachelbel überliefert, der eigentlich aus Nürnberg stammte und nach Musikertätigkeit in verschiedenen Städten ab 1678 als Organist an der Predigerkirche in Erfurt wirkte, wo Tochter Amalia getauft wurde. Als Mutter ist Julia Trummert nachgewiesen. Sie war die zweite Frau des Musikers und sorgte im Haushalt Pachelbel offenbar für die bildkünstlerische Ausprägung. Die Eltern unterhielten engen Kontakt zur Familie Bach bis hin zur Übernahme einer Taufpatenschaft und gehörten über 12 Jahre in Erfurt zu den maßgeblichen Künstlerfamilien. Der Vater unterrichtete viele Schüler, erlangte mit seinen Kompositionen überregionale Bekanntheit und wechselte nach Tätigkeiten in Stuttgart, Gotha und wieder in Erfurt schließlich nach Nürnberg, wo er ab 1695 in der Nachfolge seines vormaligen Lehrers Georg Caspar Wecker das Organistenamt an St. Sebald übernahm und zum Hauptmusikus der Stadt aufstieg.

Tochter Amalia offenbarte früh eine besondere zeichnerische Begabung, die von den Eltern gefördert wurde. Zeitgenossen vermerkten, sie sei eine „sonderbar kunstreiche Jungfer“. Sie erhielt zusätzlich zur musikalischen Unterweisung durch den Vater eine Ausbildung bei Nürnberger Künstlern. Das war für ein junges Mädchen jener Zeit ungewöhnlich und zeugt von der aufgeklärten Haltung der Eltern. Zudem erzielte Amalia Pachelbel mit ihren Bildern von Blumen, Wappen sowie Emblemen eigenständige Einkünfte und schuf dann auch noch Zeichenvorlagen für ein damals ungewöhnliches Stickmusterbuch. Dieses machte die junge Frau in ganz Deutschland bekannt und ließ sie aus dem Schatten ihres berühmten Vaters treten, der 1706 verstorben war. Zwischendurch heiratete die Künstlerin am 4. Juni 1715 Johann Gabriel Beer, der in Nürnberg als Notar wirkte und die ungewöhnlichen künstlerischen Aktivitäten seiner Frau wohlwollend begleitete. Die Kanzlei des Notars befand sich in der Alten Ledergasse, der heutigen Tuchstraße.

Die junge Frau brachte drei Kinder zur Welt und fand auch in der Folge immer wieder Zeit für neue Blumenbilder, eine Stichfolge „Blumensträuße“ und auch für die Herausgabe eines „Blumen- und Zeichenbuches für Frauenzimmer und Handwerker“. Dabei widmete sie sich im zunehmenden Maße auch religiösen Motiven.

Doch ihre erstaunliche Künstlerkarriere endete schon früh. Die „Berin“, wie sie in Nürnberg genannt wurde, starb vor 300 Jahren am 6. Dezember 1723. Sechs Tage später fand sie auf dem Nürnberger Johannisfriedhof im Familiengrab Nr. 2050 ihre letzte Ruhe, zwei Jahre vor ihrem Mann und 25 Jahre vor ihrer Mutter, die 82 Jahre alt wurde. *Martin Stolzenau*



Ein Herr im Dienste der Sprachforschung: Friedrich Max Müller um 1890/1900

Foto: wikipedia

WISSENSCHAFT

„Es verbietet sich, von
,arischer Rasse‘ zu sprechen“

Der Indologe und vergleichende Sprachforscher Max Müller wäre am 6. Dezember 200 Jahre alt geworden. In Indien wird er bis heute verehrt

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Zu Unrecht ist der am 6. Dezember vor 200 Jahren in Dessau geborene und einst weltbekannte Sprachforscher Friedrich Max Müller in Deutschland weitgehend vergessen. Dabei kann man ihn mit einigem Recht als Begründer der vergleichenden Sprachwissenschaften bezeichnen. Wenigstens sind seine Arbeiten zumindest Indologie-Studenten bekannt, und die Goethe-Institute in Indien führen ihre Einrichtungen noch heute unter dem Namen „Max Müller Bhavan“ (Max-Müller-Gebäude).

Der Sohn des Dichters Wilhelm Müller, dessen Volkslieder von Franz Schubert vertont worden sind, verlebte seine Kindheit im Herzogtum Anhalt-Dessau, „eine kleine Oase in der Wüste Mitteldeutschlands“, und genoss seine weiterführende schulische Ausbildung ab 1836 an der Leipziger Nikolaischule. Nur einen Steinwurf

entfernt immatrikulierte sich Müller anschließend 1841 an der Leipziger Universität für Philologie und Philosophie. Seine besondere Aufmerksamkeit galt allerdings schon bald dem Arabischen und dem indischen Sanskrit. Gewissermaßen neben seinen Forschungen für seine Dissertation über das dritte Buch zur Ethik des niederländischen Philosophen Baruch de Spinoza übersetzte Müller die altindische Textsammlung Hitopadeca mit Fabeln über tierische und menschliche Charaktere. Die Übersetzung wurde noch während seiner Leipziger Zeit veröffentlicht.

Jugend und Studentenzeit in
Mitteldeutschland

An der Universität geriet der junge Müller unweigerlich in die Auseinandersetzungen zwischen der bürgerlichen Revolution an der Hochschule und den hoheitlichen Kräften der Reaktion. Müller trat der Leipziger Burschenschaft Kochei bei, die politisch stark von Robert Blum beein-

flusst war. Neben seiner Sympathie für die aufkeimende Revolution suchte er allerdings im burschenschaftlichen Dunstkreis den Kontakt zu Literaten, darunter der Dichter Wilhelm Wolfsohn, der Schriftsteller Hermann Jellinek und der noch junge Theodor Fontane. Die vier Freunde trafen sich mit weiteren Eingeweihten regelmäßig im Herwegh-Club, benannt nach dem beliebten Vormärz-Dichter. Die Freundschaft zwischen Müller und Fontane hielt lebenslang. Bei den Treffen wurde munter gezecht und literarisches erörtert.

Während eines solchen Treffens beschrieb Fontane dem abwesenden Wolfsohn in einem Brief die Taten der bereits angeheiterten illustren Gesellschaft: „Hinter mir dreschen Müller und Jellinek auf eine entsetzliche Weise; Bruno Bauer ist bereits totgeschlagen und Prof. Weise auf dem besten Wege, zum ‚dummen Jungen‘ kreiert zu werden – o Himmel, jetzt kommt Hegel an die Reihe.“

Jahrzehnte später blickte Müller noch immer leicht belustigt auf seine Studentenjahre zurück: „Ich fürchte, ich war ein rechter Bär. Ich schloß mich einem studentischen Klub an, der zur Burschenschaft gehörte, der sich aber, um vor Verfolgung sicher zu sein, eine ‚Gemeinschaft‘ nannte.“ Das Fechten von Mensuren und entsprechende Schmisser gehörten dazu. „Auch wenn ich von Natur aus kein rechter Raufbold war, so finde ich doch, daß ich mich in Leipzig duelliert habe, wobei ich zweimal noch heute kenntliche Denkkzettel davontrug.“

Einblicke in die indische
Religionsgeschichte

Müller verließ nach seiner Promotion Leipzig, um ab 1844 seinem tiefsitzenden Interesse an Sprachvergleichen zu folgen und in Berlin Persisch zu studieren. 1845 übersiedelte Müller nach Paris, im Jahr darauf nach Oxford. Dort ehelichte er 1859 Lady Georgina Grenfall of Maidenhead.

Müller übersetzte im Auftrag der Ostindien-Kompanie den sogenannten Rigveda, eine zentrale Schrift des Hinduismus, sowie entsprechende Kommentierungen des Philosophen Sayana. Damit eröffnete er der Handelsgesellschaft einen tieferen Einblick in die indische Religionsgeschichte. Sein Wirken brachte ihm allerdings bis in die Gegenwart hinein auch Gegner ein, darunter postkolonialistische Aktivisten, die ihn als Söldner der britischen Kolonialpolitik sahen und sehen.

Ab 1850 hielt Müller Vorlesungen an der Universität Oxford über Literaturgeschichte und vergleichende Grammatik. Einen eigenen Lehrstuhl für neue Sprachen und Literatur erhielt er 1854. Verwehrt blieb Müller allerdings der Zugriff auf den Lehrstuhl für Sanskrit. Dafür schuf die Universität Oxford 1868 eigens für Müller, der inzwischen auch Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften geworden war, eine Professur für vergleichende Sprachwissenschaften, eine Lehre, die er selbst begründet hatte.

These von der Veränderlichkeit
von Gottesverehrung

Max Müllers Untersuchungen zur Religionsgeschichte und Mythologie machten den Begriff „Henotheismus“ populär. Darunter versteht man, dass auf lange Sicht sich der indogermanische Kulturkreis nur vorübergehend eine Gottheit aussucht, um sich dann einer anderen zuzuwenden. Aus dem indogermanischen Vatergott seien so später verschiedene Namen entstanden wie Zeus, Jupiter und Dyaus Pita (deus pater). In Homers „Ilias“ vermochte Müller ähnlich wie beim „Nibelungenlied“ mehr Mythos als Geschichte zu erkennen. Dennoch gelang es dem Archäologen Heinrich Schliemann bei Gesprächen in London, Müller von der Historizität Trojas zu überzeugen.

Müllers These von der kulturellen Veränderlichkeit von Gottesverehrung kam bei der Kirche weniger gut an. Er verzichtete auf Drängen der anglikanischen Oxfordbewegung deshalb darauf, die beiden christlichen Testamente in sein 50 Bände umfassendes Hauptwerk „Sacred Books of the East“ aufzunehmen.

Müllers Einfluss sorgte dafür, dass die Briten lange die indogermanische Sprachengruppe als „Arier“ bezeichneten. Der französische Rassenideologe Arthur de Gobineau griff das auf und nutzte den Begriff als Synonym für eine für überlegen gehaltene nordische Herrenrasse. Müller wehrte sich dagegen und argumentierte, man dürfe Sprachfamilie nicht mit physischer Abstammung gleichsetzen, es verbiete sich von arischer Rasse oder arischem Blut zu sprechen. Doch Müller konnte den aufkeimenden Antisemitismus und den Missbrauch des Arier-Begriffs nicht mehr aufhalten.

Die höchste britische Ehrung für den Deutschen mag 1896 die Berufung in den königlichen Kronrat, in „His Majesty's Most honourable Privy Council“, gewesen sein. Müller starb vier Jahre darauf am 28. Oktober 1900 in Oxford.

CHRISTIAN GARVE

Auf Augenhöhe mit Kant und Mendelssohn

Die deutsche Aufklärung ist untrennbar mit dem Namen des Königsbergers Immanuel Kant verbunden. Doch dieser – zweifelsohne gerechtfertigte – Ruhm verdeckt das Wirken mancher anderen großen Geistes jener Zeit, wie den Breslauer Christian Garve, der sich an der stoischen Ethik und vor allem an den britischen Aufklärern orientierte und zu Lebzeiten als Übersetzer sowie vor allem als Aufklärungsphilosoph auf Augenhöhe mit Moses Mendelssohn und Immanuel Kant Bekanntheit erlangte.

Christian Garve wurde am 7. Januar 1742 in Breslau geboren. Sein Vater war ein erfolgreicher Handwerksmeister, ermöglichte dem geistig interessierten Sohn einen weiterführenden Bildungsweg und schickte ihn nach dem Abitur zum Studium nach Frankfurt an der Oder und Halle an der Saale. Der junge Mann aus Breslau studierte hauptsächlich Philosophie, Sprachen und Mathematik, beschäftigte sich schon früh mit der stoischen Ethik, den Wegbereitern der Aufklärung vor allem im englischen Königreich und erschloss sich deren Werke in der Originalsprache.

Nach der Berufung zum Professor in Leipzig 1770 trat Garve mit ersten Übersetzungen von Schriften Ciceros und britischer Philosophen hervor. Dann aber zog es ihn wieder öfter nach Breslau, wo er lehrte, weitere Übersetzungen anfertigte, als Buchhändler tätig war sowie mit Rezensionen und moralphilosophischen Schriften wachsende Bekanntheit erlangte. Besonderes Aufsehen erregten die Übersetzungen der Werke von Edmund Burke und Adam Ferguson. Sie gehörten in der Rückübersetzung ins Französische auch zur Lektüre von Friedrich dem Großen. Wiewohl der Preußenkönig sich vor allem für die französischen Aufklärer interessierte, entwickelte er über Garve auch Interesse für die britischen Aufklärer sowie für deren deutschen Übersetzer und dessen Ansichten.

Garve versammelte um sich andere Denker wie Johann Gottlieb Schummel, unterhielt mit ihm auch regen Kontakt zu katholischen Aufklärern und gedieh zum Haupt der Breslauer Aufklärungsgesellschaft. In dieser Eigenschaft brachte er die Gründung einiger schlesischer Provinzblätter auf den Weg, die die Aufklärungsideen einschließlich der „Untersuchungen über die Armut“ des schottischen Aufklärers John Macfarlan verbreiteten. Dazu gesellte sich Garves eigene Schrift „Über den Charakter der Bauern und ihr Verhältnis gegen die Gutsherren und gegen die Regierung“. Zusammen mit dem Breslauer Armenpfleger Johann Gustav Süßmilch initiierte er eigene armenpflegerische Maßnahmen. Doch Adel und König waren zu keiner Reform bereit, das Bauernlegen ging weiter.

Parallel zu den Aktivitäten in Breslau und den Disputen mit dem König, pflegte Garve auch mit anderen Größen wie Christian Felix Weiße und Immanuel Kant einen intensiven Gedankenaustausch. Das wurde mit Kant recht heftig. Nach Garves Rezension zur „Kritik der reinen Vernunft“ verfasste Kant seinen „Anti-Garve“. Daran gedieh ein öffentlicher Meinungsstreit über grundsätzliche philosophische Fragen, der maßgeblich zur „Grundlegung der Metaphysik der Sitten“ beitrug. Darüber starb Garve am 1. Dezember 1798 in Breslau. MS



Aus dem frühen 20. Jahrhundert: Amerikanische Illustration auf die Monroe-Doktrin

Foto: ullstein

VON WOLFGANG KAUFMANN

VEREINIGTE STAATEN

Geburtsstunde einer globalen Ordnungsmacht

Die vor 200 Jahren verkündete Monroe-Doktrin bestimmte fortan die Leitlinien der US-Außenpolitik und gilt bis heute als wirkmächtigste Erklärung eines US-Präsidenten auf außenpolitischem Gebiet

Vor 200 Jahren, am 2. Dezember 1823, hielt der von 1817 bis 1825 amtierende fünfte Präsident der USA, James Monroe, vor dem Kongress seines Landes eine Rede zur Lage der Nation, in der er die nach ihm benannte Doktrin verkündete. Damals befanden sich die USA in einer etwas anderen Situation als in der Gegenwart. Heute spricht man – vor allem im Westen – gerne von der „internationalen Gemeinschaft“, wenn man die „Führungsmacht im Bündnis“, die USA meint. Damals befand sich die junge Republik eher außerhalb der „internationalen Gemeinschaft“, in einer Welt, die im Zeitalter der Restauration von europäischen Monarchien geprägt war. Von derartigen Monarchien sahen sich die USA auch bedroht. Der nördliche Nachbar Kanada gehörte zum britischen Empire. In Alaska drangen die Untertanen des Zaren immer weiter nach Südosten vor. Und in Süd- und Mittelamerika bestand die Gefahr, dass Spanien intervenierte, um seine einstigen dortigen Kolonien zurückzuerlangen.

Es waren jedoch nicht nur defensive Motive, die es Monroe und seinen politischen Gefolgsleuten wünschenswert erscheinen ließen, die europäischen Großmächte aus Amerika rauszuhalten. Vielmehr waren sie von dem Sendungsbewusstsein getrieben, „God's own country“ komme eine außergewöhnliche Position in der Welt zu und es sei verpflichtet, seine Werte und Ideale zu exportieren – und zwar insbesondere auf dem amerikanischen Doppelkontinent. Hierzu gehörte die territoriale Expansion, und dabei konnte die Konkurrenz europäischer Großmächte nur hinderlich sein.

Trennung in alte und neue Welt

Vor diesem Hintergrund sprach Monroe zunächst von der Existenz zweier politischer Sphären und beschwor dann das Prinzip der gegenseitigen Nichteinmischung. Die Vereinigten Staaten sollten sich aus den europäischen Konflikten heraushalten und die europäischen Mächte ihre Kolonisierungsbestrebungen in der westlichen Hemisphäre aufgeben. Darüber hinaus kündigte er an, dass die USA intervenieren würden, wenn Europa diesen politischen Grundsatz zu ignorieren

wage. Hieraus entstand dann bald die griffige Parole „Amerika den Amerikanern“.

Die unmittelbare Wirkung der Doktrin Monroes war zunächst relativ gering, da die USA anfänglich nicht das militärische Potential besaßen, ihr nachhaltig Geltung zu verschaffen. Doch auch ohne große US-amerikanische Militärmacht war der Unabhängigkeitskampf der vormaligen spanischen Kolonien erfolgreich und stimmte Russland einer Siedlungsgrenze in Nordwestamerika entlang des 55. Breitengrades zu.

Krieg gegen Mexiko

Einen großen Gebiets-, Macht- und Prestigegewinn brachte den USA der Sieg im sogenannten Mexikanisch-Amerikanischen Krieg. Diese Bezeichnung ist wie ihre englische Entsprechung „Mexican-American War“ an und für sich Unsinn, denn Mexiko ist nicht weniger amerikanisch als die USA. Passender sind da die spanischen Bezeichnungen „Guerra Estados Unidos-México“ (Krieg Vereinigten Staaten-Mexiko) und „Intervención estadounidense en México“ (Intervention der Vereinigten Staaten in Mexiko). Analog zur im Westen gängigen Bezeichnung für den Ukrainekrieg könnte man auch vom einem US-amerikanischen Angriffskrieg gegen Mexiko sprechen. Damit wäre auch gleich die Kriegsschuldfrage geklärt.

Diesem US-amerikanischen Kriegssieg von 1848 folgte die erste Erweiterung der Monroe-Doktrin. Sie lief auf ein Verbot des Transfers jeglichen kolonialen Besitzes in Lateinamerika und der Karibik an andere Mächte hinaus.

Das hinderte die USA nicht daran, sich 1898 nach dem Sieg gegen Spanien im so-

genannten Spanisch-Amerikanischen Krieg im Frieden von Paris selbst zum Nutznießer eines Transfers kolonialen Besitzes in Lateinamerika und der Karibik zu machen. Die USA traten nun ebenfalls als imperialistische Kolonialmacht in Erscheinung, indem sie die Kontrolle über die Konkursmasse des spanischen Kolonialreiches in der Karibik und im Pazifik übernahmen (siehe PAZ Nr. 5. Vom 3. Februar). Ab 1904 beanspruchten die USA mit dem nach dem damaligen US-Präsidenten Theodore Roosevelt benannte Roosevelt-Zusatz zur Monroedoktrin die Rolle der Ordnungsmacht für sich, damals noch auf den eigenen Kontinent begrenzt.

Im 19. Jahrhundert war es den USA weitgehend gelungen, entsprechend dem Grundsatz „Amerika den US-Amerikanern“ ihren „Hinterhof“ von Einflüssen von Staaten außerhalb Amerikas freizuhalten. Im 20. Jahrhundert mit seinen

beiden Weltkriegen gingen die USA nun dazu über, ihrerseits außerhalb des eigenen Kontinents zu intervenieren. Auch für diesen Schritt diente das eigene Sendungsbewusstsein zur ideologischen Rechtfertigung. Als „mächtigste und vitalste Nation der Welt“ hätten die USA, so der einflussreiche Verleger Henry Luce im Kriegsjahr 1941, die Pflicht und die Möglichkeit, ihren „vollen Einfluss auf die Welt auszuüben, zu den Zwecken, die wir für richtig halten, und mit den Mitteln, die wir für richtig halten“.

Auf der Bühne der Weltpolitik

Nach den Weltkriegen und im beginnenden Kalten Krieg wurde die Monroe-Doktrin nochmal ergänzt beziehungsweise modifiziert. Im März 1947 verkündete der damalige US-Präsident Harry Truman die nach ihm benannte Doktrin, der zufolge die USA fortan „allen Völkern, deren Freiheit von militanten Minderheiten oder durch einen äußeren Druck bedroht ist“, Beistand gewähren wollen. Damit war der endgültige Übergang von einer isolationistischen und auf die westliche Hemisphäre fixierten Außenpolitik zu einer globalen imperialistischen Politik vollzogen.

Alles in allem wurden die ursprünglichen Leitlinien Monroes seit 1823 um die 30-mal geändert oder ergänzt. Was die Geltung der Monroe-Doktrin im 21. Jahrhundert angeht, wurden gegensätzliche Ansichten geäußert. Barack Obamas Außenminister John Kerry erklärte sie im November 2013 offiziell für tot. Hingegen sagte Donald Trumps Sicherheitsberater John Bolton sechs Jahre später: „Die Monroe-Doktrin lebt.“



FOTO: US-BUNDESGEBÄUDE

„Die Monroe-Doktrin lebt“

John R. Bolton
Nationaler Sicherheitsberater
unter US-Präsident Donald Trump

VON WOLFGANG KAUFMANN

Zwischen 2021 und 2024 will die Bundesregierung etwa eine Milliarde Euro für den „Kampf gegen Rechts“ ausgeben. Als Begründung hierfür müssen auch die „Angriffe auf Asylunterkünfte“ herhalten. So vermeldete das von Nancy Faeser (SPD) geführte Bundesministerium des Innern und für Heimat 80 solcher Attacken allein im ersten Halbjahr 2023. Tatsächlich jedoch wurden 38 der aufgelisteten Delikte gar nicht im Umfeld von Asylheimen verübt, sondern in Mietshäusern, Kneipen, Supermärkten und Behörden – dazu kamen Äußerungen in Sozialen Netzwerken.

Letztlich fanden lediglich acht Angriffe auf bewohnte Unterkünfte mit Personen- oder Sachschäden statt. Ansonsten ging es zumeist um Nötigung, Bedrohung, Beleidigung, Billigung von Straftaten, Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung. Darüber hinaus konnte die Polizei in 49 Fällen keine Tatverdächtigen ermitteln, was sie aber nicht daran hinderte, 46 der Vorkommnisse dem „Phänomenbereich Politisch Motivierte Kriminalität – Rechts“ zuzuordnen.

Ansonsten traten auch zwei „Geflüchtete“ als Täter in Erscheinung: Am 13. Januar wurde ein Afghane gestellt, der seine Unterkunft in Trier beschmiert hatte, und am 19. Mai bedrängte ein Syrer in einem Supermarkt in Stralsund mehrere Frauen, woraufhin ein Deutscher einschritt. Danach ermittelte die Polizei gegen den Syrer und den Deutschen – im letzteren Fall wegen angeblicher Bedrohung. Dies alles war aber noch recht harmlos gegen das, was dann im zweiten Halbjahr 2023 geschah.

Medien berichten sehr verhalten

Am 15. Oktober warf ein 26 Jahre alter Mann „palästinensischer Herkunft“ zwei Molotowcocktails gegen ein Flüchtlingsheim in Nürtingen, in dem Syrer wohnten. Nur durch Zufall blieb der Sachschaden gering, und es wurde niemand verletzt. Dahingegen fielen die Folgen des Feuers in einer Asylunterkunft im oberbayerischen Reit im Winkel am 14. November deutlich dramatischer aus. Nachdem ein Afghane das ehemalige Gasthaus „Alpenhof“ im Ortsteil Seegatterl in Brand gesetzt hatte, standen 32 Immigranten ohne Herberge da. Der Sachschaden belief sich hier auf rund eine Million Euro – zudem erlitt eine Polizistin Verletzungen. Beide Male berichteten die überregionalen Medien sehr verhalten über die Ereignisse und sprachen von „Einzelfällen“. Dabei haben Delikte dieser Art und Urheberschaft in den vergangenen neun Jahren erhebliche Ausmaße angenommen.

Allein 2015 verursachten „Geflüchtete“ in ihren Unterkünften mindestens



„Falsches“ Hakenkreuz sorgte für Prominenz: Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer besuchte im April 2016 ein Asylheim in Bingen

Foto: pa

INNERE SICHERHEIT

Ein näherer Blick auf eine zutiefst irreführende Statistik

Für das erste Halbjahr 2023 verbuchte Innenministerin Nancy Faeser (SPD) 80 Anschläge auf Asylunterkünfte. Über das, was dort wirklich geschehen war, sagt die Zahl aber verblüffend wenig aus

173 Brände. 2016 berichteten die Behörden dann über 98 weitere solcher Vorkommnisse. Diese Serie setzte sich auch in den folgenden Jahren fort. Beispielsweise legte ein Algerier am 5. Januar 2017 Feuer im Asylheim von Hövelhof bei Paderborn, woraufhin das Gebäude komplett abbrannte und zahlreiche Bewohner Rauchvergiftungen erlitten. Dann entzündete ein iranischer „Schutzsuchender“ am 16. März des Folgejahres seinen Wohncontainer in der Asylunterkunft von Urbach. Die Bilanz diesmal: 150.000 Euro Sachschaden und 24 unbeteiligte Asylbewerber, die ihr Dach über dem Kopf verloren.

Der nächste spektakuläre Fall ereignete sich am 7. August 2019 in Bad Godesberg bei Bonn. Nunmehr waren zwei junge Albaner für einen vorsätzlich gelegten Brand verantwortlich, der 150 Menschen in Lebensgefahr und etliche davon ins Krankenhaus brachte. Und dann wäre da noch der Anschlag auf das

Asylheim an der Burgstraße in Frechen vom 12. September 2022, hinter dem ein 29-jähriger Afghane steckte und der zur Beschädigung von 14 Wohncontainern führte.

Laut einer Statistik für das Jahr 2016 resultierten seinerzeit mindestens 38 der 98 von Asylbewerbern verursachten Brände aus Fahrlässigkeit, wobei es oftmals um Leichtsinn von haarsträubendem Ausmaß ging. So brachen die Feuer unter anderem deshalb aus, weil die Bewohner im Bett grillten oder Kinder völlig unbeaufsichtigt in der Küche hantierten.

Hakenkreuze zur Ablenkung

Im Fall der vorsätzlichen Brandstiftungen vermittelt ein Blick auf die Motive aufschlussreiche Erkenntnisse. Nicht selten wurde gezündelt, weil sich die Bewohner der Asylunterkünfte zerstritten hatten und der Täter seine Gegenspieler, die meist „feindlichen“ Nationen angehörten, „loswerden“ wollte. In weiteren Fäl-

len ging es darum, die Verlegung in eine andere Einrichtung zu erzwingen, wie beispielsweise bei dem Brand im Januar 2017. Oder der Brandstifter handelte aus „allgemeiner Unzufriedenheit“ mit seiner Lebenssituation, wobei diese auch pathologische Ausmaße annehmen konnte, wie bei dem Iraner in Urbach: Der erregte sich zuerst über ein Telefonat mit seiner Mutter und hegte dann nach dem Genuss erheblicher Mengen Alkohols Selbstmordgedanken. Ebenfalls „unzufrieden“ war der Algerier, welcher am 9. März 2016 das Asylheim in Eberhardzell ansteckte. Bevor der 30-Jährige zur Tat schritt, machte er perfiderweise noch die Brandmelder in der Einrichtung unbrauchbar, was ihm eine Verurteilung zu sieben Jahren und neun Monaten Haft wegen versuchten Mordes in 26 Fällen eintrug.

Als weiterer wichtiger „Grund“ für Brandstiftungen wird Rache genannt. Beispielsweise wollten sich die beiden Albaner, die 2019 Feuer in ihrer Bad Godes-

berger Unterkunft legten, beim deutschen Staat für die Ablehnung ihrer Asylanträge revanchieren. Dazu kam in einigen Fällen der Wunsch, andere Delikte wie Diebstähle in den Einrichtungen zu verschleiern.

Von der kriminellen Energie und Raffinesse mancher ausländischer Täter zeugt auch die Brandstiftung vom 7. April 2016 in einer Asylunterkunft in Bingen. Hier entfachte ein Syrer das Feuer, wobei er versuchte, den Verdacht auf deutsche „Nazis“ zu lenken, indem er am Ort des Geschehens mehrere Hakenkreuzschmierereien hinterließ.

Dass dieser Fall, der bundesweit Schlagzeilen machte und zu einem Vor-Ort-Besuch der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Marie-Luise Dreyer (SPD) führte, am Ende nicht als „rechts-extreme Straftat“ in die Statistiken einging, ist ausschließlich den Aussagen der Mitbewohner des Syrers zu verdanken, welche die Behörden schwerlich ignorieren konnten.

MEDIENMACHT

Hinter vielen Zeitungen steckt ein SPD-eigener Verlag

Beteiligt an zahlreichen Blättern: Die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft gehört zu 100 Prozent den Sozialdemokraten

Die meisten bundesdeutschen Medien weisen einen politischen Linksdrall auf. Das liegt vielfach an der Einstellung der Journalisten von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die durch starke Affinität gegenüber linksgrünen Parteien geprägt ist. Darüber hinaus spielen aber auch die Besitzverhältnisse und Beteiligungen eine gewichtige Rolle, weil sie gleichermaßen für Unausgewogenheit in der Berichterstattung sorgen.

So befindet sich die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg) zu 100 Prozent in der Hand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Und die ddvg wiederum hält zwischen 23 und

100 Prozent der Anteile an folgenden Verlagshäusern: Oliva Druck- und Verlagsgesellschaft, Cuxhaven-Niederelbe Verlagsgesellschaft, Presse-Druck, Zeitungsverlag Neue Westfälische, DDV Mediengruppe (ehemals Dresdner Druck- und Verlagshaus), Frankenpost Verlag, Nordbayerischer Kurier Zeitungsverlag, Sühler Verlagsgesellschaft, Druck- und Verlagsanstalt „Neue Presse“, Verlagsgesellschaft Madsack und Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft.

Damit übt sie Einfluss auf den Inhalt von rund 40 Zeitungen in der Bundesrepublik aus. Hierzu zählen unter anderem diese Blätter: „Aller-Zeitung“, „Cuxhave-

ner Nachrichten“, „Dresdner Neueste Nachrichten“, „Freies Wort“, „Göttinger Tageblatt“, „Hannoversche Allgemeine Zeitung“, „Kieler Nachrichten“, „Leipziger Volkszeitung“, „Lübecker Nachrichten“, „Märkische Allgemeine Zeitung“, „Morgenpost Sachsen“, „Naumburger Tageblatt“, „Neue Presse“, „Neue Presse Coburg“, „Neue Westfälische“, „Niederelbe-Zeitung“, „Nienburger Zeitung“, „Nordbayerischer Kurier“, „Ostsee-Zeitung“, „Peiner Allgemeine Zeitung“, „Sächsische Zeitung“, „Schaumburger Nachrichten“, „Südhüringer Zeitung“, „Täglicher Anzeiger Holzminden“ und „Wolfsburger Allgemeine Zeitung“.

Dazu kommt die Beteiligung der SPD am RND Redaktionsnetzwerk Deutschland. Dieses ist die Redaktion für überregionale Inhalte der Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG, deren größte Kommanditistin die SPD-eigene ddvg ist. Das RND ist bekannt für seine politisch einseitige Berichterstattung beziehungsweise gar Falschberichterstattung, gegen die die AfD kürzlich erfolgreich vor dem Landgericht Hamburg geklagt hat.

Angesichts all dessen brachte die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag jetzt den Entwurf eines „Gesetzes zur Verhinderung von Falschmeldungen und zur Transparenz der Medienmacht von

Parteien (Medientransparenzgesetz)“ ein, dessen Kernforderung lautet, dass sämtliche Medienprodukte im Besitz oder unter der zumindest teilweisen Kontrolle von Parteien künftig entsprechend gekennzeichnet sein müssen. Schließlich, so die AfD, habe das Bundesverfassungsgericht bereits 2008 festgestellt, dass auch die „fehlende Veröffentlichung von Minderheitsbeteiligungen ... sich erheblich auf die öffentliche und individuelle Meinungsbildung auswirken“ könne.

Inwieweit dieses Argument dann die Mehrheit der Parlamentarier von heute beeindruckt, bleibt abzuwarten. W.K.



HEILSBURG

„Schreiten wie ein Storch“

Die Landsmannschaft Ostpreußen führte zum zehnten Mal die inzwischen beliebte Tanzwerkstatt durch

VON UWE HAHNKAMP

In Heilsberg trafen sich vom 3. bis 5. November auf Einladung der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) Kinder und Jugendliche der Deutschen Minderheit in Ermland und Masurien im Alter von sieben bis 18 Jahren zur Volkstanzwerkstatt. In diesem Jahr beging die sportliche und integrierende Veranstaltung endlich ihr von Corona verschobenes zehntes Jubiläum.

„Diejenigen, die noch nicht so gut tanzen, sollen ja nicht abgeschreckt werden, sondern im kommenden Jahr wiederkommen,“ mit diesem Gedanken endete der Beitrag in der Radiosendung der Deutschen Minderheit „Allensteiner Welle“ zum letztjährigen Tanzseminar. Um es gleich vorwegzunehmen: Abgeschreckt wurde niemand, im Gegenteil. „Bei den Anmeldungen für dieses Jahr habe ich von Eltern und Lehrern immer wieder positive Rückmeldungen gehört. Daher wollten noch mehr als im letzten Jahr teilnehmen“, berichtete Damian Wierzchowski, Vertreter der LO in Allenstein und Organisator der Veranstaltung, „doch leider hatten wir nicht mehr als 50 Plätze, die dann auch schnell vergeben waren.“ Wie immer bei dem von der Landsmannschaft auch finanzierten Wochenende mussten die Teilnehmer also in zwei Gruppen geteilt werden.

Fördern und Fordern

Die Atmosphäre der Veranstaltung und die Lebhaftigkeit der vielen jungen Menschen ist stets sofort zu spüren, wenn man während der Übungseinheiten in die Räume des Hotels Górecki, dem traditionellen Standort für das Seminar, kommt. Diesmal verwiesen die Damen an der Rezeption gleich zu den zwei Sälen im unteren Stockwerk, aus dem bereits die Rhythmen zur Gymnastik drangen. So trainierten Anfänger und Fortgeschrittene zwar nicht vom Können her, aber zumindest räumlich auf einer Ebene.

„Und eins, und zwei – die Kalorien vom Mittagessen müssen wieder weg“, drang die Stimme von Trainerin Julia



Die Teilnehmer üben eine ans Ballett angelehnte Figur: Die Meerjungfrau

Foto: U.H.

Świder durch die Musik. Sie tanzt selber bei der Gesangs- und Tanzgruppe „Kortowo“ der Ermländisch-Masurischen Universität in Allenstein und bereitet sich auf ihren Abschluss als Kulturanimatourin vor. Schon das Aufwärmen bei ihr sah anstrengend aus, aber Wierzchowski beobachtete es gelassen: „Wir haben beim Integrationsabend gesehen, wie viel Kraft die Kinder und Jugendlichen haben und wie sie sich dehnen können. Sie schaffen das.“

Er behielt Recht, selbst nach Übungen zu Körperspannung, richtiger Hand-, Arm- und Beinhaltung einschließlich aus dem Ballett entlehnter Positionen und Figuren wie der Meerjungfrau spielten die Jungen und Mädchen noch auf dem Parkett Fangen. Und selbst, wenn sich der erfahrene Tänzer Paweł Urbański aus Bartenstein nach einer Schreitübung „wie ein Storch“ fühlte oder sein jüngster Kollege Mikołaj Komarzewski mit anderen Neuen einem mit einem Schnurrbart bemalten Luftballon mit dem Namen Woj-

tek hinterherjagte – sobald es wieder losging, waren sie alle voll konzentriert bei der Sache.

Haltung und Gruppenarbeit

Bei so viel überschüssiger Energie blieb nur die Flucht in den zweiten Saal zu Danuta Niewęglowska, welche die Anfängergruppe unter sich hatte. Hier ging es mehr um gemeinsame erste Schritte und integrative Tänze, um das Miteinander; auch hier waren die Kinder mit Feuereifer bei der Sache und hatten trotz aller Bemühungen der Trainerin zu viel Energie. Das farbte bei den Kindern aus der Grundschule in Lemkendorf mit Unterricht in Deutsch als Muttersprache, die seit Jahren an der Tanzwerkstatt teilnehmen, sogar auf die Lehrerin ab. „Sie ist immer dabei, nimmt von morgens bis abends aktiv teil und tanzt mit. Sie braucht das – und ihren Schülern und den anderen Teilnehmern gefällt das“, beobachtete Wierzchowski mit einem Lächeln. Die Kinder hatten sogar noch die Energie, zur Erwei-

terung des Programms der Werkstatt auch noch ein ermländisches Lied zu präsentieren.

Nach den zögerlichen Anfängen hat sich das Volkstanzseminar inzwischen zu einer festen Veranstaltung im Jahresplan vieler Gesellschaften gemauert. „Die Deutsche Minderheit in Bartenstein mit der Tanzgruppe SAGA, die zweite Partnerschule in Bischofsstein, die weiteren Vereine der Deutschen Minderheit in Allenstein, Ortelsburg, Neidenburg und Heilsberg, wir hatten junge Menschen aus vielen Ecken der Region dabei“, freute sich Wierzchowski. Und das soll nach Möglichkeit noch mindestens ein weiteres Jahrzehnt so bleiben, hoffen alle am Volkstanzseminar Beteiligten.

Das Projekt wurde gefördert aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien über das Kulturreferat am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg

MELDUNGEN

Die Bahn fährt wieder

Allenstein/Ortelsburg/Johannenburg – Die Zeit der Ersatzbusse ist mit dem Herbstanfang 2023 vorbei. Inzwischen sind die Züge aus Allenstein in Richtung Ortelsburg, Johannsburg und Lyck wieder auf die Gleise zurückgekehrt. Der fortgeschrittene Stand der Bauarbeiten am Bahnhof Olsztyn Główny, dem Allensteiner Hauptbahnhof, und der Modernisierung der Strecken macht diesen Schritt möglich. Bis Ende des Jahres sollen auch die Arbeiten am neuen Bahnhofgebäude sowie bei der Modernisierung der Bahnsteige beendet sein. Die Bahnsteige 3 und 4 sind bereits fertiggestellt, die anderen beiden sind ebenso in Arbeit wie der unterirdische Durchgang vom Bahnhofsvorplatz zur Zientara-Malewska-Straße hinter dem Bahnhof. Dank der dort installierten Rolltreppen und Aufzüge werden auch Reisende mit eingeschränkter Mobilität den Bahnhof problemlos nutzen können. 21 von 28 Kilometern Gleise und 84 von 116 Weichen sind schon bereit zum Einsatz. Ein großer Teil der Kosten wird aus Mitteln der EU über das Operative Programm Polen Ost getragen. U.H.

Flüge nach Bulgarien

Schiemanen – Der Flughafen Olsztyn-Mazury in Schiemanen hat angekündigt, in der Sommersaison eine Charterverbindung nach Burgas in Bulgarien in Betrieb zu nehmen. Die Flüge, die vom 21. Juni bis zum 6. September 2024 jeden Freitag abheben sollen, bilden damit die dritte Strecke dieser Art. Angeflogen werden außerdem das tunesische Enfidha und vor allem das türkische Antalya. Die Flüge in die Türkei waren in diesem Jahr sehr gefragt und sind 2024 von Juni bis Ende September jeden Mittwoch geplant. Die Flughafenbetreiber erhoffen sich im kommenden Jahr eine weiter steigende Nachfrage. U.H.

INSTERBURG

Alte Uhren im Wasserturm

Ein privater Investor plant bis zum Winterende die Eröffnung eines Museums in dem Architekturdenkmal

Jedes Jahr werden im Königsberger Gebiet mehr und mehr historische und architektonische Denkmäler auf Kosten oder mit Beteiligung privater Investoren instandgesetzt und restauriert. Dieser positive Trend hat sich in den vergangenen Jahren fortgesetzt und erstreckt sich auf verschiedene Bezirke der Region. Oft entstehen Cafés, Souvenirläden, Ausstellungszentren und Museen auf dem Terrain der instandgesetzten Denkmäler.

Vielen ist die Ordensburg Insterburg ein Begriff. Auf dem Burggelände in Insterburg [Tschernjachowsk] gibt es schon seit Langem private Initiativen, die sich mit der Geschichte dieses Ortes befassen. Daneben zog vor Kurzem ein weiteres Architekturdenkmal die Aufmerksamkeit eines Privatinvestors auf sich, das zu einem Anziehungspunkt für Touristen und Geschichtsinteressierte

werden soll: Im Wasserturm von Insterburg soll ein Museum für antike Uhren

entstehen. Der Unternehmer Alexej Pawlikow kaufte im Frühjahr dieses Jahres

einen Teil der oberen Räume des Wasserturms. Die Verwaltung von Insterburg versteigerte eine Fläche von 144 Quadratmetern im Turm. Der ursprüngliche Verkaufspreis sollte umgerechnet etwa 44.000 Euro betragen. Pawlikow erhielt den Zuschlag für die Immobilie, nachdem er nur etwa zehn Euro über dem veranschlagten Eingangspreis geboten hatte.

Chronographen aus Königsberg

Der Wasserturm wurde 1899 erbaut und ist als Kulturgut anerkannt. Während des Zweiten Weltkriegs wurde er nur leicht beschädigt. Im unteren Teil des Turms befindet sich ein Umspannwerk. Zurzeit verhandelt der Investor mit Yantarengo über die Verlegung des Umspannwerks aus dem Gebäude.

Die Besitzer der Uhrenkollektion, die mehr als hundert Stücke umfasst, sind

Alexej Pawlikow und Wladimir Guschtschan. Bei den meisten handelt es sich um alte Königsberger Uhren, aber die Sammlung enthält auch Uhren aus England und Frankreich. Unter den künftigen Exponaten sind Taschenuhren, Reiseuhren sowie kleine und große Uhren. Wenn der Platz in den Museumsräumen ausreicht, sollen dort auch Möbel aus Königsberg ausgestellt werden.

Das Museum wird sich auf mehreren Etagen des Turms befinden. Zuvor müssen die Räumlichkeiten jedoch noch renoviert und vorhandene Trennwände entfernt werden. Zu den separaten Ausstellungsstücken gehören unter anderem der erhaltene Bottich des Wasserturms und Wasserleitungen. Es ist geplant, dass das Museum noch bis zum Ende des Winters seine Türen öffnen wird.

Jurij Tschernyschew



Bald zur Besichtigung geöffnet: Der Wasserturm von Insterburg

Foto: J.T.

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Walpuski, Heinrich, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember

ZUM 101. GEBURTSTAG

Loetz, Heinz, aus Mortung, Kreis Mohrungen, am 6. Dezember
Wolf, Christel, geb. Olk, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 5. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Lütke, Meta, geb. Schulz, aus Anker, Kreis Mohrungen, am 5. Dezember
Pabsch, Gertrud, geb. Rinka, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 6. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Klemz, Gerda Rosemarie, geb. Findeisen, aus Treuburg und Lyck, am 3. Dezember
Maschlinski, Erich, aus Bobern, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Panneck, Willy, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 7. Dezember
Preussner, Dr. Kurt, aus Mohrungen, am 7. Dezember
Schliwinski, Heinrich, aus Mulden, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Umlauff, Ilse, aus Mulden, Kreis Lyck, am 7. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Jorkowski, Herbert, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember
Moehrke, Karl-Heinz, aus Lyck, am 5. Dezember
Roggon, Erika, geb. Ruchatz, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 3. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Schulz, Erich, aus Wehlau, am 2. Dezember
Schulze, Dieter, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 6. Dezember
Zintarra, Helmut, aus Ortelsburg, am 4. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Fabry, Brunhilde, geb. Gusko, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 1. Dezember
Grenz, Helmut, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 1. Dezember
Gustke, Christel, geb. Dikomey, aus Treuburg, am 3. Dezember
Klönner, Hermann, aus Wehlau, am 3. Dezember
Korting, Kurt, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 1. Dezember
Krutzinna, Werner, aus Lyck, Karl-Freyburger-Straße 6, am 3. Dezember
Kudling, Erich, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 2. Dezember
Reddig, Heinz, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 2. Dezember
Schirmer, Hildegard, geb. Czarnetzki, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 4. Dezember
Stoltz, Irmgard, geb. Weiß, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 2. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Küchler, Dr. Christel, geb. Praceus, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 1. Dezember
Nowosadtko, Heinz, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 1. Dezember
Rieck, Ursula, geb. Pliquett, aus Ebenrode, am 4. Dezember
Stritzel, Hans-Werner, aus Lyck, am 2. Dezember
Sudnik, Ernst, aus Ostfließ, Kreis Ortelsburg, am 2. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Frydrycy, Gertrud, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 1. Dezember
Gubernatis, Marianne, geb. Karau, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember
Gutt, Erwin, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 6. Dezember
Hochfeld, Fritz, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 2. Dezember
Lasarzewski, Helmut, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 4. Dezember
Malliaris, Margot, geb. Koprek, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 3. Dezember
Möhrstedt, Helene, geb. Biallas, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 7. Dezember
Nötzel, Ruth, geb. Kerlies, aus Heinrichsthal, Kreis Treuburg, am 7. Dezember

Rogowski, Anneliese, geb. Dölle, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 5. Dezember
Salk, Eitel, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember
Volkmer, Irma, geb. Förster, aus Herzogswalde, Kreis Mohrungen, am 4. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Baden, Ida, geb. Bendzko, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 2. Dezember
Dorka, Hedwig, geb. Olbrisch, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 7. Dezember
Ebert, Horst, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 5. Dezember
Heckes, Else, geb. Möglich, aus Gollen, Kreis Lyck, am 5. Dezember
Klopf, Erna, geb. Behrendt, aus Banners, Kreis Mohrungen, am 1. Dezember
Milewski, Else, geb. Skorzynski, aus Millau, Kreis Lyck, am 3. Dezember
Niklaus, Edeltraud, geb. Schreiber, aus Saadau, Kreis Ortelsburg, am 4. Dezember
Reimer, Elsa, geb. Marquardt, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. Dezember
Siwottek, Kurt, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 2. Dezember
Wassermann, Ingrid, geb. Mucha, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 4. Dezember

Die PAZ
zum Probelesen
Vier Wochen gratis
Telefon (040) 41400842

ZUM 91. GEBURTSTAG

Altrock, Irmgard, geb. Klett, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 4. Dezember
Fuchs, Gerhard, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 4. Dezember
Jorzick, Günter, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Kölling, Sigrid, geb. Palten, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 6. Dezember
Marholz, Traute, geb. Jorzick, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 4. Dezember

Masuch, Erna, geb. Wysk, aus Neufleiß, Kreis Ortelsburg, am 3. Dezember
Schuster, Annemarie, geb. Malluga, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 2. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Dieckmann, Heinrich, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 5. Dezember
Hauser, Dr. Sigrid, geb. Zinnow aus Ebenrode, am 3. Dezember
Herholz, Edeltraud, geb. Dolch, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Kirschner, Otto, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 4. Dezember
Klann, Ernst, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 2. Dezember
Nicolovius, Else, aus Treuburg, am 5. Dezember
Oymann, Christel, geb. Broschinski, aus Pollwitten, Kreis Mohrungen, am 5. Dezember
Pieszek, Walter, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, am 1. Dezember
Pörschke, Adelheid, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 5. Dezember
Regge, Christa, geb. Langecker, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 1. Dezember
Selmer, Helga, geb. Boczkowski, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 1. Dezember
Unterschütz, Herta, geb. Friedriszik, aus Borken, Kreis Treuburg, am 3. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Becker, Siegfried, aus Statzen, Kreis Lyck, am 7. Dezember
Becker, Sieghard, aus Statzen, Kreis Lyck, am 7. Dezember
Gräf, Lothar, aus Mohrungen, am 2. Dezember

Dittchenbühne

Grünkohlessen und Weihnachtsmarkt Am 7. Dezember fährt das Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ zum Oldenburger Weihnachtsmarkt. Das Büro der „Dittchenbühne“ teilt dazu mit: „In unserem Bus sind noch Plätze frei!“

Die Busreise beginnt am 7. Dezember um 8 Uhr an der Dittchenbühne. Auf dem Programm in Oldenburg: ein ausführlicher Stadtspaziergang mit einem

Stadtführer, im Ratskeller „Oldenburger Grünkohl mit Pinkel, Kochwurst, Kasseler und Bratkartoffeln“ sowie natürlich der Besuch des stimmungsvollen Weihnachtsmarktes. Die Rückreise startet um 17.30 Uhr. Preis der Reise: 99 Euro pro Person.

Nähere Informationen und Anmeldung im Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Telefon (04121) 89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.



ZUM 80. GEBURTSTAG

Krutzki, Ingrid, geb. Ewert, aus Wehlau, am 7. Dezember
Lewandowski, Siegfried, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 1. Dezember
Mollenhauer, Heinrich, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. Dezember
Munzer, Norbert, aus Seegertswalde, Kreis Mohrungen, am 6. Dezember
Schütz, Siegfried, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 3. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Nitsch, Wolfgang, aus Treuburg, am 3. Dezember
Skarneck, Claus Artur, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 5. Dezember

Landmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

16. und 17. März: **Arbeitstagung der Kreisvertreter** in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis, kurz: gT)
13. und 14. April: **Arbeitstagung der Deutschen Vereine** in Sensburg (gT)
19. bis 21. April: **Kulturseminar** in Helmstedt
1. Juni: **Ostpreußentreffen** in Wolfsburg
22. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Osterode
20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt

1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** in Wuppertal (gT)
2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)
2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte bei der Landmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 50/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 50/2023 (Erstverkaufstag 15. Dezember) **bis spätestens Dienstag, den 5. Dezember**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



ANZEIGE

Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage

Schreibunterlage mit Landkarte Ostpreußen und geschichtlichem Abriss
Format: 65 x 45 cm
Ausführung: alle Ecken gerundet, ringsum randgeschweift



29,95 €
inkl. Versand

Bestellung:
Landmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchstr. 4, 22087 Hamburg
Tel. 040/41 40 08 0
selke@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Martinstag oder Martini

Hof - Vorsitzender Christian Joachim begrüßte die Mitglieder im Jahnheim zum monatlichen Treffen und gratulierte den Geburtstagskindern des vergangenen Monats.

Danach überließ er Kulturwart Bernd Hüttner das Wort, der als Prominenten den Mathematiker David Hilbert vorstellte.

In seinem Vortrag über Sankt Martin ging Christian Joachim zuerst auf die Hintergründe des Brauchtums ein. Der legendäre, „geteilte“, Mantel, lat. Capa, galt einst als siegherbringendes Feldzeichen im Kampf. Der Aufbewahrungsort der Mantelreliquie wurde deshalb „capella“ genannt und ihr Träger bei Prozessionen „Kaplan“.

In protestantischen Gegenden, also auch in Ostpreußen, wurde am 10. November Martini gefeiert und so an den Geburtstag Martin Luthers erinnert. Zu Martini musste die Wintersaat bestellt, die Feldarbeit beendet und der Vorrat für die kalte Jahreszeit eingelagert sein.

Der Martinstag bildete den Abschluss des bäuerlichen Wirtschaftsjahres. Es wurde abgerechnet und das Personal wechselte. Erstaunen rief die Erklärung des Vorsitzenden hervor, dass eine neue Stelle um Martini nur am Mittwoch oder Sonnabend angetreten wurde, um Streit zu vermeiden und die Stelle nicht gleich wieder zu verlieren.

In Masuren sangen die Leute, die die Arbeitsstelle wechselten, ein Abschiedslied und dankten für die „Kalende“, ihren Lohn, der meist aus Geld, Naturalien und nützlichen Dingen bestand. Daneben galt der Tag aber auch als Los-

tag. Bestimmte Knocheile der Gans sollten auf die Zukunft bzw. das Wetter hinweisen. So hieß es, dass ein abgenagtes braunes Gansbrustbein einen kalten, ein weißes einen schneereichen Winter ankündigte.

Ursprünglich war die Gans das Opfertier des germanischen Göttervaters Wotan. Durch die Opfergabe sollte der Gott seine schützende Hand über Acker und Vieh halten. Zu den auch heute noch bekannten Martinsbräuchen konnte die zweite Vorsitzende Jutta Starosta einiges Interessantes beitragen. Sie berichtete, dass man früher mit Fackeln durch die Straßen zog. Mit diesen wurde das Martinsfeuer entfacht und so der Beginn des Winters eingeläutet.

Dieser Brauch soll auf eine große Lichterprozession zurückzuführen sein, mit welcher der Leichnam Martins nach Tours überführt wurde. Eine andere Erklärung bezieht sich auf die frühere Leseordnung für den 11. November.

Das Evangelium vom Licht unter dem Scheffel (Lk 11,33) besagt, dass der Glaube nicht versteckt, sondern wie ein helles Licht in die Welt getragen werden soll. Zum Abschluss der Ausführungen gab es selbstgebackene Weckmänner aus Hefeteig. Danach saßen die Mitglieder noch lange zusammen und genossen die Gemeinschaft.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel,

Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Hamburg - Sonnabend, 30. Dezember, 16 Uhr, Haus der Heimat,

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de

Teilfeld 8, Delegiertenversammlung der Landesgruppe Hamburg.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Heimatinachmittag

Kassel - Sonntag, 17. Dezember, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140: Advents- und Vorweihnachtsfeier. Dorothea Deyß mit ihrem Singkreis bringen uns Weihnachten nahe.

Weihnachtsfeier

Wetzlar - Dienstag, 3. Dezember, 14 Uhr, Ratsstuben der Stadthalle Aßlar, Mühlgrabenstr. 1, 35614 Aßlar: "Gemeinsame Advents- und Weihnachtsfeier des Bundes der Vertriebenen (BdV) und der Landsmannschaften". Weitere Informationen bei Kuno Kutz, Heintzweg 6, 35625 Hüttenberg, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de, Fax (06441) 770558.

Landeskulturtagung erinnert an Schicksal und Kultur der Ost- und Westpreußen

Wetzlar - Den Beitrag der Vertriebenen am Aufbau der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg hat die hessische Landesbeauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf (CDU), gewürdigt.

Bei der Landeskulturtagung des Landesverbandes der Landsmannschaften von Ost- und Westpreußen in der Wetzlarer Stadthalle erinnerte Ziegler-Raschdorf an das Schicksal der 15 Millionen Menschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und den angestammten Siedlungsgebieten in Ost-, Mittel- und Südosteuropa,

das auch 78 Jahre später noch gegenwärtig sei. „Bis heute führt Sie das Thema von Flucht und Vertreibung aus der geliebten Heimat regelmäßig in Ihrem Verband zusammen“, sagte sie vor den 44 Teilnehmern der Tagung.

Das Schicksal habe die Menschen in ihrer kompletten, kollektiv Existenz betroffen. Die Eingliederung der Heimatvertriebenen sei eine unglaubliche Erfolgsgeschichte. „Die Ankömmlinge sind als ein wertvoller und unverzichtbarer Teil in die hiesige Gesellschaft eingewachsen“, stellte die 72-Jährige fest, deren Eltern selbst Vertriebene aus Ostschlesien waren. Dabei wies sie darauf hin, dass das Kulturgut der Ost- und Westpreußen reich und vielfältig sei. „Die Heimatvertriebenen haben Kostbares aufgeben müssen.“

Die Bewahrung der ost- und westpreußischen Kultur, der Bräuche und Gepflogenheiten, die Bewahrung der Erinnerung sind wichtig für das Selbstverständnis dieser Menschen, aber auch notwendig für ein vollständiges Bild der Geschichte Deutschlands für alle Deutschen“.

Schließlich schlug Ziegler-Raschdorf einen Bogen in die Gegenwart: „Die Arbeit der Vertriebenenverbände ist so aktuell wie nie und wird auch weiterhin gebraucht. Solange es Kriege und Konflikte gibt, werden wir mit den Folgen von Flucht und Vertreibung konfrontiert“. Das Amt der Landesbeauftragten endet für Ziegler-Raschdorf nach 15 Jahren im Dezember.

Als eine der Errungenschaften ihrer Amtszeit bezeichnete sie die geplante Einrichtung einer Stiftungsprofessur „Historische Erinnerung und kulturelles Erbe: Vertriebene und Spätaussiedler in Hessen nach 1945“ an der Justus-Liebig-Universität in Verbindung mit dem Herder-Institut Marburg, die das Land Hessen mit 1,5 Millionen Euro über mehrere Jahre unterstützt. Hannelore Neumann (Karben) sagte, die Wissenschaftsministerin Angela Dorn (Die Grü-

nen) sehe in dem neuen Schwerpunktbereich eine große Chance, eine Forschungslücke in der hessischen Geschichte zu schließen. Bis heute wisse man nicht genug über die Fluchterfahrungen der Heimatvertriebenen, welche Probleme sie bei der Integration hatten und in was für sozialen Verhältnissen sie lebten.

Doch zurück zu Margarete Ziegler-Raschdorf. In ihrer Bilanz der 15 Jahre als Landesbeauftragte bezog sie auch ein, dass in ihrer Amtszeit zwei Digitalportale geschaffen wurden. Sie sammeln Materialien zu Flucht, Vertreibung und dem Schicksal der Russlanddeutschen. Ferner soll eine ganz neu konzipierte Ausstellung „Vertriebene in Hessen“ im Freilichtmuseum Hessenpark in Neu-Anspach entstehen.

Auf sieben Beratungsstellen wies Ziegler-Raschdorf hin, in den Spätaussiedler niederschwellige Treffpunkte für Beratung, Bildung und Information finden.

Ferner kann sie für sich verbuchen, dass die Interessengemeinschaft der Deutschen aus Russland in Hessen seit drei Jahren finanzielle Förderung erhält.

Zudem konnte sie erreichen, dass die Mittel für den Paragraph 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes um 50 Prozent erhöht wurden, ebenso die Mittel für Spätaussiedler. Hessen stelle für beide Aufgabenbereiche damit rund zwei Millionen Euro zur Verfügung. Ziegler-Raschdorf hat angestoßen, dass die Bundesimmobilien in Hasselroth im Main-Kinzig-Kreis angekauft werden. Dort sollen langfristig Spätaussiedler untergebracht werden, getrennt von Flüchtlingen und Asylbewerbern.

Viele Verbände hätten in den letzten Jahren mit Hilfe des Innenministeriums eigene Internetseiten erstellen können. Doch die Landesbeauftragte blickt auch kritisch in die Zukunft. Als Beispiel nannte sie die Kürzung der Mittel für den Paragraphen 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsge-

setzes um 50 Prozent. Die Bundeszentrale für politische Bildung bekomme die Mittel von 96 auf 76 Millionen gekürzt. Auch die Mittel für die Migrationsberatung würden gekürzt und Stellen gestrichen.

„Die erfolgreiche Aufnahme und Eingliederung der deutschen Heimatvertriebenen nach dem Krieg ist eine der großen Leistungen der Bundesrepublik. Der Wil-



Ostpreußisches Landesmuseum

Sonntag, 3. Dezember, 14 Uhr, 1,50 Euro, zuzüglich Museumseintritt: **Königsberger Kunstakademie, Sonntagsführung** mit Jan Rüttinger. Zwischen ihrer Gründung 1845 und dem Untergang Königsbergs 1945 bildete die Königsberger Kunstakademie hundert Jahre das künstlerische Zentrum Ostpreußens. Vor allem die Landschaft und die Küste Ostpreußens war für die dortigen Lehrer und Schülerinnen und Schüler eine immerwährende Inspirationsquelle. In seiner Führung wird der Kurator Rüttinger wichtige Akademie-Lehrer und Schüler vorstellen und ihre Bedeutung für die Kunst in Ostpreußen aufzeigen. Damit eng verbunden sind Künstler wie Lovis Corinth, Ludwig Dettmann, Artur Degner und Ernst Mollenhauer.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Fortsetzung auf Seite 16

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C

ANZEIGE



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefenbenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schifffahrts- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2: Renaissanceglobus



Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

ANZEIGE

Warm oppm Kopp
Grüne Mütze mit aufgestickter Elchschäufel
Die fleecegefütterte Strickmütze kostet: 15,- Euro, zuzüglich 3,- Euro Porto und Verpackung.

über das Vordringen des Deutschen Ordens in Masuren im 14. Jahrhundert.

Die Eroberung der Pruzzenburg Lyck durch die Ritter und die Rückgewinnung durch die Pruzzen ist die Handlung dieser romanhaften Erzählung, jeweils aus der Perspektive des Ordenshauptmanns und des Pruzzenhauptmannes.

Am 13. Dezember treffen wir uns zu einer Adventsfeier mit Liedern, Gedichten und Geschichten zum Advent im Stadthotel in Oldenburg um 15 Uhr.

Gisela Borchers
Vorsitzende der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Oldenburg

wird uns eine Auswahl seiner Fotos zeigen und seine persönlichen Eindrücke schildern.

Wir freuen uns auf ein Beisammensein bei Kaffee und Kuchen, Gäste sind uns stets willkommen. Wegen der zu treffenden Vorbereitungen bitten wir alle Teilnehmer um vorherige Anmeldung unter Telefon 05751 5386 oder rebuschat@web.de.

Joachim Rebuschat

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, Stellv. Vorsitzende: Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher
Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: Ostpreussen-NRW.de

Viersen-Dülken - Werte Mitglieder, liebe Vertriebene und Freunde unserer ostdeutschen Landsmannschaft!

Hiermit darf ich Sie freundlichst bitten, den Veranstaltungstermin für unsere geplante diesjährige Weihnachtsfeier vorzumerken. Am Samstag, dem 9. Dezember, 14 Uhr treffen wir uns wieder in Dülken im Café Robin Hood, Alter Markt Nr. 3.

In bekannter Weise wird für unser leibliches Wohl gesorgt. Für reichlich Kaffee und Kuchen erbiten wir einen Unkostenbetrag von 7€ pro Gedeck.

Für Besinnlichkeit bei Kerzenschein und vertrauten Liedern wollen wir alle gemeinsam sorgen.

Wie immer sind Gäste bei uns gerne gesehen und jederzeit herzlich in unserer Mitte willkommen.

Ihr Kommen stärkt die heimatliche Erinnerung und hilft unserer landsmannschaftlichen Ortsgruppe in Dülken. Bitte melden Sie sich telefonisch (02162-58217) an.

Mit freundlichen Grüßen und Segenswünschen für Gesundheit und Wohlergehen im kommenden Jahr 2024 verbleibt,

Jürgen Zauner

zember, Kolkmannhaus, Hofaue 51, 42103 Wuppertal: Adventsfeier.

Bei Kerzenschein werden gemeinsam Lieder gesungen und Gedichte und Geschichten vorgelesen.

Auch die Chorfreunde Wuppertal haben ihren Auftritt zugesagt. Für das leibliche Wohl ist mit Kaffee, Kuchen/Brötchen bestens gesorgt. Gäste sind immer herzlich willkommen.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Adventsfeier

Burg auf Fehmarn - Dienstag, 12. Dezember, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: ostdeutschen Adventsfeier der Landsmannschaft der "Ost-, Westpreußen und Danzig".

Eine festlich geschmückte Kaffeetafel, weihnachtliche Geschichten sowie Lieder, begleitet von Brigitte Asbahr und Ina Naujok auf dem Akkordeon, werden die Mitglieder und Gäste unterhalten.

Allen Mitgliedern, die aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen können, wünscht der Vorstand eine friedliche Weihnachtszeit sowie ein gesundes Neues Jahr.

Brigitte Christensen

Fortsetzung von Seite 15

le zu Versöhnung und Neuanfang ist einer der wesentlichen Pfeiler des vereinten Europas, woran die Heimatvertriebenen einen wichtigen Anteil haben“, sagte die scheidende Landesbeauftragte.

Vorweihnachtliche Feier

Wiesbaden - 16. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappen-Saal, Friedrichstraße 35. Sie erwarten Kaffee und Kuchen, Kerzenschein und ein besinnliches Programm zur vorweihnachtlichen Zeit.

Mit Geschichten, Gedichten, Gesang, Musik und einer Ansprache von Pfarrer Dr. Holger Saal (ev. Marktkirchengemeinde) wollen wir Sie auf die Weihnachtstage einstellen. Musikalisch wird uns Mathias Budau erfreuen.

Wegen der Platz- und Kuchen-disposition bitte anmelden bis 8. Dezember bei Helga Kukwa 0611-37 35 21 oder Ilse Klausen 06122-148 08.

Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391.

Bezirksgruppe Lüneburg: Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Untertüß, Tel.: (05827) 4099850.

Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Bericht über unsere Versammlung am 8. November.

Oldenburg - Auf der November-Versammlung der Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen in Oldenburg las Herr Prof. Dr. Fröhlich aus seinem unverfälschten und noch in der Korrekturphase befindlichen Roman „Mit Bibel, Schwert und Feuer“,

Masurenreise 2023

Rinteln - Donnerstag, 30. November, 15 Uhr, im Gemeindehaus der Stadtmission Rinteln, Waldkaterallee 1a (nahe Bahnhof): Unser nächstes Treffen der Landsmannschaft der Ostpreußen, Westpreußen und Danziger, Ortsgruppe Rinteln, findet als voradventliches Beisammensein statt. Bernd Pajderski, dessen Vater in Allenstein zuhause war, und seine Gattin hatten im Frühjahr an einer Gruppenreise nach Masuren teilgenommen, die im Rundbrief der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen angekündigt war. Er

Rätsel

Grid of crossword clues in German. Includes words like 'ab-machen (Briefmarke)', 'herbel, hierher (ugs.)', 'Vereinigung von Anhängern', etc.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers filled in.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonal crossword puzzle grid with numbers 1-6 indicating starting points.

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Städte.

- 1 Kunststil
2 US-Präsident (Ronald)
3 vereister Schnee
4 Anhänger des Islams
5 stark, gewaltig
6 überlassen, borgen

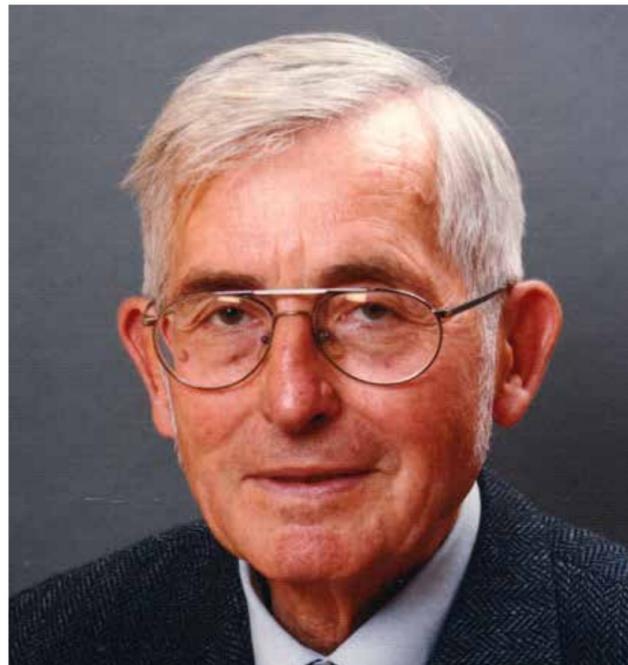
Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Entertainer.

- 1 wach, frisch, 2 Stadt in Südwestengland, 3 Schlag-, Klopffwerkzeug, 4 altes Getreidemaß, 5 alte, derbe Schuhe (ugs.)

Diagram for the 'Kreiskette' puzzle showing a circular arrangement of numbers 1-5 and arrows indicating the direction of the word search.

Heimatkreisgemeinschaften



In Gedenken an Wilhelm Geyer Am 8. Oktober verstarb Wilhelm Geyer, ehemaliger Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Ortelsburg. Die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Ortelsburg werden Wilhelm Geyer in wertschätzender, ehrender Erinnerung behalten. *Foto: privat*

Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **1. Stellvertreterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@domkom.net; **2. Stellvertreterin:** Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendorf, Telefon (05158) 2841, heidi.pomowski@t-online.de; **Kassenwart:** Arnold Hesse, Amselestraße 6, 26847 Detern, Telefon (04957) 575, Arnold.Hesse@ewetel.net; Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Reise nach Frauenburg

Im Rahmen einer Heimatreise im Oktober diesen Jahres besuchten Mitglieder unserer Kreisgemeinschaft Frauenburg.

Am Gedenkstein für Flucht und Vertreibung legten wir ein Blumengebinde nieder. Der Ehrenvorsitzende unserer Kreisgemeinschaft, Siegfried Dreher,

hielt vor den Teilnehmern eine bewegende Rede.

Das Haff bei Frauenburg zeigt sich von romantischer Schönheit genau wie die herbstlichen ostpreußischen Alleen im Nebel.

Die Mole am Haff hat ein Geländer bekommen.

Die Besteigung des Kopernikus Turmes ist wieder möglich. Das wurde von uns natürlich genutzt und mit einem atemberaubenden Ausblick belohnt.

Bereits im Mai waren wir in Frauenburg und legten ein Blumengesteck am Gedenkstein nieder.

Im Dom war der Altar für Nikolaus Kopernikus zu seinem Todestag am 21. Mai festlich geschmückt.

*Viola Reyentanz
Kreisvertreterin*



Königsberger Kunstakademie – Der neue Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2024“ Der Kalender mit Bildern wie dieses von Alfred Partikel: Königsberger Hafen aus dem Jahr 1931, kostet 24,50,- Euro, einschließlich Portokosten, und kann bestellt werden bei: typeart satz&grafik GmbH, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, telefonisch unter (0231) 557378-0, per Telefax unter(0231) 557378-20 sowie per E-Mail: info@typeart-dortmund.de *Foto: Ostpreußisches Landesmuseum*

Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, Telefon (06772) 9699799, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck, Telefon (02043) 9824112, E-Mail: k.kalinski@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Silberne Ehrennadel der Landmannschaft Ostpreußen für das Ehepaar Somplatzki

Der erste Vorsitzende Marc Plessa überreichte Herbert Somplatzki am 18. November in der Heimattube in Herne die silberne Ehrennadel der Landmannschaft Ostpreußen für seine besonderen Verdienste. Gerlinde Bahr-Somplatzki wurde auch ausgezeichnet, konnte aber persönlich aufgrund einer Erkrankung nicht teilnehmen.

Herbert Somplatzki (* 19. Dezember 1934 in Groß Piwnitz im Kreis Ortelsburg) widmet sich in Zusammenarbeit mit seiner Ehefrau Gerlinde (aus Kleeberg, Kreis Soldin in Westpommern) seit 1976 der Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen. Dies erreichen sie sowohl durch die literarische Arbeit des Schriftstellers als auch durch gemeinsame Veranstaltungen, mit den Menschen aus und in der ostpreußischen Heimat, die heutzutage zur Woiwodschaft Ermland und Masuren in Polen gehört.

Insbesondere sein literarisches Schaffen mit Bezug zu Masuren und Ostpreußen zeigen die engen Beziehungen und Gemeinsamkeiten der Deutschen und Polen auf.

Herberts zweisprachige Bücher „Morgenlicht und wilde Schwäne - Brzask i dzikie labydzy“ und „Die Frau mit dem Bernsteinhaar - Kobieta o bursztynowych wlosach“ vermitteln diese für beide Nationalitäten.

Sein Buch Masurische Gnadenhochzeit ist ein herausragendes Werk, das die deutsch-polnischen Beziehungen seit Ende des

19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart darstellt. Dieses Buch wurde in Zusammenarbeit mit dem Westpreußischen Landesmuseum in Münster zur Grundlage der zweisprachigen Ausstellung „Ost-West-Begegnungen in Krieg und Frieden - Auf den Spuren einer Familiengeschichte“, die seit 2005 in Deutschland und Polen präsentiert wurde.

Durch das literarische Werk und die gemeinsamen Begegnungen wirken Herbert und seine Frau Gerlinde Somplatzki zusammen öffentlichkeitswirksam für die Völkerverständigung. Die Geschichte Ostpreußens wird hierdurch in Erinnerung gehalten und mit Leben gefüllt.

Nachruf auf Wilhelm Geyer

Am 8. Oktober verstarb Wilhelm Geyer, ehemaliger Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Ortelsburg.

Wilhelm Geyer wurde 1935 in Willenberg geboren. Sein Vater und sein Großvater, die ebenfalls den Namen Wilhelm Geyer trugen, arbeiteten im vom Großvater gegründeten Bauunternehmen in Ostpreußen. Nach der Flucht aus der Heimat kehrte sein Vater in

Gelsenkirchen als Bauingenieur in den Beruf zurück, während er selbst sich aufmachte in die Fußstapfen seines Vaters und Großvaters zu treten. Nach der Ausbildung zum Hochbauingenieur drängte er Ende der siebziger Jahre als Architekt zurück in jene unternehmerische Selbstständigkeit, die in der Familie einst verwurzelt war.

1961 heiratete er in seiner Wahlheimat Gelsenkirchen die aus Niederschlesien vertriebene, gleichaltrige Schneiderin Helga Vieweg. Aus der Ehe gingen zwei Söhne hervor, später folgten zwei Enkelkinder.

Im März 1979 wurde er zum Stellvertreter des damaligen Kreisvorsitzenden Gustav Heyboitz in den Kreisvorstand gewählt. Im Frühjahr 1989 erfolgte die Wahl zum Kreisvorsitzenden. Mit seinem Eintritt in den Vorstand der Kreisgemeinschaft Ortelsburg erfolgte ein Generationenwechsel, neue Akzente wurden gesetzt: So vervollständigte er mit Edith Albrecht die Seelenlisten, die Grundlage der Heimatkartei wurden. Wilhelm Geyer brachte seine unternehmerische Erfahrung in die Arbeit des Vorstandes ein, ordnete und festigte

die wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen der Kreisgemeinschaft. Aus gesundheitlichen Gründen musste er im Dezember 1992 zum Bedauern der Mitglieder der Kreisgemeinschaft seine Vorstandstätigkeit aufgeben und an Edelfried Baginski übergeben.

Nach seinem Ausscheiden aus der Vorstandstätigkeit blieb Wilhelm Geyer der Kreisgemeinschaft über Jahrzehnte verbunden und war gern gesehener Gast bei den Kirchspiel- und Hauptkreistreffen.

In der Freizeit galt sein Interesse neben deutscher und europäischer Geschichte vor allem der Natur. Bis ins hohe Alter war der Garten, in dessen Gewächshaus er eine Kakteenzucht betrieb und der zum Habitat für geschützte Insektenarten wurde, seine große Leidenschaft.

Seiner Frau, seiner Familie gilt unsere aufrichtige Anteilnahme. Die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Ortelsburg werden Wilhelm Geyer in wertschätzender, ehrender Erinnerung behalten.

Dieter Chilla

PAZ wirkt!

Bund der Vertrieben - Landesgruppe Bayern

Erstmals in der Verbandsgeschichte: Bund der Vertriebenen zeichnet grüne Spitzenpolitikerin aus

Kultusministerin Theresa Schopper erhält Ehrennadel in Silber

Zum ersten Mal in seiner fast 65-jährigen Geschichte hat der Bund der Vertriebenen in Bayern eine grüne Spitzenpolitikerin in besonderer Weise geehrt. Im Rahmen einer Feierstunde im Haus des Deutschen Ostens in München verlieh BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer am Wochenende der früheren bayerischen Landesvorsitzenden und derzeitigen baden-württembergischen Kultusministerin Theresa Schopper die BdV-Ehrennadel in Silber. Damit würdigte der Verband Schoppers Verdienste, das Tor ihrer Partei zu den Vertriebenenverbänden zu öffnen. Diese Türe sei, so der frühere schwäbische Landrat, bis heute im Freistaat offengeblieben und man beschreite sie bereitwillig von beiden Seiten.

In einer launigen Laudatio erinnerte der BdV-Landesvorsitzende, dass Theresa Schopper fast auf den Tag genau vor 23 Jahren, am 15. November 2000, als damalige Landesvorsitzende seiner Einladung zum BdV-Landesausschuss nach Oberndorf bei Ebersberg folgte. Damals habe sie in ihrem Eingangsstatement freimütig bekannt, dass sich der BdV in ihrer Partei „in der Kiste Feind befinde, man jedoch keine Ahnung von seiner Arbeit habe“. Die Reaktion der Mitglieder des Landesausschusses war damals überraschend. Man war nicht etwa erzürnt über diese „unglaubliche Aussage“, sondern eher beeindruckt, hier offenbar eine „ehrliche Politikerin“ vor sich zu haben, „die nicht diplomatisch herumeiere“, sondern der



Staatsministerin Theresa Schopper und BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer

man abnehmen könne, dass sie mit ihrem Kommen etwas Positives bewirken wolle.

Letztendlich habe sich in der Folgezeit das Interesse an weiteren Gesprächen von beiden Seiten manifestiert. So gab es in den letzten beiden Jahrzehnten einen regelmäßigen Informationsaustausch mit der Landtagsfraktion und Besuche von Mandatsträgern aus ihren Reihen in der Landesgeschäftsstelle und bei Veranstaltungen. Auch an ihrer neuen Wirkungsstätte in Stuttgart habe die Politikerin aktiv dabei mitgewirkt, Vorurteile auf beiden Seiten abzubauen. Sichtbarstes Ergebnis sei die Teilnahme von Ministerpräsident Winfried Kretschmann beim 70-jährigen Bestehen des BdV Baden-

Württemberg und dessen dortige Festrede gewesen. Heute gäbe es, so Knauer, in etlichen Bundesländern ständige Gespräche zwischen dem BdV und Bündnis 90/Die Grünen. Trotzdem sei der gegenseitige Austausch von Informationen und Argumenten bundesweit noch ausbaufähig. Theresa Schoppers bleibender Verdienst ist es, vor Ort hoffnungsvolle Entwicklungen eingeleitet zu haben. Daher war es den Heimatvertriebenen und ihren Verbänden in Bayern ein aufrichtiges Anliegen, der aus Füßen stammenden Politikerin „für ihre Aufgeschlossenheit und Offenheit gegenüber den Anliegen der Heimatvertriebenen und Aussiedler“ ein herzliches Vergelt's Gott zu sagen.

HANNS HOPP

Bauten, die Königsberg bis heute prägen

Der deutsche Architekt gestaltete ab den 1920er Jahren zahlreiche öffentliche Gebäude der aufstrebenden Handelsmetropole

VON WOLFGANG KAUFMANN

In den 1920er Jahren entstanden in Königsberg etliche neue Gebäude, welche das Bild der einstigen ostpreußischen Provinzhauptstadt teilweise bis heute prägen. Viele davon wurden von dem Architekten Hanns Hopp entworfen.

Der am 9. Februar 1890 in Lübeck geborene Sohn eines erfolgreichen Bauunternehmers entwickelte schon frühzeitig künstlerisches Talent und studierte von 1909 bis 1913 an den Technischen Hochschulen von Karlsruhe und München Architektur. Dabei kam er unter anderem mit der Formensprache der Moderne beziehungsweise der Neuen Sachlichkeit in Berührung, die aus der Abkehr vom Jugendstil wie auch der unkreativen Nachahmung historischer Stilformen resultierte.

Anschließend arbeitete Hopp im Hochbauamt von Memel, wechselte jedoch schon im Sommer 1914 ins Stadterweiterungsamt von Königsberg. Dort war er vorrangig für den Brücken- und Straßenbau zuständig, was ihn ebenfalls nicht ausfüllte. Deshalb ließ Hopp sich 1919 in das Baubüro der Deutschen Ostmesse versetzen. Anschließend avancierte er zu dessen Leiter und zum bevorzugten Architekten in Königsberg, wobei er davon profitierte, dass die Stadt am Pregel zur führenden Handelsmetropole im östlichen Baltikum heranwuchs. Deshalb konnte Hopp selbst in Zeiten der Inflation große Bauprojekte realisieren und sich aufgrund seiner ebenso expressivistischen wie eleganten und funktionellen Schöpfungen einen Namen weit über die Grenzen Ostpreußens hinaus machen.

Zunächst entstanden 1922/23 das Abfertigungsgebäude und die Flugzeughallen auf dem ersten zivilen Flughafen Deutschlands in Königsberg-Devau. Diesen folgten der Handelshof, also jenes Büro- und Ausstellungsgebäude für die



Zeugnis für die Schaffensphase des deutschen Architekten Hanns Hopp in Ostpreußen: Das Funkhaus der Ostmarken AG in Königsberg

Foto: Fritz Krauskopf

Deutsche Ostmesse, das heute als Rathaus von Königsberg [Kaliningrad] dient, das ebenfalls für die Ostmesse gebaute Haus der Technik, die beiden großen Lichtspielhäuser Capitol und Prisma, das Rentnerinnenheim in Königsberg-Maraunenhof, der Neubau der Ostpreußischen Mädchengewerbeschule, genannt „Mädchenaquarium“, das Parkhotel im Börsengarten sowie das Neue Funkhaus der Ostmarken Rundfunk AG am Hansaring, dem nunmehrigen Prospekt Mira.

Dabei agierte Hopp ab 1926 als selbstständiger Architekt, weil nach der Fertigstellung der Ostmesse größere Aufträge

für das Baubüro ausblieben. Als sein Partner fungierte damals Georg Lukas, der für die finanziellen und organisatorischen Belange verantwortlich zeichnete, während Hopp alle Entwürfe lieferte.

Der Architekt galt als politisch unzuverlässig

Während der Zeit des Dritten Reiches bekam Hopp dann gar keine öffentlichen Aufträge mehr, da er als politisch unzuverlässig galt, und konzipierte deshalb nur noch Privatwohnhäuser.

1939 wurde der Architekt zum Militär eingezogen, aber bald für den Dienst in der Landesplanungsstelle Königsberg

unabkömmlich gestellt. Dann arbeitete er ab 1943 für eine Betonbaufirma, die Bunkeranlagen errichtete, und nutzte deren Dresdner Niederlassung, um sich Ende 1944 aus Königsberg abzusetzen.

1946 erhielt Hopp, der mittlerweile in die Kommunistische Partei Deutschlands eingetreten war, in Dresden einen Lehrauftrag an der wiedereröffneten Hochschule für Werkkunst. Dies resultierte nicht zuletzt aus seinem ebenso bombastischen wie rigorosen Plan für den Wiederaufbau des im Februar 1945 zerstörten „Elbflorenz“. Ohne Rücksicht auf die jahrhundertealte gewachsene Struktur und den historischen Restbe-

stand der Barockstadt wollte Hopp hier große Verkehrsachsen schaffen und riesige Hochhäuser errichten.

Zweite Karriere in der DDR

Zum Glück für Dresden wurde er aber alsbald zum Direktor der Werkkunstschule Burg Giebichenstein in Halle ernannt. Dieser versuchte Hopp ein Profil zu verleihen, das sich an den Idealen des Bauhauses orientierte. Damit begann seine zweite Karriere und der Aufstieg zu einem der einflussreichsten Architekten der späteren DDR. Meilensteine auf diesem Wege waren die Berufung an das Institut für Bauwesen der Berliner Akademie der Wissenschaften (1949), die Ernennung zum Direktor der Abteilung Hochbau am Institut für Hoch- und Städtebau in Ostberlin (1950), die Übernahme einer Meisterklasse an der Bauakademie der DDR (1951) sowie die Wahl zum Präsidenten des Bundes Deutscher Architekten in der DDR (1952), wobei Hopp diese Funktion bis 1966 bekleidete.

Aufgrund seiner Stellung erhielt er unablässig Aufträge für repräsentative öffentliche und andere Gebäude in dem „ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“. Dazu zählten unter anderem der Komplex der Deutschen Hochschule für Körperkultur in Leipzig, das pompöse Kulturhaus „Johannes R. Becher“ des volkseigenen Betriebes Maxhütte Unterwellenborn, die Wohnblöcke E und G der Stalinallee in Berlin-Friedrichshain, die Zentralklinik für Lungenkrankheiten und Tuberkulose in Bad Berka sowie das Krankenhaus „Georgius Agricola“ im thüringischen Saalfeld. Dabei wechselte der Architekt vom Bauhausstil in einen neoklassizistischen Stil nach dem Vorbild des preußischen Baumeisters Karl Friedrich Schinkel.

1957 ging der inzwischen mit dem Nationalpreis ausgezeichnete Hopp in den Ruhestand. Er starb am 21. Februar 1971 in der DDR-Hauptstadt.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Preußisch Polen – präsent wie eh und je?

Die Parlamentswahl in der Republik Polen zeigte: Preußens Ostgrenze lebt auch nach 100 Jahren

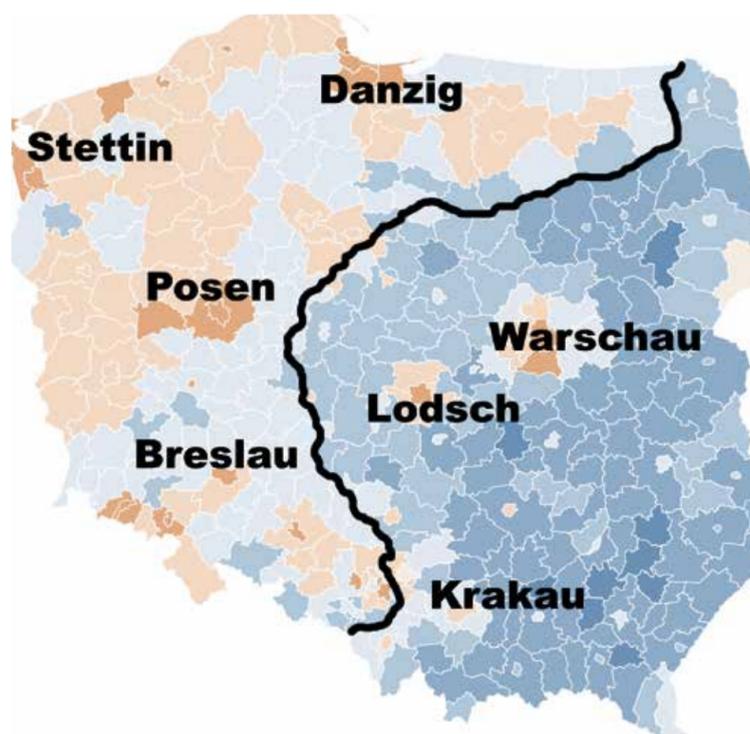
Immense soziale und in der Folge auch politische Unterschiede zeigen sich bekanntlich zwischen der Altbundesrepublik und der einstigen DDR. Sie resultieren aus einer Grenzziehung nach dem Zweiten Weltkrieg und haben sich damit seit über 70 Jahren herausgebildet. Mindestens ebenso deutlich können sich solche Unterschiede auch noch nach über hundert Jahren darstellen, wie unser Nachbar Polen zeigt. Dort wurde am 15. Oktober ein neues Parlament gewählt. Die nebenstehende Karte zeigt die Präferenzen für die führenden politischen Lager.

Die nationalkonservative PiS, in der Karte blau gefärbt, hat ihre Hochburgen in den historischen Gebieten des einstigen Kongresspolen (Russisch-Polen) sowie an der südlichen Flanke um Krakau in den einstigen Teilen Österreich-Ungarns. Gerade im damaligen Kongresspolen dominieren kleine und kleinste bäuerliche Einheiten. Hingegen waren die einst preußischen Landesteile im Westen und Norden des heutigen Staatsgebietes viel engermaschiger infrastrukturell erschlossen, was sich bis heute zum Beispiel im Eisenbahnnetz widerspiegelt.

Im östlichen Polen ragen damit in beiger Färbung Mehrheiten für die KO (Bürgerkoalition) nur in den großstädtischen Ballungszentren Warschau, Lodsch [Łódź] und Krakau hervor, in denen traditionelle Bindungen stärker aufgehoben sind. Hinzu gesellt sich im Nordosten der Urwald von Białowieża mit seiner weißrussischen Volksgruppe, die sich von Polens Nationalkonservativen von der PiS bedrängt fühlt. Die Bürgerkoalition ist ein 2018 geschlossenes Wahlbündnis zwischen der liberal-konservativen Bürgerplattform (PO), der wirtschaftsliberalen Nowoczesna (Moderne) und den Grünen.

Mehrheiten im Osten für die Bürgerlichen

Neben Metropolen wie Danzig, Stettin, Posen und Breslau sind in Polens Nord- und Westgebieten aber auch viele ländliche Wahlkreise mit Mehrheiten der Bürgerkoalition ausgestattet oder verfügen nur über knappere Mehrheiten der PiS. Dabei unterscheiden sich Gebiete um Posen und um Danzig, die bereits nach dem Ersten Weltkrieg an das damals neu entstandene Polen gefallen sind, nur ge-



Verteilung der Parteien auf Kreise: Blau steht für PiS, beige für KO Foto: wikimedia

ringfügig im Wählerverhalten von den nach dem Zweiten Weltkrieg an Polen gefallenen Gebieten, aus denen die Deutschen fast vollständig vertrieben wurden.

Insgesamt vereint den einst preußischen Raum neben der starken Infrastruktur, dass dort gerade im Sozialismus Regionen von Grund auf neu in ihrer Sozialstruktur ausgerichtet wurden, in der Landwirtschaft etwa durch großflächige Produktionsgenossenschaften. Die Vertreibung potenzierte dies nur noch einmal.

Auch die alteingesessenen Oberschlesier sind unanfällig für die PiS, die Minderheitenrechte der Deutschen oder das Selbstbewusstsein von Autonomisten, die sich oft als quasi eigene ober-schlesische Nationalität sehen, beschneiden will.

Für wenige dunkelblaue PiS-Hochburgen in Niederschlesien ist neben Strukturschwäche überraschenderweise auch Strukturstärke verantwortlich. So wählen viele Menschen im reichen Kupfergürtel um Liegnitz [Legnica] und Luben [Lubin] die PiS, welche Mitarbeiter des staatsnahen Kupfertagebaus besonders fördert. Till Scholtz-Knobloch



RÜGEN

Wiederaufbau des Putbusser Schlosses

Eine Machbarkeitsstudie zeigt realisierbare Möglichkeiten auf

VON TORSTEN SEEGER

Es gibt viele geschichtsträchtige Orte in Pommern, aber nur wenige sind historisch so aufgeladen wie Putbus und sein Schlossplatz. Die Wurzeln der ersten Siedlung liegen dort vielleicht 1.000 Jahre zurück und was dort errichtet wurde, ergänzte sich, entsprach dem Zeitgeist und war vor allem auch eins: Ein bedeutender Treffpunkt. Nicht nur Architekten, Künstler, Wissenschaftler oder Verschwörer, sondern auch Minister und Könige kamen hier zusammen, um Politik zu machen. Zu den prominenten Gästen zählten beispielsweise Theodor Fontane, Fritz Reuter, Ernst Moritz Arndt, Gerhard Hauptmann, Alexander von Humboldt, Caspar David Friedrich, Karl Friedrich Schinkel oder Otto von Bismarck.

Zerstörerischer Plan

Das Herz von Putbus war dabei über Jahrhunderte das Putbusser Schloss – dieses bildete gemeinsam mit dem Park und dem Ort einen Dreiklang. Doch dieser ist seit Jahrzehnten gestört, denn als der Arbeiter- und Bauernstaat DDR das Zepter in Putbus übernahm, hatte sich die Denkmalpflege in den Kopf gesetzt, das Schloss vom Historismus zu befreien. Zu diesem Zweck riss man den mittigen Festsaal heraus. So entstanden – wie man sich noch heute in Putbus erzählt – gleich drei Schlösser: Links ein Schloss, rechts ein Schloss und in der Mitte ein „Luftschloss“. Damit hatte man jedoch auch dem Gebäude den Todesstoß versetzt und riss dieses Bauwerk von nationaler Bedeutung letztlich ab. Und da es in der DDR immer bergauf gehen musste, deklarierte man auch den Abriss noch als „Aufbauwerk“. Die offene Wunde blieb und wollte auch trotz der Erhebung von Putbus zur Stadt nicht vernarben.

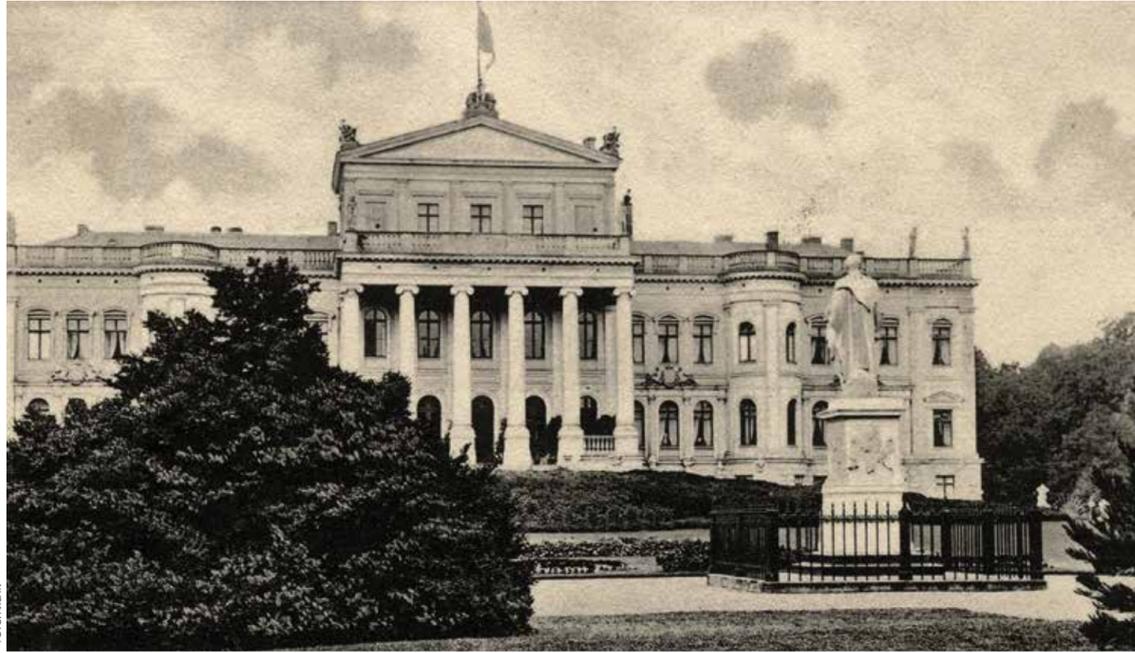
Noch heute fragen Touristen: Wo geht es zum Schloss? Und so kam es, wie es kommen musste: Irgendwann begann man im Ort Schilder aufzustellen – Titel: „Die Suche nach dem verschwundenen Schloss“.

Einige der Putbusser, Rügauer und Festländer wollten es dann aber doch genauer wissen und gründeten den Förderverein „Fürstliches Schloß zu Putbus

e.V.“. Seit einigen Jahren wird das Schloss nun wieder sichtbar. Nicht nur, dass sich im Sommer die Spuren des Kellermauerwerks in der Grasnarbe des Schlossplatzes abzeichnen. 2021 kamen nun auch Wissenschaftler der Universitäten Wien und Greifswald, um unter die Grasnarbe zu schauen. Und weil die Nachfolger der

unter, sondern auch über dem Schlossplatz wieder sichtbar machen könnte. Und so kam es zur Ausschreibung einer „Machbarkeitsstudie zum Wiederaufbau von Schloss Putbus“. Beauftragt wurde dazu ein Büro, welches sich mit diesen Dingen auskennt: IproConsult. Die hatten seit 70 Jahren Erfahrung im Wiederauf-

onomische Einrichtung. Und: Sie schlugen als ersten Schritt für eine Perspektive des Schlossplatzes ein „Zeitfenster“ vor, das durch die Freilegung des Kellergeschosses vom Nordflügel entstehen könnte. Auch eine visualisierte 3D-Ansicht des Schlosses lässt sich vor Ort problemlos mittels QR-Code durch das Mobiltelefon



Das imposante Putbusser Schloss wie es einmal war – und wie es nach dem Wunsch des Fördervereins wieder erstehen soll

Denkmalpfleger, die den Verlust des Schlosses mitverantworten hatten, nicht die Genehmigung gaben, die Grasnarbe zu lüften, untersuchten sie den Schlossplatz mit einem Bodenradar.

Modernste Bodenuntersuchung

Sie zogen mit einem Gerät, das wie ein Rasenmäher aussah, über den Schlossplatz, und siehe da, da war es wieder! Das Kellergeschoss des bedeutendsten Profanbaus der Insel und Vorpommerns zeichnete sich klar und deutlich auf dem Bildschirm eines Computers ab. Ein Drohnenflug über dem Schloßplatz lieferte weitere Geländehöhen. Soweit so gut, dachte sich der Verein, nun müsse man aber auch den nächsten Schritt gehen und überlegen, wie man das Schloss nicht nur

bau historischer Bauten in Dresden sammelt und zeichnen für den Wiederaufbau der Frauenkirche verantwortlich.

Pläne wurden vorgestellt

Nun kam es Ende November 2023 zur Vorstellung der Studie im Theater der Stadt Putbus, dem historischen Schauspielhaus. Vor fast ausverkauftem Haus erläuterten die Dresdner, wie man das Schloss von Putbus wieder aufbauen könne und schlugen sowohl ein privatwirtschaftliche Nutzung als Kongresshotel oder eine öffentlich-rechtliche Nutzung als Verwaltungssitz vor. Kombinieren ließe sich beide Vorschläge auch mit einer musealen Nutzung, die auch eine Einbindung des noch vorhandenen Kellergeschosses vorsieht, sowie durch eine gast-

der Besucher erzielen. Diese durch Computer erzeugte Ansicht demonstrierten die Architekten und Kunstwissenschaftler schon einmal live vor dem interessierten Publikum.

Nach dem Erhalt der kompletten Machbarkeitsstudie will der Förderverein, der sich dem Wiederaufbau von Schloss Putbus verschrieben hat, die nächsten Schritte gemeinsam mit der Stadt planen. Keine ganz einfache Sache, denn es ist das erste Bauwerk von nationaler Bedeutung, das in Pommern wieder aufgebaut werden soll.

• Info www.schloss-putbus.de

HEIMAT

Herzlichen Glückwunsch Ursula Zander

Die Heimatkreisvorsitzende der Stettiner begeht ihren 80. Geburtstag

Wir gratulieren unserer Vorsitzenden des Heimatkreistages und des Heimatkreisausschusses Stettin ganz herzlich zu ihrem 80. Geburtstag, den sie am 3. Dezember im Kreise ihrer Lieben verbringen wird.

Stationen ihres Lebens: Ursula Zander wurde am 3. Dezember 1943 in Hahnenklee-Bockswiese geboren. Ihre Mutter war aus Stettin wegen der Bombenangriffe in den Harz evakuiert worden. Der Vater war Soldat. Im Harz fanden sich nach dem Krieg auch die Großeltern und Verwandte ein. Ca. 6 Jahre nach Kriegsende zog die Familie nach Flensburg, wo Ursula auch eingeschult wurde.

Sie wuchs mit den Erzählungen über die Heimatstadt Stettin auf. Ihre Abschlussarbeit zur Mittleren Reife hatte das Thema Pommern. Einen Ausbildungsplatz fand sie bei einer Flensburger Reederei. Bei späteren Arbeitsplätzen in der



Tag der Stettiner im Ratssaal der Patentstadt Lübeck: Heimatkreisvorsitzende Ursula Zander und Ehrenmitglied Dr. Horst Jeschke

Schiffahrt in London, Hamburg, Genf und USA erweiterte sich das Weltbild, die Denkweise, die Sprachkenntnisse und die Sicht auf die eigene Nation, das Vaterland! Im Alter von 27 Jahren begann sie

ein Studium der Geografie und Anglistik an einer Pädagogischen Hochschule.

Nach dem Referendariat an einer Berufsschule erfolgte noch rechtzeitig vor dem vollendeten 32. Geburtstag eine Verbeamtung a.L. Obwohl nicht im Lehrplan vorgesehen, wurde immer mal wieder von den persönlichen Reisen nach Stettin berichtet und so unter der unwissenden und nichtinformierten Jugend das Pommerland bekannt gemacht!

Immer mehr rankte sich ihr Leben um Pommern. Als z.B. der „Dampfeisbrecher Stettin“ in den Museumshafen Övelgönne in Hamburg überführt wurde, war sie dabei. Auch bei weiteren Fahrten, selbstverständlich ist sie auch Mitglied in dem Förderverein.

Nach der Wende wurden mit dem eigenen PKW die Stätten der Vorfahren in Stettin aufgesucht, viele Reisen folgten. Die Eltern waren 2 Jahre vorher verstor-

ben und haben Stettin leider nie mehr wiedergesehen!

Aber auch das „Haus Stettin“ in Lübeck und der Heimatkreis Stettin erweckten ihr Interesse. Als Horst Jeschke sein Amt als Vorsitzender des Heimatkreistages niederlegte, stellte sich Ursula Zander zur Verfügung und wurde am 29. Oktober 2015 einstimmig gewählt.

Im „Förderverein Haus Stettin“ in Lübeck ist sie ebenfalls Mitglied im Vorstand. Auch führte sie die Organisation der Reisen des „Historischen Arbeitskreis Stettin“ in die Heimatstadt mit Unterstützung der kenntnisreichen gebürtigen Stettiner durch. Familienforschung des „Pommerschen Greif“ ist auch ein Bestandteil der heimatbezogenen Arbeit.

Für das neue Lebensjahr nur das Allerbeste und weiterhin viel Freude an der Arbeit für den Heimatkreis Stettin.

Heidmarie Stein, Stellv. Vorsitzende

MELDUNGEN

Rakete, Silberschatz und Stollen

Stettin – In diesen Tagen öffnen viele der pommerschen Weihnachtsmärkte: Anklam 15. bis 17. Dezember; Barth 1. bis 3. Dezember; Binz 14. bis 17. Dezember; Demmin 15. bis 17. Dezember; Greifswald 30. November bis 21. Dezember; Pasewalk 8. bis 10. Dezember; Stralsund 20. November bis 22. Dezember; Stettin 1. bis 23. Dezember; Wolgast 8. bis 10. Dezember. Neu in Stettin sind in diesem Jahr geführte Touren, die auf Deutsch für Besucher angeboten werden. Am 2., 9. und 16. Dezember kann man Stettin in vorweihnachtlicher Stimmung während einer Stadtführung erleben. In der Stettiner Tourist-Info am Königsplatz [ul. Żołnierza Polskiego 20], Stettin beginnen jeweils die Führungen. *TS/BS*

Lancken-Granitz – Ehrenamtliche Archäologen haben bei Lancken-Granitz einen spektakulären Fund gemacht: Der Silberschatz von Münzen mit einem Gewicht von 6,7 kg gilt als der größte Fund der jüngeren Geschichte in Vorpommern und wurde nun in Schwerin vorgestellt. *TS*

Köslin – Schwere Stürme – mit Windgeschwindigkeiten bis zu 100 km/h – sorgten in der vergangenen Woche in Hinterpommern für zahlreiche Stromausfälle und umgestürzte Bäume. Die Feuerwehren waren u. a. in Köslin, Kolberg und Belgard im Einsatz. *TS*

Stralsund – Raumfahrttechnik aus Stralsund, 31 Studenten der Hochschule Stralsund arbeiten im Verein „Sundspace“ am Bau einer wettbewerbsreifen Rakete und veranstalten ihren ersten öffentlichen Triebwerkstest. Am 7. Dezember, um 13.15 Uhr laden sie Unterstützer und Medienvertreter zum öffentlichen Triebwerkstest zum Alten Flugplatz nach Groß Mohrdorf ein. *BS*

Stralsund – Am 21. November fand die diesjährige Stollenprüfung der Landesinnung der Bäcker im Kreis Vorpommern-Rügen statt. Die besten Stollen kommen von Rügen: Ein „Sehr gut“ gab es für die Bäckereien Arndt in Glowe, Horn in Binz, Mudrick in Baabe und Maltzahn in Wiek. *TS*

Tipp Pommersche Quarkstolle

Zutaten: 150 g Margarine, 2 Eier, 250 g Zucker, 250 g Quark, 500 g Mehl, 1 Päckchen Backpulver, die abgeriebene Schale von 2 Zitronen, ½ Pfund gestoßene Mandeln, ½ Pfund Rosinen (Sultaninen), 100 g Zitronat (gewürfelt), 100 g Orangeat (gewürfelt).



So wird's gemacht: Alles zusammen zu einem Teig in einer Schüssel, kräftig kneten, dann ½ Stunde ruhen lassen. In Form eines Brotlaibes auf eingefettetes Blech geben und etwa 1 Stunde bei Umluft und 150°C abbacken. Dann 125 g zerlassene Butter über der Kruste und dem Krustenbruch verteilen. Abschließend mit Puderzucker bestreuen und abkühlen lassen. Guten Appetit!

„Mehr Mut zur Wahrheit wagen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Die PAZ bringt für mich einzig Licht in die Historie des ehemaligen Preußen und was daraus geworden ist. Weiter so!“

John Schlemmer,
Bubenreuth



Ausgabe Nr. 46

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

VERNICHTUNG IN ZWEI AKTEN ZU: ZYNISCHE WOHLFÜHL- RHETORIK (NR. 46)

Es geht jetzt nicht um „Antisemitismus“, den es seit mehr als 2000 Jahren in der ganzen Welt gibt, es geht um die muslimische Religion des Islam. In den muslimischen Völkern und Ländern gibt es keine Trennung von Staat und Kirche, wie bei uns seit der Weimarer Reichsverfassung von 1919 im Artikel 137 festgelegt, sondern der Koran ist das Grundgesetz des Muslims. Deshalb kann ein Muslim auch das deutsche Grundgesetz nicht anerkennen, was Voraussetzung für den Erhalt eines deutschen Passes sein muss.

Das Koran-Gesetz des Muslims sieht religiös und politisch eine Vernichtung in zwei Akten vor: 1. Akt der Juden, 2. Akt der Christen. Statt mehr „unserer“ fragwürdigen Demokratie zu wagen (frei nach Willy Brandt), sollten wir mehr Mut zur Wahrheit, zum Erhalt der Demokratie, (auf der Basis des deutschen Grundgesetzes) wagen.

Danke für Ihren Mut, liebe PAZ-Redaktion!

Marguerite Kollo, Groß Kreutz/Havel

GRÜNER BRANDSTIFTER ZU: ZYNISCHE WOHLFÜHL- RHETORIK (NR. 46)

Für seine Antisemitismus-Rede wird der grüne Vizekanzler Robert Habeck in den Medien über den grünen Klee gelobt. Er habe gewirkt wie ein Staatsmann.

Nun hat er ja den Antisemitismus verurteilt. Er beklagte auch, dass sich 78 Jahre nach dem Holocaust die Menschen bei uns nicht mehr auf die Straße trauen und dass Häuser von Juden mit dem Davidstern beschmiert werden. Nur – so wie er es darstellt, suggeriert er, deutsche Landsleute wären daran schuld.

Dabei weiß Habeck doch ganz genau, dass es sich hier um einen importierten islamischen Antisemitismus handelt, für den er und seine Partei der Grünen eine beträchtliche Mitschuld tragen. Denn die

Grünen gehören schließlich zu den entschiedensten Befürwortern des demographischen Wandels. Ich habe noch die Grüne Claudia Roth im Ohr, als sie sagte: Wir wollen ein buntes Deutschland.

Apropos „Staatsmann“: Was soll man von einem Staatsmann halten, der mit den Worten zitiert wird: „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.“? So jedenfalls kann man es in seinen öffentlichen Druckschriften lesen.

Nachdem er und seine grünen Genossen den Karren in den Dreck gefahren haben, droht er nun den islamischen Demonstranten mit Maßnahmen als harte politische Antwort. Aber das Phänomen kennt man ja schon lange, dass der Brandstifter als erster „Feuer“ ruft.

Gerhard Synowzik, Stadtdoldendorf

KEIN UNDENKBARES SZENARIO ZU: ES FÄLLT AUSEINANDER, WAS NIE ZUSAMMENGEHÖRTE (NR. 46)

Richtig erkannt. Nur die Aussicht auf gut dotierte Posten und Macht halten diese völlig unterschiedlichen Parteien zusammen. Aber Politik gegen den Willen des Volkes hatte noch nie Zukunft. Somit werden auch diesmal die „Mächtigen“ am Widerstand der einfachen Leute scheitern.

Es brodelt doch schon an der Basis überall. Dabei begreift nun langsam die Mehrheit, dass nicht Unfähigkeit, sondern Unwilligkeit der Regierung, zum Wohle des Volkes zu handeln, vorliegt. Der Autor Heckel hat in der PAZ-Ausgabe Nr. 45 im Kommentar „Gegen das Unse-“ doch richtige Schlüsse gezogen. Die Grundlagen des Staatswesens, klare Trennung der Legislative, Exekutive und Judikative, werden bewusst ausgehebelt.

Was soll denn ein Bürger denken, wenn die Regierung während eines laufenden Verfahrens vor dem Verfassungsgericht mit dessen Richtern hinter verschlossenen Türen ein Essen veranstaltet? Unabhängigkeit der Justiz? Was denkt die Bevölkerung, wenn das Beschmier-

nationaler Symbole wie des Brandenburger Tores nicht verhindert und nicht konsequent bestraft wird, das Einwerfen einer Fensterscheibe eines Parteibüros in der Provinz dagegen den Staatsschutz tätig werden lässt? Warum werden Kommunen, die kein Geld für die örtliche Feuerwehr oder Straßenbeleuchtungen haben, mit Menschen aus der Dritten Welt und dem Hinweis auf vom Bund übertragene Pflichtaufgaben derart erpresst?

Eine Regierung aber, die sich dem Offensichtlichen verschließt, wird entweder abgewählt oder gestürzt. Es ist erst 34 Jahre her, dass in einem Teil Deutschlands die Polizei, die zuvor auf Demonstranten einschlug, plötzlich auf deren Seite stand und die Justiz gegen Regierungsmitglieder vorging. Undenkbar ist das auch nunmehr nicht.

Peter Warnke, Greifswald

DIE HEIMAT DES HERZENS ZU: REISE IN DIE HEIMAT NACH LANGER ZEIT (NR. 45)

„Wenn ein Pferd im Kuhstall geboren wird, ist es dann eine Kuh oder ein Pferd?“ Mit diesen Worten meiner Großmutter, die ich nie persönlich kennenlernen durfte, sie starb 1945 in sowjetischer Zwangsarbeit, möchte ich meine Stellungnahme hier beginnen.

Obwohl ich durch die Kriegswirren in Hamburg auf die Welt kam, wird diese schöne Stadt nie meine Heimat sein. Warum auch? Meine gesamten Vorfahren stammen aus der Gegend der Szesuppe im damaligen Preußisch-Litauen. Lange vor den Deutschen siedelten sie dort. Sie haben ihr Land in der Nähe von Lasdehnen urbar gemacht. Lasdehnen heißt heute Krasnosnamensk. Na und? Ich habe großen Respekt vor den heutigen, den russischen Bewohnern. Sie haben mich immer freundlich empfangen, mir geholfen und sich immer für unsere gemeinsame Geschichte interessiert. Ich sage immer „eure Heimat“, sie sagen dann: „auch deine Heimat“. Ich benutze aus Respekt die russischen Ortsbezeichnungen, sie sagen oft lächelnd die deutschen.

Ich mag die heutigen Bewohner sehr, ich bin dankbar, wenn ich in meiner Heimat Urlaub machen darf. Wo ist das Problem? Wer erdreistet sich hier, mir zu sagen, was meine Heimat ist? Vollzieht sich die Metamorphose vom Pferd zur Kuh, nur weil fremde Leute das hier so unreflektiert behaupten?

Zum Glück nicht. Ich bleibe, was ich bin, was ich sein möchte und worauf ich sehr stolz bin.

Wenn ich in Paporotnoje stehe, dann bin ich in dem Heimatdorf, wo die Ruine unseres Gutes steht. Nie würde ich an materiellen Besitz denken, gar etwas zurückhaben wollen. Es ist und bleibt die Heimat des Herzens. Und das muss jeder Mensch für sich entscheiden.

Ana Springfeldt, Hamburg

STROM KANN MAN NICHT ESSEN ZU: EIN ÖKOLOGISCHES UND WIRTSCHAFTLICHES DESASTER (NR. 45)

Es geht um Nutzen und Schaden von Windkraftanlagen. Der Nutzen ist bekannt, der Schaden aber viel zu wenig. Im Artikel wird von abbrechenden Windradflügeln, eingestürzten Türmen und brennenden Maschinenhäusern berichtet, sowie von Bodenvibrationen, getaketen Geräuschen und gesundheitsschädlichem Infraschall.

Ich möchte noch ergänzen, dass die Lebensdauer der Windräder nur zirka zwanzig Jahre beträgt und die Leistung von Jahr zu Jahr geringer wird. Müssen sämtliche Windräder nach zwanzig Jahren erneuert werden? Einige werden ja bereits wieder abgebrochen und durch neue ersetzt. Die Naturzerstörung durch die Windräder finde ich noch am schlimmsten. Die Flügel „reinigen“ die Luft von Insekten, und durch die Fundamente und Zufahrtsstraßen werden wertvolle Ackerböden auf ewig unnutzbar.

Die Elektrifizierung der Gesellschaft und der Wirtschaft führt in eine Sackgasse. Strom kann man nicht essen.

Gerhard Wagner, Ratingen

ANZEIGE



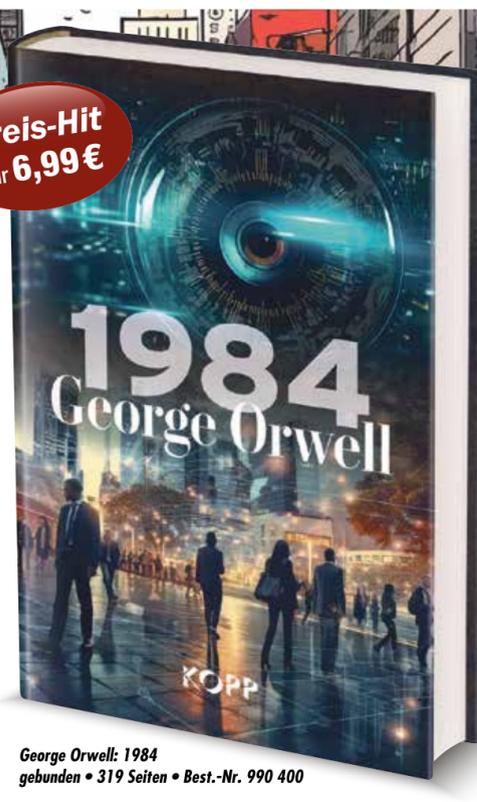
Der Klassiker über einen allmächtigen Überwachungsstaat ist und bleibt beklemmend aktuell

George Orwells 1984 ist längst zu einer scheinbar nicht mehr erklärungsbedürftigen Metapher für totalitäre Verhältnisse geworden. Mit atemberaubender Unerbittlichkeit zeichnet der Autor das erschreckende Bild einer durch und durch totalitären Gesellschaft, die bis ins letzte Detail durchorganisierte Tyrannei einer absolut autoritären Staatsmacht. Seine düstere Vision hat einen beklemmenden Wirklichkeitsbezug, dem sich auch der Leser von heute nur schwer entziehen kann.

London 1984: Winston Smith ist Geschichtsfälscher im Staatsdienst. Als Mitarbeiter des Ministeriums für Wahrheit verbringt er seine Tage damit, die Fakten zugunsten der regierenden Partei umzuschreiben. Als er sich verbotenerweise in seine schöne und geheimnisvolle Kollegin Julia verliebt, beginnen die beiden gemeinsam und trotz aller Gefahren, die totalitäre Welt, in der sie bislang als Marionetten gelebt haben, infrage zu stellen. Als sie versuchen, sich einen Rest von persönlicher Freiheit zu bewahren, hat das fatale Folgen.

George Orwells dystopischer Roman – die düstere Vision eines totalitären Überwachungsstaates, der jegliche Individualität zerstört – ist längst zum Klassiker geworden und gewinnt täglich an Aktualität.

Sein geniales Meisterwerk und Vermächtnis erscheint in einer neuen und zeitgemäßen Übersetzung von Paul Düring.




Preis-Hit
nur 6,99 €

George Orwell: 1984
gebunden • 319 Seiten • Best.-Nr. 990 400

BUDAPEST

Übers Glatteis in den Advent

Eislaufbahnen und Märkte, Liköre und Konzerte – Ungarns Hauptstadt kommt vor Weihnachten erst richtig auf Touren

VON DETLEF BERG

Budapest ist zu jeder Jahreszeit einen Besuch wert. Doch besonders stimmungsvoll präsentiert sich die 1,7 Millionen Einwohner zählende Metropole im Dezember. Die Dämmerung bricht jetzt bereits in den Nachmittagsstunden herein und versetzt die Stadt in eine melancholisch anmutende Stimmung. Dann aber gehen die Lichter an. Straßen und Plätze erstrahlen in festlichem Lichterglanz. Es macht einfach Freude, durch die Gassen der Innenstadt zu flanieren und die weihnachtlichen Dekorationen in den Schaufenstern zu bestaunen.

Anziehungspunkte sind die verschiedenen Weihnachtsmärkte in der Innenstadt. Der bekannteste von ihnen ist der Markt vor der Stephansbasilika auf dem Szent-István-Platz. Im Vorjahr wurde er bereits zum dritten Mal als bester Weihnachtsmarkt in Europa ausgezeichnet, und auch in diesem Jahr hat er sich wieder schön herausgeputzt. Ein zwölf Meter hoher, dezent geschmückter Weihnachtsbaum begrüßt die Besucher. Außerdem stimmen ein Riesenadventskranz und eine Weihnachtskrippe auf die Feiertage ein. Sogar eine kleine Eislaufbahn lockt Schlittschuhläufer. Besonders faszinierend sind die Lichtspiele an der Fassade der Basilika. Die über 120 Marktstände verkaufen ausschließlich regionale Produkte. In vielen Buden wird hochwertiges Kunsthandwerk angeboten. Es gibt geschmackvolle Weihnachtsdekorationen, handgefertigte Textilien und Lederwaren sowie Spielzeug aus Holz.

Natürlich ist auch für das leibliche Wohl gesorgt. Viele Besucher sind von den strudelähnlichen Rollen aus Hefeteig angetan, den mit Mohn- oder Nuss gefüllten Bejglis. Am Stand nebenan kann man zuschauen, wie die berühmten Kürtöskalacs, eine Art Baumkuchen, gebacken werden. Der Teig wird zu einem Zylinder gerollt und über glühender Holzkohle frisch gebacken. Käufer müssen sich für einen Belag entscheiden – nur Zucker, mit dunkler Schokolade oder vielleicht doch lieber mit Mandeln?



Europas größte künstliche Freiluft-Eisfläche: Die Eislaufbahn vor der Burg Vajdahunyad

Foto: visithungary

Wer herzhaftere Köstlichkeiten bevorzugt, kann sich für deftiges Hirschgulasch, Schweizer Raclette, Spanferkel aus dem Zwölf-Stunden-Räucherofen oder für Lammgerichte entscheiden. Auch eine Gulaschsuppe, serviert im Brotlaib und ordentlich mit ungarische Paprika gewürzt, wärmt gut durch.

Promille aus der Kugelflasche

Am seinem Glühweinstand empfiehlt Frank Odzuck: „Probiert mal einen Kräutertee mit einem Schuss Unicum.“ Und wirklich, das leicht bittere Aroma des Kräuterlikörs passt perfekt zum Tee und schmeckt ausgezeichnet. Odzuck erklärt, dass Unicum der Firma Zwack aus über 40 Heilpflanzen hergestellt wird und seinen aromatischen Geschmack einer langen Lagerzeit in Holzbottichen verdankt. Odzuck kennt sich aus, schließlich ist er der Geschäftsführer der über 200 Jahre alten Traditionsfirma Zwack, die seit 1892 und bis heute in der Innenstadt von Buda-

pest vor allem Liköre produziert. Man sollte nicht versäumen, das dazugehörige Museum in der Dandara utca zu besuchen, wo man verschiedene Spirituosen probieren kann. Fast jeder Besucher nutzt hier die Gelegenheit, eine der unverwechselbaren Kugelflaschen zu erwerben.

Auch einer anderen Empfehlung von Odzuck sollte man unbedingt nachgehen. Mit etwas Glück sind im Internet noch Karten für ein abendliches Orgelkonzert in der Stephansbasilika zu buchen. Es wird ein besonders stimmungsvolles Erlebnis in einer der schönsten Kirchen der Donaumetropole, den ausgewählten Werken von Bach bis Sibelius zuzuhören. Die Aufführungen von Tschaikowskis „Nussknacker“- oder „Schwanensee“-Ballett in der Budapester Staatsoper sind vor Weihnachten leider immer schnell ausverkauft.

Das Interesse der Budapester und ihrer Gäste ist groß, das aufwendig renovierte Gebäude im neuen Glanz zu erleben. Ein ganz anderes Erlebnis bietet die

schönste Eislaufbahn der Stadt. Sie liegt im Stadtwäldchen direkt hinter dem Heldenplatz. Ein großer Teil des Rudersees verwandelt sich im Winter in Europas größte künstliche Freiluft-Eisfläche. Jung und Alt sind gleichermaßen eingeladen, vor der romantischen Kulisse der Burg Vajdahunyad ein paar Runden zu drehen oder vielleicht sogar gekonnte Pirouetten aufs Eis zu legen. Selbst ungeübte Läufer finden ein Vergnügen daran, sich auf der riesigen Eisfläche zu tummeln. Wer keine Schlittschuhe hat, kann sich die passenden Schuhe direkt vor Ort ausleihen. Gegen kalte Füße hilft ein heißer und dampfender Glühwein, der an einem der zahlreichen Buden angeboten wird.

Gala-Diner mitten auf der Donau

Wärme und Entspannung bieten aber auch die zahlreichen Thermalbäder der Stadt. Heiß und dampfend sprudelt das gesunde Heilwasser an die Oberfläche und sorgt bei den Badegästen in den welt-

berühmten Bädern für einen einmaligen Wohlfühleffekt. Das Szechenyi-Bad ist dabei das größte Bad von Budapest und ebenso einen Besuch wert wie das Rudas-Bad am Fuße des Gellertberges. Vom Dachpool hat man zudem einen schönen Blick auf die Stadt und die Donau.

Propos Donau – auch in der Adventszeit sind festlich geschmückte Schiffe zu abendlichen Panoramafahrten unterwegs. Die Kulisse ist einfach großartig – auf der Pester Seite ist das Parlamentsgebäude zu bestaunen, auf dem gegenüberliegenden Donauufer sind Burg und Fischerbastei angeleuchtet.

Wer Heiligabend nicht zu Hause kochen möchte, kann eine Schifftour mit festlichem Gala-Diner und Live-Musik buchen. Die meisten Ungarn verbringen Weihnachten aber in den eigenen vier Wänden. Die ganze Familie trifft sich dann. Ähnlich wie bei uns zählt ein schöner Gänsebraten zu den beliebtesten Gerichten, aber auch eine deftige Fischsuppe Halaszle, zubereitet aus Karpfen, Barsch und Wels, war schon immer Teil der traditionellen Weihnachtsgesichte. Als Hauptgang werden gern gebratener oder paniertes Karpfen oder Zander serviert. Eine weitere Delikatesse sind die Krautwickel aus eingelegeten und fermentierten Krautblättern, die mit pikantem Hackfleisch gefüllt werden.

Was es mit dem „Salonzucker“ auf sich hat, weiß auch Glühweinverkäufer Odzuck. „Szaloncukor heißen die in buntes oder glänzendes Papier eingewickelten Pralinen, die an jedem Weihnachtsbaum hängen. Diese süßen Versuchungen sind mit Marzipan, Fruchtgelee oder Schokoladencreme gefüllt und für Kinder eine große Versuchung, mal vom Tannenbaum zu naschen“, erzählt Odzuck.

Das Neue Jahr wird auch in Budapest mit einem Feuerwerk begrüßt. Den besten Blick auf die Stadt hat man auf dem Gellertberg oder der Burg auf der Budaer Stadtseite. Man wünscht sich „BUEK“, „Boldog Uj Evet Kivanok“, also ein Frohes Neues Jahr, legt die Hand aufs Herz und singt die ungarische Nationalhymne.

● www.visithungary.com/de

ISTANBUL

Zeugnis deutsch-türkischer Freundschaft

Unweit der Hagia Sophia und der Blauen Moschee – Vor 125 Jahren stiftete Kaiser Wilhelm II. der Stadt am Bosporus einen Brunnen

Ausgangspunkt für die Besichtigung Istanbuls ist in der Regel das ehemalige Hippodrom. Das mag 1898, als Kaiser Wilhelm II. auf seiner Orientreise Istanbul besuchte, kaum anders gewesen sein. Zum Andenken stiftete er einen Brunnen, der am 27. Januar 1901, seinem 42. Geburtstag, eingeweiht wurde.

Das steinerne Zeugnis der Männerfreundschaft zwischen dem Hohenzollern und dem letzten Sultan Abdul Hamid II. ist ein nationales Kunstdenkmal, das von den Türken sorgsam gepflegt wird. Umfangreiche Restaurierungsarbeiten fanden schon 1921 statt, später auch unter Kenan Evren, der durch den Militärputsch von 1980 an die Macht gelangt war. Zuletzt wurde der pavillonartige Brunnen 2013 komplett restauriert.

Der acht Meter hohe neoromanisch-byzantinische Kuppelbau mit acht Säulen aus grünem Porphyrt war in Deutschland in Einzelteilen hergestellt, nach Istanbul verschickt und dort an prominenter Stelle aufgestellt worden. Seit 125 Jahren hat er

seinen Platz im Norden des heute zur Platzanlage reduzierten antiken Hippo-

droms zwischen der Sultan-Ahmed-Moschee (1590–1617), besser bekannt als

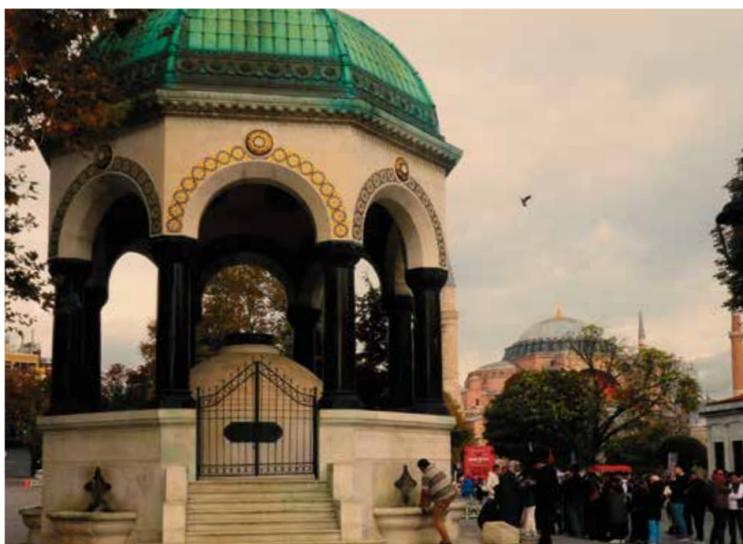
Blauer Moschee, und der Hagia Sophia, einst ehemalige byzantinische Kirche, dann Museum, jetzt Moschee. Die Hinweise auf den Stifter und den Beschenkten sind im goldenen Mosaik der Kuppel verewigt. Jeweils viermal erscheint hier das Monogramm Kaiser Wilhelms II. sowie die Tuğra, der Namenszug des Herrschers über das Osmanische Reich.

In der Blickachse in südlicher Richtung ragen in der Mitte des Hippodroms zwei Obelisken in die Höhe. Den ersten altägyptischen Obelisken hatte Kaiser Theodosius I. um 390 aus Karnak nach Konstantinopel bringen lassen, der zweite, der „Konstantinische Obelisk“, fand als gemauertes spätrömisches Denkmal ebenfalls im 4. Jahrhundert hier seine Aufstellung.

Brunnen mit Stifternamen findet man überall in der Türkei. Diese Quellen kostenlosen sauberen Wassers galten im Nahen Osten als besonders rühmliche Wohltat. Nach den Worten von Oberhofmeister Freiherr von Mirbach „beschloss Seine

Majestät, sich einer allgemeinen Not der Armen, die in diesem trockenen, heißen Jahre besonders hervorgetreten war, des Mangels an gutem Trinkwasser, anzunehmen und in der Stadt einen öffentlichen, immer fließenden Brunnen ... errichten zu lassen. Am 22. Oktober früh zeichnete der Kaiser selbst auf der Dampferfahrt nach Therapia den Entwurf, ließ ihn von Professor Knackfuß etwas ausführen und überreichte die Skizze vor seiner Abfahrt dem Sultan.“

Der Brunnen war ein Gegengeschenk. Schon 1880 hatte der Sultan dem deutschen Kaiserreich im noblen Vorort Tarabya, etwa 15 Kilometer nördlich vom Istanbuler Stadtzentrum, ein Grundstück zur diplomatischen Nutzung geschenkt. Die darauf erbaute Sommerresidenz mit vier Gebäuden wird bis heute als Ort des deutsch-türkischen Dialogs genutzt. Offizielle Veranstaltungen für Kultur, Politik und Wirtschaft der Botschaft und des Generalkonsulats finden darunter im Haus des Botschafters statt. Helga Schmechagen



Geschenk des Kaisers: Der Deutsche Brunnen, hinten rechts die Hagia Sophia

● FÜR SIE GELESEN

Aufbruch und
Ankunft

Weihnachten mit Inhalt, das sucht Alice. Sie hat schon viel ausprobiert, wurde aber mit allem nicht glücklich. So reist sie kurzentschlossen mit Sorgen, Hoffnungen und viel Sehnsucht mit drei Fremden los, die die Namen der Heiligen Drei Könige tragen, um etwas zu finden, um anzukommen. Die kurze Erzählung „Zur halben Nacht“ enthält drei Handlungsstränge, die zusammengewoben werden. Neben Alice, die von ihrer Partnerin verlassen wurde, treten wie bei einem Krippenspiel ein Wirt auf, der seine Gaststätte altersbedingt schließen musste, und ein Wolf, der die Wärme der Schafe sucht. Dabei stellt die Autorin die große Fragen neben an Kitsch grenzende, teils überschreitende Szenen, was nicht immer gut funktioniert. Wirklich schön ist Alices Zweifel beschrieben, der sie überallhin begleitet. CRS



Susanne Niemeyer: „Zur halben Nacht“, edition chrismon, Leipzig 2023, gebunden, 94 Seiten, 15 Euro

Begleitung zur
Jahreslosung

Das Lesebuch zur Jahreslosung aus dem Brunnen Verlag erscheint bereits zum 14. Mal. Die Jahreslosung der christlichen Kirchen ist ein Bibelvers, den die Ökumenische Arbeitsgemeinschaft für Bibellesen jeweils vier Jahre im Voraus auswählt. 1. Korinther, Kapitel 16, Vers 14 wurde für das kommende Jahr ausgewählt. Zu diesem Vers sind im „Lesebuch“ 40 Beiträge veröffentlicht, von Theologen oder kirchennahen Autoren. Die einzelnen Kapitel sind zwischen zwei und sechs Seiten lang, denn sie sollen ja vor allem Impulse geben. Während die Jahreslosung keine aktuellen politischen und gesellschaftlichen Situationen berücksichtigt, geschieht dies beim vorliegenden Werk aber sehr wohl. Christoph Morgners Buch regt nicht nur zum Nachdenken an, sondern ist auch erbaulich. CRS



Christoph Morgner (Hrsg.): „Alles, was ihr tut, geschehe in Liebe“, Brunnen Verlag, Gießen 2023, gebunden, 191 Seiten, 12 Euro

Tag für Tag

Das Kalendertagebuch ist eigentlich für aktive Pastoren gedacht und enthält Listen für diverse Gruppen, eine Übersicht über Amtshandlungen, Fest- und Feiertag und Anschriften kirchlicher Organe, die Jahreslosung und die Monatsprüche. Ein Monatskalender ist dem Tageskalender vorangestellt. Dieser, pro Seite ein Tag, gibt die Tageslosung mit Lehrtext an und bietet so einen guten Start in jeden Tag. CRS

Jörg Neijenhuis: „Kirchlicher Amtskalender 2024“, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2023, gebunden, 495 Seiten, 19,90 Euro

BILDERBUCH DER WOCHE

Warten
auf Jesus Christus

Nächstenliebe ist nicht nur christlich,
sondern international

FOTO: SHUTTERSTOCK

Leo Tolstoi hat die Geschichte über den Schuster, der auf Jesus wartet und ihn beim Ausschauhhalten in vielen Menschen findet, aus dem Französischen übernommen. Sie wurde nun für Kinder von Mig Holder frei nacher-

zählt, von Eva-Maria Busch vom Englischen ins Deutsche übersetzt und von Julie Downing als Bilderbuch zauberhaft illustriert. Es ist eine rührende Geschichte, die das Thema Nächstenliebe veranschaulicht. CRS



Mig Holder: „Ein großer Tag für Vater Martin“, Brunnen Verlag GmbH, Gießen 2023, gebunden, 27 Seiten, 15 Euro

MEDIZINGESCHICHTE

Von Pest und
Cholera bis Corona

Die Ärztin Helga Tödt zeichnet in „Mikrobenjäger“ die Biografien von Wissenschaftlern nach, die Meilensteine in der Forschung gesetzt haben

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Es ist gut möglich, dass das Interesse der Menschen an Epidemien, der Ursache ihrer Ausbrüche und ihrer Bekämpfung seit dem Ausbruch der Coronapandemie zugenommen hat. Das dürfte dem brillanten Werk „Mikrobenjäger. Forscherporträts aus sechs Jahrhunderten“ von Helga Tödt zugutekommen. Die 1946 geborene Autorin war beruflich als Fachärztin tätig und hat mehrere Biografien sowie historische Lebensbilder veröffentlicht.

In diesem Buch werden 23 Forscher und Forscherinnen vorgestellt, die großenteils auch Ärzte waren und sich dem Kampf gegen Pest, Pocken und Cholera, Lepra, Diphtherie, Syphilis, Tuberkulose, AIDS und Corona verschrieben hatten und haben. In elf, jeweils eine Epidemie beleuchtenden Einzelkapiteln werden 23 bekannte und wenig bekannte Forscher und Forscherinnen vorgestellt. Vorangestellt ist jedem Kapitel ein medizin- und kulturhistorischer Überblick zur jeweiligen Epidemie, angefangen mit der Pest, der „Urkatastrophe unter den Seuchen“. Es folgen Portraits von Paracelsus (1493–1541), der auch als Pestarzt tätig war, und Daniel Sennert (1572–1637), dem Pestarzt von Wittenberg. Das Kapitel „Die Cholera erobert im 19. Jahrhundert Europa“ widmet sich John Snow (1813–1858), der die Cholera in London bekämpfte, und Robert Koch (1843–1910), dem Landarzt und Bakteriologen.

Der deutsche Zoologe und Protozoenforscher Fritz Richard Schaudinn (1871–1906) entdeckte 1905 zusammen mit dem Dermatologen Erich Hoffmann den Syphiliserreger Spirochaeta pallida. Verbunden mit der Bekämpfung der Syphilis ist auch die Entdeckung des Penicillins. Jahrhundertlang war die Tuberkulose eine unbesiegbare Volkskrankheit, die sich seit dem 17. Jahrhundert immer weiter verbreitete. In diesem Kapitel wird die verdienstvolle Arbeit von Peter Dettweiler (1837–1903), Robert Koch (1843–1910) und Lydia Rabinowitsch-Kempner (1871–1935) gewürdigt.

Tödt erzählt spannende Geschichten, die über die Forscherpersönlichkeiten, ihre Erfolge und Misserfolge hinaus zahlreiche Entwicklungen einbeziehen wie den Wettstreit um den besseren Polioimpfstoff, die Anfänge der Pharmaindustrie, Behandlungen in den Heilanstalten und die Streitigkeiten um die Entdeckung von HIV. Besonders hervorzuheben ist die reiche und interessante Weiterbildung. So sieht man auf einem Foto von 1918, wie ein Trambahnschaffner einen Fahrgast ohne Gesichtsmaske abweist – eine Situation, die uns einigermaßen bekannt vorkommt.



Helga Tödt: „Mikrobenjäger. Forscherporträts aus sechs Jahrhunderten“, BeBra Verlag, Berlin 2023, gebunden, 399 Seiten, 25 Euro

GESCHICHTE

Ein unablässiges
Gegeneinander

Gerhard Dassow beleuchtet in seinem Werk über Otto Braun und Konrad Adenauer deren Anteil an der staatsrechtlichen Auflösung Preußens

VON WOLFGANG KAUFMANN

Otto Braun und Konrad Adenauer bekleideten zwischen 1920 und 1933 fast zeitgleich zwei der höchsten Staatsämter im Freistaat Preußen: Der Sozialdemokrat Braun fungierte als preußischer Ministerpräsident und der Zentrumspolitiker und Kölner Oberbürgermeister Adenauer war parallel auch Präsident des Preußischen Staatsrates. Aufgrund dessen bestand eine besondere Beziehung zwischen den beiden, die der Betriebswirtschaftler und Historiker Gerhard Dassow erstmals ausführlich beleuchtet, wobei der Schwerpunkt seines Werkes „Otto Braun und Konrad Adenauer. Gemeinsamkeiten, Gegensätze und Widersprüche im Spannungsfeld von Preußentum, Demokratisierung und Republikanisierung“ auf der Beantwortung der Frage liegt, welchen Anteil die beiden an der endgültigen staatsrechtlichen Auflösung Preußens hatten.

Wie Dassow schlüssig nachweisen kann, „haben Braun und Adenauer sich während der gesamten Zeit der Weimarer Republik gegenseitig blockiert: Braun durch sein anachronistisches Festhalten an einem Preußen ‚in den Grenzen von 1866‘ ... Adenauer durch seine radikale, unverhohlenen gegen Preußen gerichtete Rheinlandpolitik und seine ambivalente Haltung zu den gesellschaftspolitischen Umbrüchen jener Zeit“. Dadurch sind letztendlich beide maßgeblich mitverantwortlich für den Untergang Preußens – und zwar sowohl aufgrund ihrer jeweils vertretenen

Politik als auch durch das unablässige Gegeneinanderarbeiten.

Andererseits zeigt Dassow, dass die Umstände in der Weimarer Republik sowie nach dem Zweiten Weltkrieg wohl zu keinem anderen Ergebnis geführt hätten, was das Schicksal Preußens betraf, wenn das Verhältnis zwischen Adenauer und Braun besser gewesen wäre. Die folgenschwersten Entscheidungen bezüglich der Zukunft des ehemaligen Königreiches trafen dreimal hintereinander andere: Zuerst Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler von Papen mit ihrem „Preußenschlag“, wenig später die Nationalsozialisten durch das Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich und zum Schluss die Alliierten mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 46, das die endgültige Auflösung des Staates Preußen verfügte.

Für Interessenten an der Geschichte Preußens ist Dassows Buch eine anregende Lektüre. Allerdings fällt dieselbe nicht immer leicht, da sich der Verlag für eine ungewöhnlich kleine Schrift entschieden hat.



Gerhard Dassow: „Otto Braun und Konrad Adenauer. Gemeinsamkeiten, Gegensätze und Widersprüche im Spannungsfeld von Preußentum, Demokratisierung und

Republikanisierung“, Georg Olms Verlag, Hildesheim 2022, broschiert, 342 Seiten, 39,80 Euro

OSTPREUSSEN

Schlachtfest auf dem Dorf

Vorbereitung auf Weihnachten – Zum Festessen gehörte immer auch ein Stück „von der Sau“

VON BERTA GROSS

Welche ostpreussische Landfrau, die heute halb- oder viertelpfundweise den Speck aus dem Laden holt oder zum Sonntag ein bescheidenes Stückchen Fleisch kauft, denkt nicht mit Wehmut an die einst wohlgefüllte Speckkammer zu Hause, an die fleisch- und wurstgefüllten Weckgläser und an die Schmalztöpfe in der Vorratskammer. In die Wochen vor Weihnachten fielen meistens die ersten Schlachtfeste des Jahres. Mochten noch 60 Enten, Gänse und Puten zur Verfügung stehen, zum Weihnachtsfest gehörte immer ein ordentliches Stück von „der Sau“ auf den Tisch, gehörten „frösche Worscht“ und Sülze.

Täglich prüften kritische Augen den Puckel des Schlachtieres, ob er breiter wurde, und wenn es eines Tages am Futtertrog „oppe Noarsch huckd“, das heißt, sich zum Fressen nicht mehr erheben mochte, dann war es richtig, dann war es reif zum Schlachten. Es war bei uns im Dorfe nicht üblich, dass der Fleischer zum Schlachten bestellt wurde. Unser alter Dorfschmiedemeister, genannt „Meister Schmödt“, besorgte dieses Geschäft. Es gab kaum einen Bauernhof in unserer Gemeinde, auf welchem Meister Schmödt nicht schlachtete.

Dorfschmiedemeister Schmödt übernahm das Schlachten

Rechtzeitig schon musste man ihn „bestellen“ und mit ihm den Tag der Schlachtung verabreden. Er ermahnte dann, rechtzeitig das Brühwasser kochend zu halten, denn er fing früh an. Unsere Lina, der für das rechtzeitige Kochen des Wassers verantwortliche Geist, füllte schon am Abend vorher den Kessel des Kartoffeldämpfers mit Wasser und legte trockenes Holz bereit. Die erste Arbeit am nächsten Morgen war das Anheizen des Dämpfers in der Futterküche, damit das Wasser heiß war, wenn der Meister eintraf. „Goode Morge! Koakt de Woater?“ Da stand er auch schon in der Türe. „Gleich, Meister, ös et so wiet!“ „Wo sönd de Manns? Ös wedder nuscht besorgt!“ Unser Meister war poltrig und derb, aber herzengut und bei allen beliebt. Er



Beim Schlachten: Die Flussschifferfamilie Laschkowski in Winkenhagen, Kreis Mohrungen

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

machte gerne Spaß, aber er konnte auch wundervoll wettern und schimpfen, wenn ihm etwas gegen den Strich ging. Meinen Brüdern machte es riesigen Spaß, den Meister schimpfen zu hören, und sie forderten ihn aus diesem Grunde oft dazu heraus. Er nahm dann kein Blatt vor den Mund, ob er den Bauern selbst oder den Knecht vor sich hatte. „Na, los! Messerschliepe! Wo ös de Schlieptrog?! Verfluchte Bommelle! De Woater ward omsonst koake.“

Er packte seine Schlachtmesser aus, die er in einer alten Aktentasche immer mitbrachte. Diese war außen und innen fett wie eine Speckschwarte, denn in ihr

trug er auch den Lohn für die Schlachtarbeit heim. Dieser bestand nie aus Geld, sondern aus Fleisch und Speck.

Inzwischen war der Schleiftrog mit Wasser gefüllt, und einer der „Jungens“ drehte den Schleifstein. Ein Weilchen ging es gut, dann aber wurde die Sache langweilig und der Schleifstein wurde ungleichmäßig oder gar mal in verkehrter Richtung gedreht. „Wie drellst nu? Langsam! Torigg! Krät hörscht nich?! Böst ver-rückt? Sull öck mie öne Klaue schmiede? Hewst woll noch nich utschloafe, wat?!“ So kam der Meister in Fahrt.

„Meister, de Woater koakt!“ Diese Worte Linas elektrisierten den Meister,

„ös alles doa? De Trog? De Strock? Walter, häwst dem Teschning?“ Walter, mein jüngster Bruder, betäubte das Schwein durch einen Schuss aus dem Tesching, was ihm immer vom Meister ein anerkennendes Lächeln eintrug. „Goot so, Walter! Dat Oas liggt möt eenem Schoss. Nanu zuck, stoat nich on kickt wie de Oape un hoolt nich de Tung öne Muul! Karl hier ran! Paul, du nömmst dissem Koschel! Un de Ohler (mein Vater) bedrückt em hier!“

Diese energischen Kommandos brachten bald alle an den ihnen zugewiesenen Platz. Ich hatte die Aufgabe, das Schlachtmesser bereit zu halten, um es im gebe-

nen Moment dem Meister zu reichen. Lina stand mit Schüssel und Holzlöffel bereit, das Blut aufzufangen, welches sich nach dem wohlgelungenen Stich mit einem kräftigen Strahl in die untergehaltene Schüssel ergoss. „Utgeete! Rasch!“ kommandierte der Meister, und während er das Stichloch zuhielt, goss Lina das Blut in einen Eimer, wo ich es weiter rührte, während sie neues auffing. „Na, rennt nich got dat Bloot?! Na, wat wöll ju! Seht man, wat dat Oas väl Bloot hefft! Se ös noch nich fett genug!“ „Na röhr möt dem Koschel, dat aller rutkömmt“, fuhr er einen der Männer an.

Auch die Kinder mussten tatkräftig mit anpacken

So ging das fort, bis der Blutstrom versiegt. „Weg! Os genog to Blootworscht!“ Mit diesen Worten beendete Meister Schmödt das Abstechen. Schnell malte er noch mit seinem blutigen Finger Lina und mir einen Schnurrbart ins Gesicht. „Nu oaber ran möt dem Trog! Beielt sick, beielt sick, eh se koolt ward!“

Inzwischen hatte ich aus dem Hause eine Flasche Korn geholt und mein Vater schenkte sich und dem Meister ein. Sie stöhnten, wenn sie das Glas ausgetrunken hatten, verzogen das Gesicht und schüttelten sich. Das gehörte sich so beim Schnapstrinken. Und nun ging es unter der Assistenz der männlichen Hofbewohner an das Brühen und Abschaben. Den Kopf nahm er sich selber vor, das machte ihm keiner gut genug.

Meine Brüder konnten es nicht lassen, sich bewusst dumm zu stellen, und forderten so den Meister zum Schimpfen heraus. Wenn das Schwein hing und ausgenommen war, wurde der Schweinerücken durch einen sauberen Schnitt der Länge nach gespalten. Durch Einlegen der Hand in den Schnitt wurde die Dicke des Speckes gemessen. Dann gab es ein kräftiges Frühstück, wobei die angebrochene Flasche leer gemacht wurde. Bald darauf kam auch schon der Fleischbeschauer auf seinem Motorrad angebraust, besichtigte das Fleisch und stempelte es ab, sodass wir schon zum Mittag in den Genuss der frischen Spirkel kamen.

Aus: „Ostpreußenwarte“, Dezember 1953

HERBSTABENDE AM SPINNRAD

Die unheimliche Geschichte von Jablonski

Wenn die Großmutter die Erzählungen wiedergab, die ihr erzählt worden waren, hörten die Kinder gebannt zu

Wenn die Großmutter an den langen nebligen Herbstabenden am Spinnrad saß, kauerten wir Kinder auf dem Boden um sie herum und lauschten andächtig ihren Erzählungen, die sie selbst als Kind von ihrer Großmutter gehört hatte. Großmutter erwähnte Ordensritter, Adlige und Heilige der Kirche aus längst vergangenen Zeiten und warnte uns vor dem lauernenden Topich an den Gewässern, den nächtlichen Mahren und den Untererdschchen, bevor wir zu Bett gingen und dann jedem Geräusch verängstigt lauschten.

An jenem Abend tobte ein heftiger Sturm ums Haus, als sie uns folgende Geschichte erzählte: „Vor Jahren lebte auf dem herrschaftlichen Gutshof der Pferde-knecht Jablonski. Woher er kam und ob er noch lebende Angehörige hatte, wusste keiner. Gesprochen hat er so gut wie nie. Und ein Frommer war der Jablonski auch nicht, denn in die Kirche ist er nie gegangen. Stattdessen hat er dem Alkohol ge-

frönt und manche erzählten ...“ – hier machte die Großmutter eine Pause – „dass er seine Seele dem Teufel verkauft habe. Ein Knecht, der bei ihm in derselben Kammer geschlafen hat, erzählte, dass der Jablonski beim Schlafen immer auf der linken Seite gelegen ist, und ihr wisst wohl, nur wer auf der rechten Seite liegt, wird von den Engeln beschützt.“

Draußen ließ der Sturm hörbar nach, dafür kündete sich von Ferne das Grollen eines Gewitters an. „Nun, der Jablonski hat sich eines Tages in eine Dienstmagd von einem anderen Gut versehen. Regelrecht besessen soll er von ihr gewesen sein, sodass er ihr häufig nachgestellt ist. Die Magd jedoch wollte von ihm nichts wissen und hat ihn dazu noch wegen seines Aussehens ausgelacht und verspottet.“

Eines Abends spät hat er ihr an einem Kreuzweg aufgelauert und sie angesprochen, woraufhin sie ihn wie immer ausgelacht hat. Da hat er sie in seiner Wut an den

Schultern gepackt und geschüttelt sowie geschrien, was ihr einfalle, mit ihm so umzugehen.“

Das Gewitter kam nun hörbar näher. „Der Magd wurde bang, sie entglitt seinen Händen, stolperte und fiel unglücklicherweise mit dem Kopf gegen einen am Wege stehenden Bannstein und starb sofort auf der Stelle. Jetzt bekam es der Jablonski mit der Angst zu tun. Er zog das tote Mädchen ins Gebüsch, besorgte vom Gutshof einen Spaten und verscharfte in der Dunkelheit die Magd in der Nähe des Kreuzweges hinter einem Gesträuch.“

Ein lautes Donnern, begleitet von einem Blitz, unterbrach Großmutter Erzählung. „Der Jablonski hat sich keinem anvertraut. Eines Tages hat er sich auf dem Heuboden aufgehängt. In seiner Hosentasche fand man einen Zettel mit seinem Bekenntnis, dass er Schuld auf sich geladen habe mit dem Tode der Dienstmagd. Der Pfarrer hat sich gewiegert, ihn auf dem Kir-

chenfriedhof zu beerdigen. So hat man den Leichnam in der Nähe unseres Dorfes verscharrt.“ Jetzt begann die Kerze zu flackern. Wir Kinder rückten näher zusammen, und ein Schauer überzog meinen Rücken.

„Seitdem“ flüsterte die Großmutter, „wandert sein Geist ruhelos umher. Sogar



Gruselig: Umherirrender Geist

um Mitternacht auf dem Friedhof soll er gewesen sein. So haben es die alten Frauen erzählt, die ihn gesehen und für sein Seelenheil gebetet haben. Auch die Seele der Dienstmagd findet keine Ruhe und ist dazu verdammt, allnächtlich an der Kreuzung auf ihre Erlösung zu warten. Nur derjenige kann sie von ihrem Schicksal befreien, der statt nach ihrem Namen zu fragen, ihr die Frage stellt: ‚Was kann ich für mich tun?‘ Derjenige, der ihre Worte in die Tat umsetzt, wird damit ihre Seele und die vom Jablonski erlösen und dafür sorgen, dass die beiden endlich ihren Frieden finden.“

Nun hörte man von draußen das Rauschen des einsetzenden Regens. „Und nun geht zu Bett, Kinder, und schlafet wohl.“

An diesem Abend schlossen wir Jablonski, die Magd und all die andern ruhelosen Seelen in unser Nachtgebet mit ein, dass sie den Frieden mit Gott und sich selbst finden mögen. Jürgen Ehmman

● AUFGESCHNAPPT

Nachdem der Bundeshaushalt in arge Schieflage geraten ist wegen des Karlsruher Urteils zu den Ampel-Tricksereien zur Umgehung der „Schuldenbremse“, wird nun allenthalben nach Einsparmöglichkeiten gefahndet. Dabei gerät auch die Rente ins Visier. Die „Wirtschaftsweise“ Veronika Grimm will die Rente mit 63 (nach 45 Beitragsjahren) und die Mütterrente auf den Prüfstand stellen. Die Rente mit 63 locke ohnehin zu viele Fachkräfte zu früh aus dem Arbeitsmarkt. Auch beim Aufwuchs der Bestandsrente will Grimm Kürzungen diskutieren. Kaum Eingang in die öffentliche Debatte finden hingegen horrenden Summen, die in sogenannte Versicherungsfremde Leistungen aus der Rentenkasse abfließen. Hier profitieren auch viele Menschen von der gesetzlichen Rentenversicherung, die nie in das Umlagesystem eingezahlt haben. Kritiker sehen in diesem Umstand einen Grund dafür, dass die Renten in Deutschland trotz höherer Wirtschaftsleistung pro Kopf deutlich geringer ausfallen als in Ländern wie Spanien oder Italien. H.H.



DER WOCHENRÜCKBLICK

Die Not mit der Not

Wenn der Finanzminister bis ins Ahrtal kriecht, und warum die „Vorreiber“ als erste im Graben landen

VON HANS HECKEL

Politik kann ganz schön knifflig sein. Daher kommen die Verantwortlichen manchmal nicht drumherum, einige ganz erstaunliche Haken zu schlagen. Aber gekonnt ist gekonnt: Finanzminister Christian Lindner hat für wahr ein akrobatisches Meisterstück vorgeführt.

Es ist die Sache mit der „außergewöhnlichen Notsituation“, die nötig ist, um die Schuldenbremse auszusetzen. Verblüffend: Gerade Lindner bestand das gesamte Jahr 2023 über darauf, dass sich Deutschland in keiner solchen Notlage befinde: Die Corona-Krise war vorbei, der Ukrainekrieg ist eingepreist – also alles wieder im Regelbetrieb, so die feste Position des FDP-Chefs. Selbst die Anfang des Jahres noch exorbitant hohen Energiepreise änderten Lindners Meinung nicht. Und die haben sich zuletzt ja auch wieder etwas entspannt.

Doch nun, ganz plötzlich, fiel dem Minister kurz vor Beginn der Adventszeit auf, dass wir doch das ganze Jahr über in einer „außergewöhnlichen Notsituation“ gesteckt haben, wobei er zunächst noch nicht genau sagen konnte, worin diese Lage bestehe. Da musste er wohl erst noch seine Schubladen durchwühlen. Doch das ging schnell: Er fand dort die hohen Energiepreise und ganz hinten in der Ecke sogar noch die Ahrtal-Flut, die in diesem Jahr mit 1,6 Milliarden Euro zu Buche schlagen soll. Ein Bundeshaushalt in Höhe von bummelig einer halben Billion Euro gerät also (auch) wegen 1,6 Milliarden in eine Notlage, nachdem der Kanzler – wir berichteten – gerade vier Milliarden Euro Zuschuss für Wasserstoffprojekte in Afrika zugesagt hat.

Mit anderen Worten: Minister Lindner ist wirklich ein fleißiges Lieschen, er hat buchstäblich alles auf den Kopf gestellt, um Gründe für die Verkündung der „Notlage“ zusammenzufingern und ist dafür sogar bis ins Ahrtal gekrochen, Respekt. Diese Wendigkeit! Wie erklärte der Finanzminister noch am 22. März 2022, also nur einen Monat nach Ausbruch des Ukrainekrieges, im Bundestag: „Die Rückkehr zur Schuldenbremse ist auch ein Beitrag zur Wahrung der Glaubwürdigkeit unserer Institutionen.“ Das lassen wir dann mal so stehen.

Linders Ministerkollege Robert Habeck zeigt sich nicht halb so wendig. Das liegt womöglich daran, dass Grüne am liebsten nur mit anderen Grünen reden und sich in ihren

Positionen ausschließlich mit ihren Gesinnungsgenossen umstellen, die alle vom selben Wein getrunken haben. So entsteht ein Bild von der Welt, in dem alles anders ist als in der Welt, in welcher die gewöhnlichen Bürger ihr Dasein fristen. Manche Sachen gibt es in der grünen Welt gar nicht. Insolvenzen beispielsweise: Robert Habeck hat immer noch nicht verstanden, was das sein soll, sogar jetzt noch nicht, wo er selbst in einer drinsteckt. Also nicht privat, da ist für Seinesgleichen bestens gesorgt, aber als Regierung.

Würde Habeck auch als verschuldeter Privatmann so fuhrwerken, wie er es als Minister weiterhin zu tun gedenkt, hätte der bekannte frühere TV-Schuldnerberater Peter Zwagat wohl vor laufender Kamera entnervt seine Sachen gepackt: „Dem kann man nicht helfen.“ Auf die Frage, welche seiner großspurigen Vorhaben angesichts des Haushaltsdebakels gestrichen werden könnten, um Geld zu sparen, antwortete Habeck auf dem Grünen-Parteitag: „Nirgend!“

Zu anderen Zeiten hätte uns dieses Ausmaß von unbeherrschbarer Wirklichkeitsverachtung und Verbissenheit aus den Socken gehauen. Was die Grünen und deren Schlepenträger in der Ampel angeht, sind wir da allerdings schon ziemlich abgehärtet. Wer mitten in der schwersten Energiekrise seit den Stromsperrungen der unmittelbaren Nachkriegszeit ohne Not die letzten sechs Kernkraftwerke abschalten lässt, dem ist kein Irrweg falsch genug, um ihn nicht trotzdem stur weiterzugehen.

Omid Nouripour – Wie recht er hat!

Also soll es um jeden Preis weitergehen mit den Kassentricks, mit denen das Recht ausgehebelt und die Wirklichkeit vernebelt werden soll – von einer selbst gebastelten „Notlage“ zur nächsten. Zu ihrem Glück haben die Ampelleute nur sehr wenig Ahnung von deutscher Geschichte, sonst würde ihnen jetzt bange. Vor gut 90 Jahren hatte sich schon einmal eine deutsche Regierung darauf verlegt, am üblichen Prozedere vorbei nur noch mit „Notverordnungen“ zu regieren. Damals, unter Kanzler Heinrich Brüning, geschah das indes aus einer echten „Notlage“, weil sich keine Mehrheiten mehr im Reichstag finden ließen.

Das Ansehen der parlamentarischen Demokratie war am Ende dennoch dermaßen rissig geworden, dass die Republik reif war zum Sturm. Aber, wie gesagt: Die damaligen

Habeck hat immer noch nicht verstanden, was eine Insolvenz ist. Selbst jetzt nicht, wo er selbst in einer drinsteckt



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Notlagen waren echt und existentiell ernst, während sie heute von einer Regierung herbeigezaubert werden, deren Parteien entweder nur einfach an der Macht kleben bleiben wollen oder die vom unbeirrbar fanatischen pubertierenden Narzissten durchglüht sind. Wenn mittlerweile erschreckend viele Deutsche meinen, dass unsere Demokratie nicht mehr richtig funktioniert, dann nicht deshalb, weil sie keine Demokraten mehr sind. Sondern weil sie das Wesen der schmierigen Machtkleber und der freidrehenden Narzissten durchschaut haben, aber keinen Rat wissen, wie man diese Figuren schnell loswerden könnte.

Wer weiß, vielleicht gelingt es der Ampel ja tatsächlich, mit ihren Tricks noch eine Weile durchzukommen, ohne dass allzu viele Deutsche persönlich unter die Räder dieser atemberaubenden Abriss-Politik geraten – einfach, weil man noch jede Menge geliehenes Geld auf die Folgen der astronomischen Fehlentscheidungen kippen kann.

Während man aber Geld bekanntlich unbegrenzt „drucken“ und leihen kann, bis genug für ein großartiges Inflationsfeuer zusammengekommen ist, muss Energie tatsächlich produziert werden. Da könnte die „Grüne Transformation“ schon in wenigen Wochen ganz unerwartete Früchte tragen.

Die Bundesnetzagentur, auch von lauter Grünen geführt und dem Habeck-Ministerium unterstellt, hat bekannt gegeben, dass ab Januar der Strom für private Wärmepumpen und für E-Autos rationiert werden könnte, sollte der Strom knapp werden. E-Mobile sollen dann in zwei Stunden nur noch soviel Saft zapfen können, dass sie damit gerade einmal 50 Kilometer weit kommen. Für Pendler im ländlichen Raum, wo die Distanzen lang, Busse und Bahnen rar sind und das Auto daher als einzige Wahl übrig bleibt, sicher eine bewegende Nachricht, „bewegend“ natürlich nur im übertragenen Sinne. Übrigens können laut Netzagentur die Rationierungen auch unangekündigt über die Leute kommen. Vermutlich will man so verhindern, dass schnell noch alle aufladen.

Dass ausgerechnet die Vorreiber der „Nachhaltigkeit“ wie E-Auto-Fahrer und Wärmepumpen-Besitzer als erste im Graben der energetischen Transformation landen, hat schon etwas bitter Ironisches. Die Grünen würden angegriffen, „weil wir wirken“, so der Partei-Co-Chef Omid Nouripour auf dem Parteitag. Wie recht er hat!

● STIMMEN ZUR ZEIT

Für Ulrich Reitz lässt das Finanzdebakel tief in das bizarre Selbstverständnis der Ampelregierung blicken. Im „Focus“ (23. November) schreibt er:

„Ein wesentlicher Teil der Ratio dieser Regierung ruhte auf der Fiktion, genug Geld zu haben für grüne Klima- und rote Sozialprojekte. Und die FDP konnte nur auf der Basis dieser Fiktion ihr Versprechen abgeben: keine Steuererhöhung, keine Aufweichung der Schuldenbremse. Wer es flapsig mag: Die Regierung wurde von Anfang an zusammengehalten von geklautem Geld.“

Ulf Poschardt sieht anhand der Krise von Linksrün eine Epoche zu Ende gehen, wie er in der „Welt“ (23. November) konstatiert:

„Sie können es einfach nicht. Das Haushaltsdesaster, die Rüge vom Bundesverfassungsgericht und nun die peinliche Schuldzuweisung an die FDP und/oder Friedrich Merz: Die entzauberte Laubourgeoisie, jenes kulturell prägende Milieu der Berliner Republik, scheidet aktuell an der Wirklichkeit. Und gibt der Wirklichkeit die Schuld.“

Strafverteidiger Burkhard Benecken meint in der „Nius.de“-Sendung „Achtung, Reichelt!“ (24. November), dass Habeck, Scholz und Co. seiner Einschätzung nach in der freien Wirtschaft mit mehrjährigen Gefängnisstrafen rechnen müssten, denn:

„Anstatt die Notbremse zu ziehen und in aller Offenheit zu sagen: ‚Das war ein riesen dicker Fehler‘, versucht man jetzt im Prinzip, das nächste Ding anzuleiern. Die Schuldenbremse macht eine eindeutige Aussage im Grundgesetz und man versucht nach wie vor mit allen Mitteln, sie zu umgehen.“

Grünen-Politiker plädieren dafür, Diesel noch viel teurer zu machen, um die Haushaltskrise zu mildern. Bei „reitschuster.de“ (27. November) warnt Daniel Weinmann:

„Ein höherer Dieselpreis würde nicht nur die sündigen Autofahrer treffen. Da fast alle Lkws und Transporter mit diesem Treibstoff fahren und Firmen und Spediteure die höheren Kosten höchstwahrscheinlich auf ihre Kunden überwälzen würden, wären unzählige Bürger – ja selbst Elektromobilisten – betroffen, die mit Diesel gar nichts am Hut haben.“

Julian Reichelt stellt bei „Nius.de“ (28. November) nüchtern fest:

„Der grünen Partei ist unser Geld ausgegangen. Verrückte mit Geld sind gefährlich. Verrückte ohne Geld sind nur noch lächerliche Schreihälse.“

● WORT DER WOCHE

„Wenn die Bürger nicht an die ehrlichen Absichten der an der Spitze des Staates handelnden Personen glauben können, dann wird es den Bürgern sehr schwer gemacht, überhaupt an die Demokratie zu glauben.“

Helmut Schmidt im Deutschen Bundestag 1982